

# Leipzigs NEUE

EINE LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG

- Linker OBM für Leipzig? Seite 3
- Ein Jahr Koalition in Sachsen Seite 7
- Bin ich Deutschland? Seite 9
- Schkeuditz: Atomwaffen inklusive? Seite 13
- Leipziger Skandale Seiten 14–15
- Schriftsteller Dieter Lattmann im Gespräch Seiten 16–17
- „Systemnah“ – ein Nazibegriff Seite 22

25/26

2005

DOPPELAUSGABE

Nur  
2 Euro!

13. Jahrgang

23. Dezember

www.  
leipzigs-  
neue.de

## Eisige Zeiten



Marc Ranstetter

## Heiße Herzen

### Drewermannsche Freiheit – ein Lehrbeispiel

Eugen Drewermann, der oppositionelle Katholik und Kirchenkritiker, machte sich das derzeit viel zitierte „Geschenk der Freiheit an mich selber“, wie er formulierte, übrigens schon am 20. Juni, zu seinem 65. Geburtstag. Wobei dies ohnehin ein längst überfälliger, nur konsequenter und nur noch formaler Schritt für einen Mann war, der nach eigener Auskunft darunter leidet, dass die Kirche keine „Interpretationsbrücken von der Botschaft Jesu zu der Not der Menschen hin“ schaffe. Die Konfession sei nicht so wichtig, sondern der Mensch selber, so der nach wie vor überzeugte Christ.

Da möchte man ergänzen, die Parteien sind auch nicht so wichtig, sondern die Menschen, für die sie wirken wollen oder jedenfalls sollten. Wenn Drewermann in den „objektiven Inhalten des Glaubens, seinen symbolischen Vorgaben in Ritus, Sakrament und Frömmigkeitsleben“ eine dermaßen weite Abspaltung vom subjektiven Erleben sieht, dass sich ein auf sich konzentrierter Machtapparat mit autoritärer Hierarchie darüber entwickeln kann, dann beschreibt er ebenso die Mechanismen der weltlichen Macht.

Wir haben gerade wieder den leidigen Ritus einer Wahl mitgespielt, wohl wissend, dass sowieso gebrochen wird, was versprochen wurde, wohl wissend, dass den Parteioberen die Auskungelei ihrer Ämter über alles geht, dass egal, wer das Regierungschiff im Kapitalismus lenkt, Komplize einer immer noch schier allmächtigen Allianz der großen Geldes ist. Gesinnungslosigkeit, Verderbtheit – das sind Voraussetzungen, um an den Fleischtöpfen der wirklich Mächtigen ein paar Happen abzubekommen. Was Drewermann das Pfaffentum, das ist dem Volk, ob gläubig oder nicht, die von ihm mehr oder weniger gewählte Regierung. Eigentlich weniger, sieht man sich die Ergebnisse genau an.

Drewermanns Schritt, einer autoritären, arroganten Machtinstitution zu entsagen, ohne seinen Glauben aufzugeben, den haben auf ihre Weise rund vier Millionen überzeugte deutsche Demokraten auch getan. Sie wählten links, sie wählten die Opposition.

Das Problem besteht jetzt offenbar darin, dass ein nicht uneinflussreicher Teil der in eine starke Opposition Gewählten diese Rolle gar nicht so vorteilhaft betrachtet, wie sie tatsächlich sein könnte. In der gewiss hehren Ansicht, dies sei Wählerwille, verspricht man deshalb immer näher rückende Termine fürs Mitregieren. (Ohne wirkliche Mitregierungs-Erfolge vorweisen zu können – oder geschah in Berlin oder Mecklenburg-Vorpommern irgendetwas, was Grüne und SPD nicht auch hätten durchsetzen können und wollen? Gar nicht zu reden davon, dass die PDS – von der SPD bewusst vorgeführt – an Wählervertrauen verloren hat.)

Nicht zuletzt visionsreiche linke Opposition ist angesagt. Denn, so wie Drewermann für die katholische Kirche erkannte, gibt es ebenfalls unüberbrückbare Interpretationsbrücken vom CDU-SPD-Programm hin zur Not der Menschen. Allerhöchste Zeit, richtig Feuer unter den Hinterteilen all der Politik-Pfäffchen zu machen. Das Mitregieren auf höherer (nicht auf kommunaler!) Ebene hat sich vorläufig diskreditiert. Es fehlte ihm ganz einfach ein längst notwendiges, ein Drewermannsches „Bis hierher und nicht weiter!“

• MAXI WARTELSTEINER

Liebe Leser, liebe Freunde,  
liebe Autoren von LEIPZIGS  
NEUE,

wir wünschen Ihnen und Ihren  
Angehörigen ein schönes Weihnachtsfest,  
einen friedvollen Jahresausklang und ein  
gesundes und aufmüpfiges Ankommen im  
Jahr 2006

Nicht jeder kann in diesen Zeiten der rigorosen Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben so feiern wie er gerne möchte, nicht jeder kann seine Lieben so beschenken, wie sie es verdienen. Das schmerzt. Und fordert Widerstand heraus. Der Zulauf zur Linkspartei und zur WASG spricht dafür. Von den Regierenden Betrogene organisieren sich. Sie wissen: Die

da oben können nicht unbeirrt so weitermachen, wie es ihnen passt, wenn die da unten es nicht mehr dulden. Man kann die Zustände nicht ewig nur interpretieren. Man kann und man muss sie verändern, wenn sie sich barbarisch gebärden.

In diesem Sinne möchte Ihnen LEIPZIGS NEUE nicht nur die nötigen Informationen vermitteln, sondern auch Mut machen und die Kraft geben für den aktiven Widerstand gegen die Kälte in dieser Gesellschaft, für eine wirkungsvolle außerparlamentarische Opposition. Dafür brauchen wir andererseits auch Ihre Unterstützung, sei es als neuer Abonnent, als Anzeigenkunde, als Spender. Herzlichen Dank all jenen, die uns im nun ablaufenden Jahr nicht nur treue Leser, sondern auch unverzichtbare Sponsoren waren. Bitte lassen Sie nicht nach in Ihrem Engagement für die Existenz von LEIPZIGS NEUE.

Ihr Redaktionskollektiv von LEIPZIGS NEUE

Unsere erste Ausgabe im neuen Jahr erscheint am 13. Januar

Wer nicht arbeiten  
will, soll auch nicht  
essen.

Neues Testament: 2.  
Thessalonicher 3, 10

Aber wer arbeiten  
will, der findet  
Arbeit. Nur darf  
man nicht gerade  
zu dem kommen,  
der diesen Satz  
spricht; denn der  
hat keine Arbeit zu  
vergeben, und der  
weiß auch niemand  
zu nennen, der  
einen Arbeiter  
sucht.

B. Traven: Der Schatz  
der Sierra Madre

**Hunderte Bornaer zeigten  
Flagge bei Kundgebung  
und Demonstration:**

Eine unübersehbare Anzahl Bürger war am 16. Dezember dem Aufruf von Landratsamt und Stadtverwaltung gefolgt, gegen die von nordrhein-westfälischen faschistischen Vereinigungen in Borna angestrebte Gedenkstätte deutscher Kriegsoffer zu protestieren. Neben Landrätin Petra Köpping geißelten mehrere Redner – Innenminister Albert Buttolo, Regierungspräsident Walther Christian Steinbach und OBM Bernd Schröter – das eklatante Täuschungsmanöver um die Immobilie des vormaligen Braunkohlenzentrums in der Röthaer Straße. Einhellige Betonung der Redner: Das nazistische Projekt darf nicht gelingen. Minister Buttolo

## 500 weiße Rosen

versicherte, dazu alle verfassungsrechtlichen Möglichkeiten bemühen zu wollen, „sofern dem nichts im Wege“ stehe. Regierungspräsident Steinbach rief zu einem überparteilichen Aktionsbündnis auf. Der Bornaer OBM Schröter, dessen Firma die Herstellung des Großkreuzes für die Gedenkstätte verantwortet, führte die Situation auf mangelnden Kenntnisstand zurück. Er versprach jedoch, alles zu tun, dass Nazivereine in dieser Stadt kein Erfolg beschieden sein wird. Bei der abschließenden Demonstration zum geplanten Standort legten Kundgebungsteilnehmer 500 weiße Rosen nieder.

• BRUNO SCHWEITZER

## Verkehrte Welt in Sachsen

Während Untreue-Vorwürfe gegen frühere und derzeitige Ministerpräsidenten bis über die Verjährungsgrenze verzögert werden (Paunsdorf-Skandal) und während sich die Ermittlungen gegen den unter Korruptionsverdacht stehenden Ex-Wirtschaftsminister Schommer dahinschleppen, wird flugs Anklage ausgerechnet gegen den Staatsanwalt erhoben, der ursprünglich gegen Schommer ermittelt hat. Dabei geht es um den angeblichen Verrat einer Hausdurchsuchung bei Schommer gegenüber einer Zeitung, was nur verwundern kann, da Staatsanwaltschaften in anderen, ebenso spektakulären Fällen selbst Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Im Übrigen wird hier in geradezu unverschämter Weise mit zweierlei Maß gemessen: Die Staatsregierung, die wortreich die Verletzung der Persönlichkeitsrechte Schommers beklagte, hat den Staatsanwalt weit vor Anklageerhebung öffentlich in Misskredit gebracht.

Es befremdet sehr, dass bereits vor der Entscheidung, ob die Anklage vom Gericht überhaupt zugelassen wird, die Vorwürfe gegen den Beschuldigten gleichsam von Amts wegen öffentlich breitgetreten werden. Einen ähnlichen Eifer würde man sich bei der Aufklärung der Vorwürfe gegen Schommer wünschen, die ungleich schwerer wiegen als der mögliche Fehler des Staatsanwalts. Schließlich geht es dabei nicht darum, wie ein Ex-Minister im Morgenmantel auf die Titelseite einer Boulevardzeitung geraten konnte, sondern um die höchst brisante Frage, ob er über 600.000 Euro Honorar vom Dualen System Deutschland faktisch ohne Gegenleistung erhalten hat, als Dank für seinen Kampf gegen das Dosenpfand.

Angesichts des Auftauchens immer neuer Ungereimtheiten im Fördermittelwesen zur Zeit Schommers (Sachsenring, QMF, Werkstoffunion Lippendorf, zweckwidriger Einsatz bzw. Verfall von EU-Fördergeldern, Ermittlungen wegen Subventionsbetrugs in vielen Fällen) drängt sich der Verdacht auf, dass mit dem Verfahren gegen Staatsanwalt Ball von den zahlreichen „Leichen im Keller“ eines früheren Mitglieds der damaligen CDU-Alleinregierung abgelenkt werden soll.

• ANDRÉ HAHN

## Fragen zum Mord am Leipziger Reclam Verlag

Wir wissen, dass unsere Wortmeldung nichts ändern, nichts mehr rückgängig machen wird. Aber wir müssen uns äußern, da uns Protest und Empörung, wenn wir schweigen, im Halse stecken bleiben, wir dann auch noch sprachlos werden. Wir fragen: Wäre der Leipziger Verlagsstandort denn in diesen Schwundprozess und nun endgültig ins Aus getrieben worden, wenn er nicht zwischenzeitlich – alle Welt weiß, wann er von wem gegründet wurde – einige Jahrzehnte in der DDR gelegen hätte? Er ist aber ein unwiderlegbares Beispiel da-

für, dass das weder dem weiterwirkenden internationalen Erfolg des Verlages noch – das muss in diesem Fall mit äußerstem Nachdruck betont werden – der kulturgeschichtlich verantwortungsvollen Weiterführung der Gründungsintention und dem



1828-2005

daraus entwickelten einmaligen Profil geschadet hatte. Da natürlich gewusst wird, dass Herkunft, Verlagsgeschichte und Tradition auch für den Reclamverlag in Ditzingen unentbehrlich bleiben werden, soll der erledigte Standort „virtuell“, soll also Leipzig als Name bleiben. Welche Großzügigkeit und Gnade! Ditzingen? Ditzingen! Wo liegt denn das? Wer soll das sein? Was ist das für ein Verlag?

So fragen nicht nur:

DR. CHRISTEL HARTINGER,  
HANNELORE GROSTEWITZ,  
MARLIES MICHEL, EDDA

GLÖS, JUDITH ZEISING, LOUISE

WILSDORF, ELISABETH ENGLER, EVELYNE  
HOFFMANN, INGE GOLDMANN, DORA  
ARNOLD, BRUNHILDE MEIBNER, INGBORG  
WERNER, ANNE MEINEICKE ...

VON DER FREITAGSWERKSTATT ERZÄHLEN  
UND SCHREIBEN /DIALOG E.V. LEIPZIG

## ARGE verstärkt

Der Oberbürgermeister solle sich dafür einsetzen, dass die Widerspruchsstelle der ARGE personell verstärkt wird. Das sei dringend erforderlich, um die gesetzlichen Fristen zur Bearbeitung von Widersprüchen einzuhalten. Dieser Antrag der Linksfraktion wurde beschlossen.

## 40 Millionen Euro futsch

Zur Anfrage ihrer Fraktion über die Gründe für die Rückgabe von 40 Millionen Euro für arbeitsfördernde Maßnahmen durch die Leipziger ARGE

wollte Stadträtin Margitta Hollick wissen, wie lange sich die Stadt die Untätigkeit noch gefallen lassen und wann sie selbst die Hoheit übernehmen will. Beigeordneter Schubert sicherte immerhin mehr Aktivitäten zu.

## Sicherheit für Mieter

SPD-Stadtrat Gunter Müller stellte eine dringliche Anfrage zum Verkauf der Holzhausener Haus- und Grundstücksgesellschaft wegen drohender Insolvenz. Auf Drängen von PDS-Ortschaftsrätin Brigitte Wagner und Stadtrat Siegfried Schlegel findet eine Ge-

sprächsrunde mit dem Finanzdezernat, dem neuen Eigentümer und der Ortsvorsteherin statt. Trotzdem besteht die Linkspartei auf einer Mieterversammlung mit dem Ortschaftsrat und dem neuem Eigentümer.

## Mehr Plätze in Kitas

Der Stadtrat beschloss, mehr Plätze in Kindertagesstätten zu schaffen. Denn trotz kurzfristiger Aufstockung um mehrere hundert Plätze wird der Bedarf durch den Geburtenanstieg nicht kompensiert. Obwohl der einstige Beigeordnete und spätere OBM Wolfgang Tie-

fensee entsprechende Zusagen machte, wurden keine Räumlichkeiten vorgehalten.

## Vermarktung des Stadtbades

Durch eine Ausschreibung soll ein Investor gefunden werden, der nach einer Sanierung das Stadtbad für Sport-, Kultur- und Freizeitangebote nutzen will. Die Sanierung des alten Stadtbades als Schwimmbad hätte so viel Mittel verschlungen wie die Sanierung aller Volksschwimmbäder und der Neubau der Schwimmhalle mit 50-m-Bahn in der Antonienstraße zusammen, weshalb sich die Wasserwerke für den zweiten Weg entschieden.

## Splitter aus Leipzigs Stadtrat

# Für eine Umorientierung der Stadtpolitik

Der PDS/WASG-Bewerber für das Oberbürgermeisteramt, Dr. Dietmar Pellmann, im LN-Interview

● Die Linke.PDS und die WASG Leipzig präsentieren als letzte mit Ihnen ihren Bewerber für das Amt des Oberbürgermeisters. Wer Ihr Ansehen im Stadtverband der Linkspartei und weit darüber hinaus kennt, zweifelt nicht an Ihrer offiziellen Nominierung durch die Anfang Januar stattfindende Vertreterkonferenz.

Wie leicht oder wie schwer ist Ihnen gefallen, sich für eine Kandidatur zu entscheiden?

Die Entscheidung fiel letztlich am 12. Dezember in den Abendstunden. Vorher hatte ich gehofft, dass der Kelch an mir vorübergehen würde, denn seit klar war, dass Wolfgang Tiefensee nach Berlin geht, gab es ja zahlreiche Sondierungsgespräche mit einer Reihe von eventuellen Bewerbern. Dabei wollten wir von der Linkspartei nicht nur einen gemeinsamen Wahlkampf mit der WASG führen, sondern möglichst auch einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen. Es musste also jemand gefunden werden, der in seiner Person eine möglichst große Schnittmenge zu beiden Parteien aufweist. Als sozialpolitischer Sprecher der Linksfractionen im Sächsischen Landtag und im Leipziger Stadtrat, der sich zudem mit zahlreichen Aktivitäten gegen Hartz IV zu Wort gemeldet hat, wurde ich seitens der paritätisch zusammengesetzten Personalkommission beider Parteien in die engere Wahl gezogen. Da wir nur einen kurzen und intensiven Wahlkampf haben werden, musste es zudem eine Person sein, die einen gewissen Bekanntheitsgrad hat und über langjährige Erfahrungen als Leipziger Stadtrat verfügt.

Infolge des fluchtartigen Abgangs von Wolfgang Tiefensee hatten wir gar keine Zeit, gezielt und langfristig jemanden aufzubauen. Auf Grund dieser Konstellation gab es für die zahlreichen „Auserwählten“, mit denen Volker Külow Gespräche geführt hat, hinreichende Gründe für eine Ablehnung der Kandidatur. Ich hätte vielleicht sogar noch stichhaltigere Ablehnungsgründe anführen können. Ich betrachte mich allerdings durchaus nicht als Notlösung. Erinnern wir uns: 1994 war die Leipziger PDS fast ein halbes Jahr ohne Vorsitzenden. Auch damals sprach ich mit potentiellen Stadtvorsitzenden. Und dann habe ich das Amt, sicherlich nicht ganz erfolglos, sieben Jahre bekleidet. Übrigens beträgt auch die Amtszeit eines Oberbürgermeisters sieben Jahre ...

● Sind Sie Leipziger?

Geboren wurde ich in einem Dorf im Osterzgebirge, mit dem ich mich bis heute eng verbunden fühle. Im September 1969 kam ich zum Studium an die Leipziger Karl-Marx-Universität. Seither, also seit mehr als 36 Jahren, bin ich Leipziger und betrachte diese Stadt als meine Heimat. Neben der beruflichen Verankerung in der Messestadt hat sicher auch dazu beigetragen, dass ich 1976 eine Leipzigerin geheiratet habe. Und unsere drei Kinder sind natürlich in Leipzig geboren und leben heute noch hier. Allerdings füge ich hinzu, seit 1980 mit Leidenschaft Grünauer zu sein und es auch bleiben zu wollen.

● Sie haben als langjähriger Stadtrat

umfangreiche Kenntnisse auf kommunalpolitischem Gebiet erworben, und Sie haben Ihre Fähigkeit nachgewiesen, sich kritisch und konstruktiv für eine prosperierende und bürgerfreundliche Stadt einzusetzen. Was ist für Sie unter den gegenwärtigen Bedingungen eine solide Kommunalpolitik? Was würden Sie als Maxime ihrer künftigen Arbeit als Oberbürgermeister voranstellen?

In der Tat sind wir von einer soliden Kommunalpolitik weit entfernt. Das liegt in erster Linie an den Fesseln, die Bund und Land den Kommunen angelegt haben. Von einer wirklichen kommunalen



**Dietmar Pellmann:** Am 19. Dezember 1950 geboren, Historiker, konfessionslos, verheiratet, drei Kinder. 1969 bis 1973 Studium der Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig, hier Assistent und Oberassistent. 1984 B-Promotion in Berlin, von 1985 bis 1991 Hochschuldozent an der Universität Leipzig. Von 1991 bis 1994 Pressesprecher beim Behindertenverband Leipzig. 1994 bis 2001 Vorsitzender der Leipziger PDS; seit 1972 Mitglied der SED (ab 1990 PDS). Seit 1991 Stadtrat in Leipzig und seit Oktober 1999 Landtagsabgeordneter (2004 im Wahlkreis 27 direkt gewählt).

len Selbstverwaltung, die das Grundgesetz gebietet, sind wir weiter denn je entfernt. Wir brauchen also dringend eine Gemeindefinanzreform, die den Kommunen endlich die Luft zum Atmen lässt. Darüber hinaus hat sich Leipzig mit seinen zahlreichen Großprojekten überhoben, so dass auf jeden Einwohner mehr als 1800 Euro Schulden kommen. Die Stadt ist für lange Zeit in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt, muss alles tun, um eine Zwangsverwaltung abzuwenden. Vor dieser Situation steht jeder, der in das Amt des Oberbürgermeisters gewählt wird. Deshalb zeugt es von wenig Realitätssinn, wenn aus den eigenen Reihen von einem Oberbürgermeister der Linkspartei große soziale Wohltaten erwartet werden, die einfach nicht realisierbar sind.

Deshalb wäre meine Maxime, der Bürgerschaft die ganze Wahrheit über die Lage unserer Stadt zu sagen und nicht, so wie der bisherige Amtsinhaber, die angespannte Situation in rosa Farben zu malen. Zugleich muss aber aufgezeigt werden, wie wir die Geschicke Leipzigs in realistische Bahnen lenken können. Dafür brauchen wir einen langen Atem. Aber es ist dann möglich, wenn wir die Bürgerbeteiligung an allen relevanten Entscheidungen wirklich wollen. Als Historiker sind mir die historischen Traditionen Leipzigs wichtig. Doch wer glaubt, dass daraus automatisch ein verbrieftes Anspruchs auf einen Platz in der Eliteliga europäischer Metropolen erwachsen würde, dürfte durch die letzten Jahre belehrt sein. Wir befinden uns in einem knallharten Wettbewerb mit anderen Städten und sind inzwischen von Dresden oder Chemnitz überholt wor-

den. Um uns müssen wir uns selber kümmern, heißt es bei Brecht. Das gilt mehr denn je für Leipzig.

● Im Herbst vergangenen Jahres sind Sie zum zweiten Male als Landtagsabgeordneter gewählt worden – diesmal sogar per Direktmandat in ihrem Wahlkreis in Grünau. Wie nützlich können für einen Oberbürgermeister Erfahrungen in der Landespolitik sein?

Zunächst: Zum Landtagswahlkreis gehören auch die Leipziger Ortsteile Miltitz, Böhlitz-Ehrenberg sowie Burghausen-Rückmarsdorf, also nicht nur Grünau.

der Verwaltungsspitze kaum personelle Veränderungen vornehmen, da die Dezernenten und Amtsleiter vom Stadtrat gewählt sind. Deshalb sind Gesprächs- und Kompromissbereitschaft gefragt.

Ich würde mich nicht so sehr in das Scheinwerferlicht der Kameras drängen, um mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Medien zu kommunizieren, sondern mehr den direkten Kontakt suchen und mich insbesondere unmittelbar an die sozialen Brennpunkte unserer Stadt begeben. Und natürlich sollten bei wichtigen Entscheidungen die Einwohner ihre Stimme abgeben dürfen. So hätte es beispielsweise zum Bau des City-Tunnels einen Bürgerentscheid geben müssen.

● Leipzig befindet sich gegenwärtig – bedingt durch eine sich von Jahr zu Jahr verschlimmernde Finanzlage – in einer Situation, in der die Kommune ihre Funktionen nur noch eingeschränkt ausüben kann. Insbesondere die Daseinsfürsorge für die Bürger hat viele Abstriche erlitten. Das wurde zum guten Teil durch die Bundes- und Landespolitik verursacht, ist teilweise aber auch (Rat-) hausgemacht. Welche Probleme würden Sie als neu gewählter Oberbürgermeister zuerst anpacken?

Zunächst muss in den Köpfen klar sein, dass die Ära der Großprojekte, die wesentlich zur städtischen Schuldenlast beigetragen haben, endgültig vorbei ist. So sehr man sich über Neugeschaffenes freuen kann, zumal meine Stadtratsfraktion vieles davon mit auf den Weg gebracht hat, handelt es sich ja überwiegend um Investitionen, aus denen keine nachhaltige produktive Wertschöpfung und damit ein höheres Steueraufkommen erwachsen. Dieser strategische Fehler in der Stadtpolitik geht auf die Zeit Anfang der neunziger Jahre zurück und wurde unter Oberbürgermeister Tiefensee nicht korrigiert. Es hat also kein wirkliches Leitbild für diese Stadt gegeben. Heute verfügt keiner der Kandidaten über ein tragfähiges Entwicklungskonzept für Leipzig, selbst wenn es einige behaupten mögen. Insofern werde ich keine Wohltaten versprechen, sondern in den ersten Wochen gemeinsam mit den verschiedenen Interessensvertretern dieser Stadt Ideen und Lösungsvarianten sammeln und bündeln. Erste Resultate einer Umorientierung müssen dann allerdings bereits im Haushaltsplan für das Jahr 2007 sichtbar sein.

● Welche Visionen haben Sie mit Blick auf Leipzig?

Leipzig wird eine Stadt, in der sich alle Generationen wohl fühlen, weil sie ganz selbstverständlich über die Geschicke ihrer Kommune mitentscheiden. Leipzig wird eine Stadt mit Anziehungskraft für Menschen aus aller Welt, weil sich hier die reichen historischen Traditionen mit produktiver Wirtschaft, modernen Technologien und einer umweltfreundlichen Stadtstruktur verbinden. Leipzig wird schließlich eine Stadt, in der sich unsere Enkel über Erscheinungen wie Armut, Obdachlosigkeit oder Hartz IV nur noch aus Geschichtsbüchern informieren können.

• FRAGEN:  
GÜNTER LIPPOLD

● Mit welchen Vorstellungen für die Zusammenarbeit in der Ratshauspitze, mit den anderen Stadtratsfraktionen und den gesellschaftlichen Kräften in der Stadt gehen Sie in den Wahlkampf? Und wie würden Sie als Oberbürgermeister Ihre Kontakte zu den Bürgern gestalten?

Ein Oberbürgermeister hat nach Sächsischer Gemeindeordnung eine herausgehobene Stellung. Er ist nicht nur Vorsitzender des Stadtrates, sondern auch Chef der Stadtverwaltung. Dennoch muss er sich mit dem Stadtrat, der bis 2009 gewählt ist, arrangieren und um Mehrheiten ringen. Außerdem kann er in

In Amerika gibt es schöne Profite und schöne Namen für Profite. *Windfall profits* ist so einer. Er beweist recht anschaulich, worum es geht: Profite, die scheinbar vom Himmel fallen. Sie sprudeln immer dann, wenn ein natürliches Monopol im Spiel ist. Zum Beispiel eine unverhoffte Erdgasquelle unter ödem Land oder eine besonders attraktive innerstädtische Ecke, die sich mit lukrativer Werbung zu bepflastern lohnt.

Wie der Zufall es will, fallen satte Einnahmen manchmal sogar der faktisch auf den Bankrott zusteuern Stadt Leipzig in den Schoß. Kürzlich gelang es der Kommune, in turnusmäßigen Verhandlungen mit der auf Außenwerbung fixierten Ströer-Gruppe eine finanzielle Verbesserung ihrer Konditionen herauszuschlagen. Das ist ein bemerkenswerter Vorgang, denn Ströer ist ein knallhart kalkulierendes Unternehmen und mitnichten darauf bedacht, irgend jemandem seiner Partner einen müden Cent mehr zukommen zu lassen, als unbedingt erforderlich ist. Es sei denn, dahinter steckt ein erkleckliches Koppelgeschäft.

Deshalb lohnt sich ein Blick zurück: 1990 ist Ostdeutschland jungfräuliches Werbeland. Zeitungen und Zeitschriften werden gerade mit den ersten Anzeigenseiten „aufgepeppt“. In den Städten hängen Plakate in Wildost-Manier. Wo immer eine Fläche frei ist, wird hemmungslos geklebt.

Derweil erkennen findige Geschäftsleute im Westen, welches Potenzial im werbefreien Osten schlummert. Eile ist geboten. Die Außenwerbefirma Ströer findet im deutschen Einheitsjahr den Weg ins Kölner Handelsregister. Ströer nimmt schnurstracks Kurs auf den deutschen Osten. Die Emissäre beginnen, die Rathäuser zu umkreisen, um geneigte Partner zu finden.

Doch in Leipzig kommt im August 1991 erst einmal die DSM Deutsche Städte-Reklame GmbH aus Frankfurt/Main zum Zuge. Die Stadt überlässt DSM „das Recht der Nutzung aller Werbemöglichkeiten.“ Im Klartext heißt das, auf kommunalem Grund und Boden darf DSM die Stadt mit Werbeflächen überziehen – sofern es sich nicht um die Haltestellen der LVB handelt, denn dort hat sich schon der Konkurrent JCDecaux festgekrallt.

Werbung ist immer ein aggressives Geschäft, doch Ströer (Brutto-Werbeerlöse 2004: 548 Mio. Euro) beherrscht es offensichtlich besonders gut. Im Jahr 2000 holen sich die Kölner die Tochter Ströer Verkehrswerbung Leipzig GmbH; Anfang 2004 ist die Zeit gekommen, dass auch die inzwischen in Deutsche Städte

# Außen Werbung, innen Politik

Medien GmbH umbenannte DSM ein Teil von Ströer wird, und schließlich kaufen die Kölner im Jahr 2005 die Deutsche Eisenbahn-Reklame (DERG) von der Deutschen Bahn. Wenn – wie seit dem 8. Dezember – auf einer grasgrünen Schnellzuglinie der DB die Flaggen der kickenden Titel-Aspiranten drauf sind, ist Ströer drin.

Vor allem der DSM-Coup sorgt dafür, dass Ströer längst ein Standbein in Leipzig hat. In der Messestadt tobt nach Ansicht von Marketing-Fachleuten die Außenwerbeschlacht besonders zügellos. Ströer – nach eigenen Angaben größter deutscher Außenwerber und einer der fünf größten weltweit – ist der Ansicht,

gen am 1991 mit der DSM geschlossenen Werbenutzungsvertrag brachte Leipzig keine Absenkung der jährlich rund 645 000 Euro betragenden Einnahmen, sondern trotz schauriger Klagen der Firma Ströer eine satte Aufstockung der Einnahmen. In der Vorlage, die vom Dezernat Finanzen in den Verwaltungsausschuss eingebracht wurde, steht, dass die Ströer-Tochter DSM der Stadt Leipzig „in anderen deutschen Städten ihrer Wahl jährlich Mediavolumen (Plakatanschlagstellen) im Wert von ca. 100 000 Euro und noch einmal während der Vertragslaufzeit 250 000 Euro zur Verfügung stellen“ wird.

Es wäre zu schön zu wissen, wofür insbe-



der Unternehmens-PR eingeweiht werden. Doch DSM-Geschäftsführer Storim hat sich eine noch viel bemerkenswertere Spielwiese ausgesucht. In sechs Projektgruppen basteln seine Leipziger Studenten derzeit nicht an abstrakten akademischen Themen, sondern an konkreten Kampagnen, die einer der als groß geltenden Stadtratsparteien im Februar nützlich sein sollen – beim Kampf um den Stuhl des Oberbürgermeisters im Neuen

- 3) DSM stellt der Stadt Leipzig in deutschen Städten nach Wahl der Stadt Werbeflächen im Wert von 100.000,- € jährlich und zusätzlich noch einmal im Wert von 250.000,- € zur Verfügung. Preisbildend ist dabei der jeweilig gültige Tarif der DSM.
- 4) DSM verpflichtet sich darüber hinaus, jährlich eine städtische Marketingaktion mit 5.000,- € in bar sowie 100 Plakaten in der Größe von „18/1“ (Großflächen) zu unterstützen.

Aus der Information des städtischen Dezernats Finanzen an die Leipziger Ratsversammlung vom 7. 12. 05, Drucksache IV/1280

dass freie Flächen im Stadtbild immer noch unzureichend mit Werbung verziert sind. Das Unternehmen möchte die Etats großer Werbetreibender von gedruckten und elektronischen Medien spürbar hin zur Außenwerbung schaufeln und beklagt sich in diesem Zusammenhang, dass die entsprechenden Konzessionen in Deutschland ungebührlich teuer seien.

Wer in dieser Situation – ein aggressiver und auf geringere Abgaben bedachter Werber auf der einen Seite sowie eine klamme Stadt auf der anderen – annimmt, dass nach gutem kapitalistischen Brauch die Konditionen zugunsten des Werbers verschoben werden, weil die Stadt letztlich über jegliche Einnahme erfreut sein muss, hat weit gefehlt.

Die kürzliche Verhandlung der Änderun-

sondere die Viertelmillion fließt. Immerhin erstreckt sich die Verandelung von Ströer mit Leipziger Institutionen inzwischen auf viel mehr als den schnöden Plakatanschlag.

Rüdiger Storim, Geschäftsführer der Ströer Deutsche Städte Medien GmbH, ist in den Lehrbetrieb der Leipziger Public Relations Studenten e.V., also auf geschickten Umwegen in die Medienwissenschaften der hiesigen Universität integriert. Die Unternehmenskommunikation bildet einen wichtigen Teil des Lehrstoffs, seit die Krise des klassischen Journalismus nicht mehr jedem Absolventen einen sicheren Arbeitsplatz in einer Redaktion beschert.

Gut, wenn die angehenden Kommunikatoren von Praktikern in die Geheimnisse

Rathaus. Der Vorgang besitzt eine unrühmliche Tradition. Abstandsgebot? Keine Spur! Schon einmal – 1998 – waren eine Werbeagentur und ein OB-Kandidat eine finanziell verworrene Lebensabschnittsgemeinschaft eingegangen, wie sie vielleicht im Wirtschaftsleben üblich, im politischen Geschäft aber halsbrecherisch ist.

Dass im Jahr 2005/06 die wirksame Vermittlung zentraler politischer Botschaften unter der Anleitung eines PR-Fachmannes aus einem Unternehmen geschieht, das in wirtschaftlich miesen Zeiten der Stadt Leipzig scheinbar uneigennützig eine Viertelmillion Euro überlässt, hat schon mehr als ein Geschmäckle. Es stinkt nach „Außen Werbung, innen Politik“.

• BRIGITTE DREWITZ

Die Handwerkskammern Halle und Leipzig sowie die Industrie- und Handelskammern Halle-Dessau und Leipzig analysieren seit drei Jahren gemeinsam die Wirtschaftssituation in ihrer Region. Sie mussten auch für das Jahr 2004 und das bisher erfasste Frühjahr 2005 neben wenigen Lichtblicken große Wachstumsschwächen und schwerwiegende ungelöste Probleme aufzeigen und bestätigen, dass von „festem Boden unter den Füßen“ keine Rede sein könne.

Einen Lichtblick lieferte die Industrie, die ihren Umsatz um 11,6 Prozent auf 23,08 Mrd. Euro erhöhte. Die Exportquote stieg auf 20,3 Prozent, bleibt

## Wenig Licht und viel Schatten

Mitteldeutsche Wirtschaft auf schwankenden Planken

aber noch hinter den neuen Bundesländern (26,2%) und noch viel deutlicher hinter Gesamtdeutschland (39,5%) zurück. Die Beschäftigung stieg in diesem Sektor nur um 1,6 % auf 99 578 Personen. Die anhaltende Wachstumsschwäche, vor allem ausgelöst von sinkender Investitionsbereitschaft (in den NBL ging sie zwischen 1995 und 2002 um 37,4% zurück) hat den Aufholprozess zum Stocken gebracht, der bis Mitte der 90er Jahre durchaus spürbar war.

Die fortbestehende schwere

Baukrise führte von 2000 bis 2004 zum Beschäftigungsabbau von etwa 100 000 Menschen (11,2%).

Besonders umfangreich sind die Untersuchungen, die die Kammern zum Zahlungsverhalten in Mitteldeutschland vorgenommen haben. Sie führten zu massiver Kritik an öffentlichen und gewerblichen Auftraggebern. Während die Unternehmen mit fast 90 Prozent der Privatkunden zufrieden sind, zahlten nur 52 % der öffentli-

chen Auftraggeber bis 30 Tage und 35 Prozent bis 60 Tage nach Rechnungslegung. Zahlungseingänge nach 90 Tagen sind keine Seltenheit. Es zeigt sich, dass der Staat sein eigenes Zahlungsbeschleunigungsgesetz ignoriert und so zu Firmenpleiten beiträgt.

Die Mehrheit der unter der schlechten Zahlungsmoral leidenden Betriebe nannte als Folgen Existenzgefährdung (26,8 %), Entlassungen (11,2%), Aufnahme von Überbrückungskrediten (20,4%).

Auch das Vertrauen in die Justiz ist derart beschädigt, dass die Hälfte der Betroffenen inzwischen auf rechtliche Schritte verzichtet. Begründet wird das vor allem mit den hohen Kosten, zu langer Zeitschiene und fehlenden Zahlungsaussichten.

Was das Vertrauen in die Politik betrifft, dieses Problem zu lösen, so ist es im Osten auf dem Nullpunkt. Die beiden letzten Kanzler als Hauptverantwortliche nahmen keine erkennbare Position ein, und auch bei ihrer Erbin gibt es bisher keinen Anlass für die Mitglieder der Kammern, optimistisch zu sein. Trübe Aussichten also für 2006.

• J. SPITZNER

# Der Berber

Die Tür geht auf, der Dunst wabert in die kalte Winternacht. In der Tür steht ein Mann, unentschlossen. Das Kneipenvolk schreckt auf wie ein Schwarm schwarzer Vögel.

„Brett ran! Rein oder raus!“, faucht einer schließlich. „Wer is'n der?“, murmelt sein Kumpel. „Nie gesehn. Der stinkt ja wie die Pest!“

„Gegen den Wind“, hetzt der Dritte und guckt nach der Uhr. Es ist schon spät. Der Mann wischt sich seine zottigen Haare aus der Stirn, streicht sich übers Kinn, als wolle er sich endlich mal rasieren. Unsicher irrt sein Blick durch den Raum ..., kein freier Tisch. Mit hochrotem Kopf steht der Wirt hinterm Tresen. Polizei rufen, Assigesindel raus-schmeißen ...? Mit Gläsern lenkt er sich ab. Es ist ja noch nichts passiert.

Herr M. sitzt allein an seinem Tisch, drei Plätze sind noch frei. Er winkt den Mann zu sich. Dem Wirt, guter Kumpel ansonsten, fallen fast die Augen aus dem Gesicht, und die anderen, auch alles gute Kumpels ansonsten, gucken pikiert. Der Wirt meidet den Tisch. „Zwei Cognac bitte und zwei Bier. Groß!“ ruft der Fremde dann zur Theke. Herr M. schluckt vor Schreck. „Kann der überhaupt zahlen?“, denkt er. Der Fremde guckt durch's Fenster. „Was is'n das für'n Turm da drüben?“, fragt er nach einer Weile Herrn M. „Sieht ja finster aus.“

„Ach“, sagt Herr M., „die hängen da ihre Feuerwehrschräume auf, zum Trocknen“.

„Brennt wohl öfters in eurer Stadt?“

„Nee, nee“, beschwichtigt Herr M., „die üben bloß“.

Er nippt am Cognac. „War früher mal 'n Wasserwerk, als das neue noch nicht stand“, weiß er aus der Stadtchronik.

„Soll'n doch Wohnungen draus machen“, meint der Fremde. Herr M. stellt sich vor, da in diesem Turm zu wohnen, ganz oben, mangels Friseur vielleicht einen

## Geschichten von Herrn M.

aufgeschrieben von Ekkehard Fritz

Zopf herunter fallen zu lassen wie Rapunzel. Er lächelt. „Steht unter Denkmalschutz“, sagt er.

„Woher kommst'n?“, fragt er den Fremden.

„Was weiß ich“, sagt der. „Gestern war ich in Hamburg. Kam vielleicht aus Paris oder Lissabon oder Stockholm, oder aus der Taiga. Was weiß ich“, murmelt der Fremde und kippt seinen Cognac in den Rachen. „Jetzt bin ich hier“. Zieht sein linkes Hosenbein hoch und kratzt sich an der Wade – Herr M. sieht Striemen und Pusteln.

„Und – wie geht das so einfach? Quer durch Europa? So ohne Knete?“, fragt er.

„Es geht“, sagt der Fremde. „Der Schaffner schmeißt dich am nächsten Bahnhof raus, im nächsten Zug, egal wohin, steigst du eben ein, basta. So bin ich hier angekommen, erstmal.“

„Und die Bullen?“, fragt Herr M. blauäugig.

„Ach die ..., mal 'ne Nacht Kartzer und 'n kleines Frühstück.“ Der Fremde winkt ab, stiert durchs Fenster auf den Turm gegenüber und murmelt: „Wohnungen müsste man d'raus machen. Bezahlbar. 'N Fahrstuhl drin in der Hülse.“

„Das letzte für heute“, verkündet der Wirt und stellt zwei Bier und zwei Cognacs auf den Tisch. „Du musst morgen auf Arbeit“, mahnt er Herrn M.

„Hä, Arbeit?“, staunt der Fremde, kramt in seiner Hosentasche und zerrt einen zerknitterten 50er-Schein hervor. „Alles auf meine Rechnung.“

„Wohin willst'n heute noch?“, fragt Herr M. den Fremden. „Komm mit in meine Bude. Kannste mal in 'ne Badewanne und 'n sauberes Bett. Was zu trinken hab' ich auch noch da.“

Der Fremde betrachtet sich das Bücherregal von Herrn M. „Ah“, sagt er, „Tolstoi, Krieg und Frieden, alle zwei Bände. Guck an. Kennst du auch die Novelle „Der lebende Leichnam?“

Herr M. erschrickt ein bisschen und stottert: „Hm, hm, ja, ja.“ Der Fremde winkt ab. „'N Scheiß kennst du! Is nämlich keine Novelle, sondern 'n Drama.“

„Will der mich ärgern“?. denkt M.

Herr M., unruhigen Schlafes sowieso, wird im Morgengrauen wach, ein Geräusch hat ihn geweckt. Noch zwei Stunden bis zur Arbeit. Kaffee kochen. Wozu? Der Fremde ist weg. Das Kettchen, das er am Hals getragen hatte, liegt auf dem Tisch. Darunter, mit Filzstift geschmiert: „Merci und Salute, Kamerad. Ich kann nicht anders. Adieu.“

Am Nachmittag, nach der Arbeit, geht Herr M. wieder in diese Kneipe, nach Hause zieht ihn nichts. Und da sitzen sie, wie jeden Tag, die lebenden, sauberen Leichname, und starren Herrn M. merkwürdig an. Wo wird er jetzt wohl sein, dieser Fremde?

Das Sächsische Ministerium für Kultus hat offenbar keinen guten Stand vor Gericht: erwartungsgemäß allerdings ohnehin seine Niederlage gegen die Schulleiterin aus Lohmen, die nun wieder in ihrer Schule als Schulleiterin (!) arbeiten darf. Jetzt verlor das Ministerium vor dem Sächsischen Obergericht auch gegen die Gemeinde Schönfeld.

Die dortige Mittelschule darf nun doch eine 5. Klasse eröffnen – jetzt, Mitte November also, das Schuljahr ist 10 Wochen alt. Doch dazu später. Nur 27 Schüler hatten sich für die neue 5. Klasse angemeldet. Mit dem Bescheid vom 27. Mai 2005 verfügten Sachsens Kultusgewaltige, dass „das öffentliche Bedürfnis für die Einrichtung der Klassenstufe 5 an der Mittelschule Schönfeld im Schuljahr 2005/2006 nicht besteht“. Das heißt, die Schüler mussten sich eine andere Schule mit unweigerlich längeren Schulwegen suchen. Das Verwaltungsgericht Dresden hatte deshalb sogar nun anfallende Wege geprüft und mit einem Beschluss vom 24. August die Auffassung verkündet, dass die Schulwege generell zumutbar seien. Zum Beispiel auch für die Schüler aus Sacka. Die sind an drei Tagen der Woche 160 Minuten, an zwei Tagen 130 Minuten unterwegs. Das sind durchschnittlich 148 Minuten pro Tag. Wie gesagt, das sei zumutbar, so die Dresdner Richter.

Das Obergericht Bautzen untersuchte auf Antrag der Gemeinde Schönfeld nun wie gesagt einen anderen Schulweg und erklärte ihn allein „wegen der unzumutbaren Schulwegdauer für die Schüler aus Blochwitz rechtswidrig“. Das Gericht stellte fest: „An der sofortigen Vollziehung rechtswidriger Bescheide besteht kein öffentliches Bedürfnis“. Auf gut Deutsch: Es darf eine 5. Klasse in der klagenden Gemeinde Schönfeld geben.

**Mögen für Sachsens Kultusministeriale unzumutbare Schulwege zumutbar sein / Das Bautzner Obergericht sah es anders**

## Kämpfen lohnt sich!

Kennt das Ministerium die Wegzeiten gar nicht? Oder ist man dort tatsächlich der Meinung, ein Schulweg von durchschnittlich zweieinhalb Stunden täglich sei für Fünftklässler generell zumutbar? Steht die Schule in Schönfeld vielleicht sowieso auf der Streichliste? Kann eigentlich nicht sein, denn die Schülerzahlen nehmen auch dort zu. In zwei Jahren ist die Zweizügigkeit gesichert, mittel- und langfristig also kein Grund für eine Schließung.

Was nützt nun das Urteil des Obergerichts, wonach die Schönfelder 5. Klasse zu erhalten ist? Schließlich hat das Schuljahr längst begonnen.



Drei Schüler besuchen inzwischen ein Gymnasium, obwohl sie das ursprünglich nicht wollten, andere haben sich inzwischen an die neuen Klassenkameraden und Lehrer gewöhnt oder befürchten, wegen des Schulwechsels neue Lehrmaterialien anschaffen zu müssen und so weiter. 16 Schülerinnen und Schüler haben sich dennoch sehr schnell für ihre alte Schule in Schönfeld entschieden. Das wiederum bedeutet, dass die von diesem Wechsel betroffenen Schulen neue Stundenpläne erstellen und den Lehrereinsatz neu planen müssen.

Aber das Kultusministerium ist bekanntlich ein schlechter Verlierer. Indirekt kündigte es bereits an, den Mitwirkungszug für das nächste Schuljahr erneut auszusprechen. Im Klartext: Klappt es also dieses Jahr nicht, dann darf eben im nächsten Jahr keine sechste Klasse eröffnet werden. Alles ginge also von vorne los! Ganz in diesem Sinne äußerte sich laut Sächsischer Zeitung Dirk Reelfs, Sprecher des Ministeriums: „Es kann durchaus sein, dass die dann sechste Klasse noch einmal wechseln muss.“

Das wäre für die Schüler die größte vorstellbare Katastrophe! Der abscheuliche Verdacht drängt sich auf, dass die Verunsicherung der Schüler und Eltern beabsichtigt ist.

Dies erkennend, forderte die Linksfraktion inzwischen einen Landtagsbeschluss, um „das Bestehen des öffentli-

chen Bedürfnisses für diese Klasse“ förmlich festzustellen und den Fortbestand dieser Klasse nicht in Frage zu stellen, also eine verbindliche Bestandsgarantie abzugeben.

Außerdem kommt es nun natürlich – ganz auf der Basis des Spruchs des Bautzner Obergerichts – darauf an, auch für andere Schulen, bei denen unzumutbare Schulwege festzustellen sind, klare Verhältnisse zu Gunsten der Schüler zu schaffen. Schließlich geht es um ein Präzedenzgericht: Zwar war jedem normalen Menschen klar, dass tägliche stundenlange Schulwege für Kinder nicht zu verkraften sind, aber erstmals hat dies in Sachsen ein Gericht nachgerechnet, unanfechtbar entschieden und begründet.

Die Arroganz der Macht kam wieder einmal an ihre Grenzen. Ihre demokratiefreie und menschenverachtende Strategie der vollendeten Tatsachen ist nur teilweise aufgegangen. Kämpfen lohnt sich.

• CONNY FALKEN





## Kommt ab Juni ein Aufschwung?

Die hochgesteckten Erwartungen an die Fußball-WM („Wir werden Weltmeister“) ziehen weitere Kreise. Nachdem bereits die öffentliche Auslosung der Vorrundengruppen und zuvor hochtönend angemeldeter zusätzlicher Arbeitskräftebedarf während der WM zu gesellschaftlichen Events gerieten, hat jüngst Ministerpräsident Milbradt im MDR erklärt, die Fans, die im Sommer 2005 nach Leipzig kommen werden, würden für einen Aufschwung sorgen, es entstehe eine Infrastruktur, die über die WM hinaus bleibe. Außerdem werde Leipzig bekannt, sagte er mit Blick auf die 500 Millionen Menschen, die der Gruppenauslosung zuschauen – kostenlose Werbung. Dabei hatte Leipzigs Arbeitsagenturchef Dr. Meyer realistischere das Entstehen dauerhafter Arbeitsplätze durch die WM deutlich verneint. Nun kann man wohl bei Ministerpräsident und Wirtschaftsprofessor Milbradt nicht den Spruch ins Spiel bringen, ein Optimist sei ein Zeitgenosse, der ungenügend informiert ist. Wie in vielen ähnlichen Fällen reduziert sich hier Optimismus auf Hoffnung. In diesem Falle die genährte Hoffnung, der Sport könne bewirken, was die Wirtschaft nicht schafft: den Aufschwung. • G. L.

# Bornaer gegen Nazikultstätte

LN. Etwa tausend (*mdr-online*) Bornaer bekundeten am vorigen Freitag trotz extremen Wetters ihren Willen, den Plan einer NPD-nahen Gruppe von Altnazis zu unterbinden, die in einem früheren Bergbauegebäude eine „Gedächtnisstätte für deutsche Kriegssopfer“ errichten will. Nach Irritationen in den letzten Wochen nahmen an der Demo auch Innenminister Buttolo und Landrätin Köpping teil. (Siehe S. 2.) Bereits seit Wochen hatte die sächsische Linkspartei.PDS das Innenministerium und das Landratsamt auf die Vorgänge aufmerksam gemacht und auf Hintergründe und Hintermänner

verwiesen, war aber lange auf taube Ohren gestoßen und hatte nur träge Reaktionen ausgelöst. Die Linke.PDS hat sich schließlich an die Bürger der Stadt gewandt und sie zum aktiven Widerstand aufgefordert, dem sich, wie gesagt, zuletzt auch bisherige Ignoranten angeschlossen. Aus dem Zentralrat der Juden in Deutschland war zu den Vorgängen zu hören: „schriller Ausdruck politischen Notstands“. Die Errichtung der Gedenkstätte war von Stadtverwaltung und Landratsamt genehmigt worden. Der Bauantrag hatte ohne Gegenstimme den Bornaer Bauausschuss passiert. Erst unter öf-

fentlichem Druck bequemen sich die Verantwortlichen, ihre Entscheidungen zurückzunehmen. Und erst nach mehrfacher Aufforderung kündigte Bornas Oberbürgermeister Schröter in an, das in seiner Metallfirma bereits hergestellte zwölf Meter hohe Stahlkreuz für die Kultstätte erst „nach Klärung der Sachlage“ auszuliefern, bevor er konsequenter von dem Vorhaben abrückte. Das Regierungspräsidium empfahl der Stadt, die erteilten Baurechte zurückzunehmen. Sie erließ daraufhin einen vorläufigen Widerruf. Verfassungsschutz und Polizei begannen mit Überprüfungen.

## Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im November

### Trügerischer Anstiegsstopp

73621 Erwerbsfähige waren Ende November in der Region Leipzig – mit Geithain, Borna, Delitzsch, Eilenburg – ohne bezahlte Arbeit. Das sind, auch dank gutem Wetter, 969 weniger als im Vormonat, aber 3506 mehr als ein Jahr zuvor. Dabei schönt die Statistik: Wer für einen Euro jobbt, gilt nicht als erwerbslos. Trotz reger Fluktuation ist die Gesamtlage fast unverändert: 9183 Personen fanden Arbeit, Ein-Euro-Jobs eingeschlossen. Doch 8202 Personen, davon 2788 aus dem Dienstleistungsbereich, meldeten sich neu oder erneut arbeitslos. 785 ABM-Stellen weniger standen zur Verfügung. Mit 19 Prozent der zivilen Erwerbspersonen hat der Agenturbezirk Leipzig wie bisher die höchste Arbeitslosenquote in Sachsen (Durchschnitt: 16,6%). Statistisch kommen in der Region auf eine offene Stelle 17 Bewerber. Besonders stark trifft der Stellenmangel nach wie vor Arbeiter (46,7% der offiziell Arbeitslosen) und über 50-Jährige (26,4%). 44 Prozent (!) der Erwerbslosen suchen länger als ein Jahr Arbeit. Fast 13 Prozent sind noch nicht zwanzigjährig. Sachsen insgesamt registrierte Ende November 365588 arbeitslose Frauen und Männer – 133 mehr als Ende Oktober, jedoch 13600 weniger als vor einem Jahr. DGB-Chef Hanjo Lucassen warnt vor Optimismus: 57000 Ein-Euro-Jobber und 20000 Arbeitnehmer über 58 seien nicht mitgezählt. • gb

## Streitpunkt Verwaltungsreform

LN. Der seit langem andauernde Disput um die Regierungspläne für eine Verwaltungsreform in Sachsen ging in der vorigen Woche im Lenkungsausschuss in eine neue Runde. André Hahn von der Linksfraktion.PDS erklärte nach den Verhandlungen, seine Fraktion unterstütze alle vernünftigen Bemühungen um eine durchgrei-

fende Verwaltungs- und Funktionalreform in Sachsen, an deren Ende nach Neuordnung der Aufgaben auch die Zusammenlegung von Landkreisen stehen kann. Sie habe auch eine klare Leitbild für eine derartige Reform und werde im Januar dem Landtag einen entsprechenden Antrag unterbreiten. Da die Koalitionsparteien in

dieser Frage heillos zerstritten sind, wirke das Agieren der Regierung dilettantisch und hilflos. Sollte sich bestätigen, dass sich der Lenkungsausschuss grundsätzlich darauf verständigt habe, am dreistufigen Verwaltungsaufbau (Regierungspräsidien) festzuhalten, so Hahn, sei die Reform gescheitert, noch bevor sie richtig begonnen hat.

### Bachelor und Master

LN. Mit CDU/SPD-Mehrheit beschloss der Landtag eine Änderung des Hochschulgesetzes, die „Bachelor“- und „Master“-Abschlüsse ermöglicht. Studiengänge und Abschlüsse sollen damit europaweit vergleichbar, die Ausbildungsqualität gesteigert werden, sagte Wissenschaftsministerin Barbara Ludwig. Namhafte europäische Gelehrte sehen im zweiklassigen Modell einen Rückschritt gegenüber der Diplombildung.

### Kein Akteneinblick

LN. Die Koalitionsmehrheit im Landtag hat die Annahme des von der Linksfraktion eingebrachten Öffentlichkeits-Gesetzes verhindert. Beabsichtigt war, den Bürgern im Rahmen des Datenschutzes Zugang zu Informationen der Verwaltung zu gewähren, die Grundlage staatlicher Entscheidungen sind. Damit wurde laut MdL Michael Friedrich die Chance vertan, einen Schritt zum Umbau des Obrigkeits- zum Bürgerstaat zu tun.

### EU-Mittel verfallen

LN. Angesichts des drohenden Verfalls von 80 Millionen Euro aus dem Sozialfonds der EU zur Arbeitsförderung konnte Sachsens Wirtschaftsminister Jurk bis zur vorigen Woche nur 18,75 Millionen retten – dank des Rückgriffs auf Vorschläge der Linkspartei für ein Mikrodarlehenprogramm (von der Koalition noch vor neun Monaten abgelehnt). Die restlichen Mittel sind mit Wirkung vom 15. Dezember verfallen.

### 29. November

**Dresden.** Ein Großaufgebot von Polizisten und Staatsanwälten durchsucht 14 Wohnungen im Raum Pirna, in Bayern und in Berlin. Nach einem Überfall Rechtsradikaler auf Besucher des Dresdner Stadtteilfestes Bunte Republik Neustadt am 19. Juni sind 59 Verdächtige im Visier.

### 30. November

**Dresden.** Auf die Unterfinanzierung der Praxen machen Fachärzte und Arzthelferinnen mit einem Protesttag aufmerksam. Im Osten stellen die Kassen ca. 300 Euro je Versicherten bereit, im Westen 430.

**Kamenz.** Seit 2003 steigen AIDS-Infektionen in Sachsen wieder stark an, teilt das Statistische Landesamt mit. Von Mitte 2004 bis Mitte 2005 wurden 70 neue Fälle registriert.

**Dresden/Chemnitz.** Rund 250 Beschäftigte des KFZ-Gewerbes legen vorübergehend die Arbeit nieder; am nächsten Tag folgen Chemnitzer Kollegen. Sie protestieren gegen angedrohte Arbeitszeitverlängerung und Urlaubskürzung (s. S. 8).

### 1. Dezember

**Leipzig.** Bei einer Drogenfahndung stürmt eine Polizeieinheit die falsche Wohnung. Ein im Bett gefesselter Informatiker und seine Freundin stehen unter Schock.

## SACHSEN-CHRONIK

29. November bis 19. Dezember

**Leipzig.** Rund 600 Telekom-Mitarbeiter demonstrieren mit Ver.di-Chef Frank Bsirske gegen drohenden Stellenabbau.

### 2. Dezember

**Leipzig.** Anrechnung der Bereitschaftsdienste und mehr Gehalt fordern etwa 120 Ärzte der Universitätsklinik bei einem einständigen Streik.

### 3. Dezember

**Markkleeberg.** Die Basis der sächsischen WASG stimmt – wie auch der WASG-Länderrat – der weiteren Zusammenarbeit mit der Linkspartei zu.

### 4. Dezember

**Dresden.** Die EU rügt, dass Sachsen Mittel für kleine und mittelständische Firmen in Großprojekte investiert hat, bestätigt das Wirtschaftsministerium. Rückzahlung von 130 Millionen Euro droht.

### 6. Dezember

**Leipzig.** Nach 177 Jahren Reclam-Verlag in Leipzig gibt die Reclam Verlag GmbH (Ditzingen) die Schließung des Standorts in der Inselstraße bekannt. Nur das Etikett „Reclam Leipzig“ soll bleiben.

### 7. Dezember

**Leipzig.** Der Studentenrat der Universität sammelt Unterschriften für ein Sonderkonzil, das die Rolle von Rektor Franz Häuser bei der geplanten Änderung des sächsischen Hochschulgesetzes überprüfen soll. Die Studenten befürchten massiven Demokratieabbau.

### 10. Dezember

**Senftenberg.** Etwa tausend Menschen treten einem Aufzug des rechtsextremen „Lausitzer Aktionsbündnisses“ entgegen.

**Schkeuditz.** Mit Transparenten auf drei A14-Brücken protestiert die IG Nachtflygverbot gegen unbeschränkte Fluggenehmigung für den Postdienstleister DHL.

### 12. Dezember

**Leipzig.** Gegen die Absicht von Justizminister Mackenroth, dass Staatsanwälte und Richter in den Schulen rechtliche Grundlagen zum Rechtsextremismus erklären, wendet sich die Lehrerverbands-Vorsitzende, Ingrid Schwaar. Wichtiger seien Fortbildungsangebote für Lehrer.

### 13. Dezember

**Chemnitz.** Das Teilstück der A71 zwischen Kreuz Chemnitz und Chemnitz-Süd ist nach zweijähriger Bauzeit fertiggestellt.

### 14. Dezember

**Heuersdorf.** Der Ortschaftsrat von Heuersdorf verlangt vom Landratsamt Aufklärung über die Schadstoffbelastung im künftigen neuen Wohngebiet in Regisbreitungen. Bodenproben hatten eine Kohlenwasserstoffkonzentration ergeben, die weit über den zulässigen Werten liegt.

### 15. Dezember

**Dresden.** Die Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen den zweiten Geschäftsführer des Verlages Deutsche Stimme (Riesa) wegen Volksverhetzung durch rechtsextreme Musik-CD.

**Chemnitz/Dresden.** Dem früheren Chef der sächsischen Antikorruptionseinheit INES, der gegen Ex-Minister Schommer ermittelte, droht wegen angeblichen Geheimnisverrats ein Prozess (s. S. 2).

### 19. Dezember

**Dresden.** Der bisherige Landesvize der NPD, Mirko Schmidt (Meißen), erklärt nach seinem Parteiaustritt, die überwiegend westdeutsche Führung habe sich der NDP in Sachsen bemächtigt. Sie verlange das Bekenntnis zum Nationalsozialismus und wolle ein Viertes Reich.

Das erste Jahr einer Koalitionsregierung in Sachsen ist Geschichte. Was noch im Sommer 2004 kaum ein Meinungsforscher für möglich hielt, gehört längst zum Alltag sächsischer Landespolitik: Die CDU, die zur Zeit Biedenkopfs absolute Mehrheiten fest gebucht zu haben schien, muss sich im Landtag eines Mehrheitsbeschaffers bedienen. Diese Rolle hat die SPD übernommen, die in eine Koalition eingetreten ist, die den Namen „große“ nicht verdient, stürzten doch die Sozialdemokraten bei den letzten Landtagswahlen unter die Zehn-Prozent-Marke.

Von **MARCEL BRAUMANN**

Was seither geschah, trauen sich die Koalitionäre selber nicht öffentlich zu bilanzieren, eine Regierungserklärung zum einjährigen Bestehen dieser vom Wahlergebnis diktierten Notgemeinschaft mochte Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) nicht abgeben. Sein Stellvertreter und Wirtschaftsminister Thomas Jurk (SPD) dürfte dafür dankbar sein. Schließlich hatte Milbradt entgegen allen diplomatischen Gepflogenheiten wiederholt kess behauptet, in Sachsen werde weiter „CDU-Politik gemacht“ – und Wirtschaftspolitik sowieso auch in der Staatskanzlei.

Dass sich Jurk zum Jahresende ausgerechnet mit dem Verfall von 60 Millionen Euro Arbeitsfördermitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) herumschlagen muss – das entspricht immerhin dem Jahres-Fördervolumen von Berufsbildung in Sachsen – spricht Bände. Wie schon bei der Affäre um die Sächsische Landesbank werden die Sozialdemokraten für Skandale in Haftung genommen, deren Wurzeln zwar in der Zeit der CDU-Alleinregierung liegen, aber zur Zeit der Koalition nicht bewältigt werden konnten. Anders als bei der Landesbank trägt Sachsens führender Sozialdemokrat für das ESF-Desaster unmittelbare Mitverantwortung, schließlich gelang es seinem Ministerium in über einem Jahr nicht, ausgerechnet die Fördermittel ordnungsgemäß zu bewirtschaften, die in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit gerade einem sozialdemokratischen Minister besonders am Herzen liegen sollten.

### **NPD zu oft als lachender Dritter**

Zu Jahresanfang sorgte eine Vereinbarung für Furore, die ihresgleichen sucht: Die Vorsitzenden von CDU, PDS, SPD, FDP und Grünen verständigten sich auf ein gemeinsames Vorgehen im Umgang mit der NPD. Die Unterschriften von Fritz Hähle und Peter Porsch neben einander – Christdemokraten und Sozialisten Hand in Hand? Natürlich erhob sich sofort Protest prominenter CDU-Politiker, und auch unter Linken gab es immer wieder Diskussionen, ob man so den Nazis wirkungsvoll entgegentreten kann. Trotzdem wurde die Vereinbarung bis zum heutigen Tag von keiner Seite aufgekündigt, weil sie sich im Parlamentsalltag bewährt hat.

Sie sollte ja ausdrücklich nicht die Unterschiede zwischen Regierungsmehrheit und Opposition verwischen, sondern die NPD-Fraktion in die Schranken weisen, die in den ersten Monaten nach ihrem Einzug in den Landtag immer wieder als lachender Dritter auftreten konnte, wenn sich Demokraten über den Umgang mit

den Braunen vor deren Augen in die Haare bekamen. Dieses Ziel wurde nach Meinung regelmäßiger Beobachter des Landtags auch erreicht. Das ersparte dem Parlament nicht den historischen Sündenfall im so genannten Bewertungsausschuss, wo sich CDU, SPD, FDP und Grüne der Neonazis bedienten, um die Erhebung der Abgeordnetenanklage gegen den Vorsitzenden der Linksfraktion zu empfehlen. Ziel: Aberkennung des Mandats durch den Verfassungsgerichtshof.

### **Stasi-Thema am Kochen gehalten**

Das Verfahren schmort immer noch im Geschäftsordnungs- und Immunitätsausschuss. Da sich die Vertreter von CDU, SPD, FDP und Grünen wohl selbst nicht allzu große Erfolgchancen vor dem höchsten sächsischen Gericht ausrechnen, möchte man das Stasi-Thema noch

### **Sächsisches Regierungsmodell:**

# SPD-Minister im CDU-Kabinett

eine Weile medienwirksam kochen lassen. Dass sich Porsch gegen alle Stasi-Vorwürfe erfolgreich vor Gericht durchsetzen konnte, interessiert natürlich nicht. Zwischenzeitlich fielen die Freunde der „Stasi-Keule“ erneut auf die Nase: Das Verfassungsgericht kassierte die Spezialität des sächsischen Wahlgesetzes, dass jeder Kandidat unterschreiben muss, ihm sei die Möglichkeit einer späteren Aberkennung des Mandats wegen Stasi-Mitarbeit bekannt, und ordnete daher in einem Leipziger Wahlkreis Nachwahlen an. Der PDS-Kandidat Wolfgang Denecke war nicht als Kandidat zugelassen worden, weil durch ein parteiinternes Versehen die entsprechende Erklärung in seinen Unterlagen fehlte.

Apropos Verfassungsgericht: Vor der im Frühjahr erfolgten turnusmäßigen Wahl von Verfassungsrichtern kamen Justizminister Geert Mackenroth und CDU-Rechtspolitiker Marko Schiemann zu einer PDS-Fraktionssitzung, um gemeinsam mit dem rechtspolitischen Sprecher der Sozialisten, Klaus Bartl, für den Personalvorschlag zu werben, der das Ergebnis von Verhandlungen zwischen Staatsregierung und größter Oppositionsfraktion war. Offenbar ist es für die Vernünftigeren in der CDU der kleinere Skandal, mit den Linken gemeinsame Sache zu machen als mit den Nazis, was allerdings wohl einzelne CDU-Abgeordnete in geheimen Abstimmungen nicht davon abhielt, mit der NPD zu stimmen.

### **Linksfraktion setzt Akzente und bleibt am Ball**

Die Linksfraktion setzte mit ihren Gesetzentwürfen bereits im ersten Jahr der Legislaturperiode unverwechselbare Akzente und führte damit immer wieder Initiativen der Opposition aus den vergangenen Jahren weiter – siehe Gesetz zur Sicherung des Rechtsanspruchs von Kindern auf eine ganztägige Förderung in Kindertageseinrichtungen im Freistaat Sachsen. Leider wurden die Sozialdemokraten ihrer bisherigen Position untreu, und so werden Kinder Arbeitsloser in vielen sächsischen Kommunen immer noch diskriminiert, obwohl es inzwischen eigentlich eine Mehrheit im Land-

tag geben könnte, allen Kindern unabhängig vom Elternhaus einen ganztägigen Zugang zur öffentlichen Kinderbetreuung zu gewähren. Dies würde auch zum wohlfeilen Bekenntnis quer durch alle politische Lager passen, dass es sich bei Kitas nicht um Aufbewahrungs-, sondern Bildungseinrichtungen handelt.

Am Ball geblieben ist die Linksfraktion auch mit ihrem Kleingarten-Gesetz, das Hunderttausende Menschen in Sachsen vor überhöhten Abgaben-Belastungen schützen soll. Hatten CDU und SPD vor der Wahl noch so getan, als werde hier ein im Grunde ehrenwertes Anliegen parteitaktisch missbraucht, offenbarte sich nun erwartungsgemäß, dass die Ablehnung eher damit zu tun hatte, dass man es lieber alles ein bisschen unverbindlicher haben möchte. Das Gleiche gilt fürs Schulgesetz: Eine gemeinsame

Schule für alle Kinder und Jugendlichen mindestens acht Jahre lang könnte man ja im Einvernehmen mit der übergroßen Mehrheit der sächsischen Bevölkerung zumindest schrittweise einführen, aber die Koalition konnte sich nur zu Modellprojekten einer so genannten Gemeinschaftsschule durchringen, deren Verwirklichung von der CDU-gesteuerten Kultusbürokratie nach Herzenslust blockiert wird. Ihr gebetsmühlenartig vorgebrachtes Gegenargument im Einzelfall: Der Schulträger will mit seinem Antrag nur eine Schule retten, die wir schließen wollen.

### **Schulschließungen am Fließband**

Damit sind wir beim traurigsten Kapitel der sächsischen Landespolitik: den Schulschließungen, die wie am Fließband unter Regie des ununterbrochen CDU-geführten Kultusministeriums beschlossen werden, als wären die CDU-Leute immer noch allein am Kabinetttisch. So muss der kleine Koalitionspartner alle Peinlichkeiten mit ausbaden, auch die, dass das Obergericht die Weiterführung einer fünften Klasse gegen den Willen der Staatsregierung erzwingt, weil andernfalls Schülern reihenweise unzumutbare Schulwege gebürdet werden. Die Linksfraktion braucht für solche Erkenntnisse kein Gericht, nicht zuletzt der von Julia Bonk und Heiko Hilker ins Leben gerufene Wettbewerb „Wer hat den längsten Schulweg?“ enthüllt, dass Schüler vielerorts doppelt so lang unterwegs sind wie die zwei mal 45 Minuten, die der Landesentwicklungsplan festlegt.

Aber zu viele Informationen stören nur beim Regieren, deshalb wies die CDU/SPD-Mehrheit auch das Öffentlichkeitsgesetz der Linksfraktion ab, das Bürgern generellen Zugang zu Verwaltungsakten gegeben hätte, natürlich unter Berücksichtigung des Datenschutzes und schutzwürdiger Interessen. Damit wäre auch dem gesetzlichen Mangel an Verbraucher-Informationsrechten abgeholfen worden, der in der jüngsten Serie von

Ekelfleisch-Affären zutage getreten ist. So bleibt nur das Kompliment der Grünen bemerkenswert, die Linksfraktion sei ihnen mit diesem guten Anliegen zuvorgekommen.

### **Linke Opposition mildert Gräuelt**

Hartz IV steht dank Linksfraktion nach wie vor ständig auf der Parlaments-Tagesordnung. So machte sich die Linksfraktion als erste mit einem Antrag für die „Beibehaltung der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Kommunen für Unterkunft und Heizung von Arbeitslosengeld II-Empfängern“ stark und machte auch rechtzeitig auf massenhaft drohende Zwangsumzüge aufmerksam, selbstverständlich verbunden mit der Forderung nach Gegenstrategien.

Auch auf den drohenden Ärztemangel machte die Linksfraktion frühzeitig aufmerksam. Auf ihrer Herbstklausur erhoben die demokratischen Sozialisten Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur, zu der auch Gesundheits- und Bildungseinrichtungen zählen, zum Schwerpunktthema der nächsten Jahre und knüpfen damit an die Logik ihrer bisherigen Alternativen Haushaltsansätze an.

Wenn es sein muss, macht die Linksfraktion allen anderen etwas vor und setzt allein einen Untersuchungsausschuss zur Landesbank ein oder erzwingt eine Sondersitzung des Landtags über Eingriffe in die Pressefreiheit und Korruptionsbekämpfung. Auslöser waren die Überreaktion der Staatsanwaltschaft auf die Berichterstattung über eine Hausdurchsuchung bei Ex-Wirtschaftsminister Schommer, die Telefonverbindungsdaten eines Journalisten wurden erfasst, und die Angriffe von führenden CDU-Politikern auf die Anti-Korruptionseinheit INES. An der Spitze der Landesbank legen immer neue Manager-Abtritte Zeugnis von der Notwendigkeit und Wirksamkeit dieses Untersuchungsausschusses ab, den die FDP im letzten Moment dann doch nicht unterstützen wollte, obwohl FDP-Fraktionschef Zastrow zunächst einvernehmlich mit Porsch diesen Schritt als wohl unumgänglich bezeichnet hatte.

### **Antifaschistische Klausel täte gut**

Wenn es sein kann, bringt die Linksfraktion gemeinsame Anträge ein, zuletzt zusammen mit den Grünen zum Bleiberecht für irakische Flüchtlinge. Die Koalition dagegen hat sich selbst gezwungen, nur gemeinsame Anträge einzubringen, so blieb der dubiose CDU-Vorstoß für eine Nationalhymnen-Offensive mangels Mitwirkung der SPD auf der Strecke. Die NPD machte sich die CDU-Parteitagforderung in einem Antrag zu eigen – und kassierte nun sogar die Ablehnung der sichtlich verstörten CDU. Was Sachsen wirklich gut täte, wäre eine Antifaschistische Klausel in der Verfassung. Einen entsprechenden Gesetzentwurf brachte die Linksfraktion ein – mit Unterstützung der Gewerkschaft der Polizei. So fand man zusammen, nachdem es über den Polizeieinsatz bei der Nazi-Demo am 1. Mai in Leipzig höchst unterschiedliche Auffassungen gegeben hatte. Vielleicht ein gutes Omen für die Demokratie in Sachsen.

# „Ich bin gespannt auf die mediale Begleitung ...“

Über den Tarifstreit in Industrie und Handwerk der Metallbranche sprach LN mit dem Leipziger IG-Metall-Sekretär Thomas Steinhäuser. Der ehemalige Installateur hat auch die millionenschwere „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ vor Augen.

● **LN: Die IG Metall kämpft zur Zeit an mehreren Fronten zugleich: AEG Nürnberg, Ford Deutschland, Kfz-Gewerbe in Ostdeutschland, Metall- und Elektroindustrie in allen Bundesländern. Wann läuft der Industrie-Tarifvertrag von 2003 aus?**

**Thomas Steinhäuser:** Am 28. Februar 2006. Bis zum 28. März besteht die sogenannte Friedenspflicht, von der an notfalls Kampfaktionen beginnen können.

● **Enthielt der Vertrag nicht schon Festlegungen zum kommenden Jahr?**

Er sah – als Kompromiss – im Tarifzeitraum eine Entgelterhöhung in zwei Schritten vor, dazu mehrere Einmalzahlungen. Sie sichern, dass die neuen einheitlichen Tarife für Arbeiter und Angestellte ohne Nachteile eingeführt werden. Die letzte Zahlung fällt in den Februar 2006.

● **Was wird die Gewerkschaft bei den bevorstehenden Verhandlungen fordern?**

Wir diskutieren darüber in den Betrieben. Unterschiedliche Bedingungen sind zu berücksichtigen – gut dastehende wie weniger gut situierte Betriebe. Mitte Januar wird der Vorstand seine Position konkretisieren.

Fest steht, dass es neben sogenannten qualitativen Forderungen – vor allem innovationsgerechter Fortbildung – um eine deutliche Entgelterhöhung geht. Sie muss dem realen Einkommensverlust von über 5 Prozent infolge gesetzgeberischer Maßnahmen und Preissteigerungen gerecht werden. Das Statistische Bundesamt ermittelte für dieses Jahr eine Preissteigerung von rund 2 Prozent und einen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität ebenfalls um 2 Prozent. In der Metallindustrie beträgt er bis zu 6 Prozent. Die Porsche-Belagschaft errechnete 7, die von MAN gar 8–9 Prozent. Die Verkaufspreise für die Produkte dürften ebenfalls steigen. Alles in allem ergibt sich ein kostenneutraler

Verteilungsspielraum von sechs Prozent zugunsten der Arbeitnehmereinkommen.

● **Der IG-Metall-Vorstand prognostiziert für die 40 größten deutschen Metallunternehmen einen Gewinn von 16,5 Milliarden Euro in diesem Jahr. Der Unternehmerverband Sachsenmetall meldete beträchtliche Umsatzsteigerungen, besonders im Export. Günstige Voraussetzungen für einen Verhandlungserfolg?**

Über den Export jubeln nur die Großen. 80 Prozent der deutschen Wirtschaft und auch zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe unserer Branche sind auf den Binnenmarkt angewiesen. Beide Verhandlungsseiten müssen daran interessiert sein, ihn zu stärken. Insofern eigentlich beste Bedingungen!

● **Doch der Gesamtmittel-Chef spricht von „absurden Forderungen“ der Gewerkschaft, droht mit Verlagerung ins Ausland und Personalabbau.**

Wenn DaimlerChrysler 8500–8600 Beschäftigte abbauen will, Siemens über 5000, ähnlich Opel und Ford, dann doch nicht wegen unserer Forderungen! International hören wir von gleichen Absichten: bei FIAT in Italien, SEAT in Spanien, SAAB in Schweden.

● **Will man uns EU-weit aufs Thema Neuverteilung der Arbeit stoßen?**

Auch wenn es nicht opportun erscheint: Verkürzung der Wochenarbeitszeit zugunsten sicherer und neuer Arbeitsplätze bleibt unser Ziel. Ich erinnere an die VW-Regelung: Viertagewoche, 28,8 Wochenstunden. Doch, wie gesagt, auch die Kaufkraft des Binnenmarktes ist wichtig für Arbeitsplätze – und umgekehrt. Dieser Zusammenhang ist unterbeleuchtet!

● **Die Unternehmerverbände klagen über zu hohe Lohnkosten.**

In Wahrheit sind die Lohnstückkosten in den letzten Jahren stark gesunken, im Osten mehr als im Westen. Die Lohnquote –



Seit Anfang des Jahres arbeitet Thomas Steinhäuser in der Verwaltungsstelle Leipzig der IG Metall. Er ist 33 Jahre jung, stammt aus Thüringen, war Bauleiter bei einer Sanitär- und Heizungs-firma, Betriebsrat und Betriebsratsvorsitzender und gehörte Auslandsdelegationen der IG Metall an, die u. a. Kontakte in Lateinamerika knüpfen. Seine Gewerkschaft gewann ihn als Sekretär für ihre Verwaltungsstelle Halberstadt, bevor er zum Schwerpunkt Leipzig delegiert wurde.

Foto: IGM Leipzig

der Anteil der Lohnkosten an den Aufwendungen insgesamt – ist in der deutschen Metall- und Elektrowirtschaft permanent rückläufig. Im Durchschnitt beträgt sie jetzt 17,6 Prozent, in manchem Unternehmen liegt sie sogar unter 10 Prozent!

Ich bin gespannt darauf, wie die Medien die kommenden Verhandlungen begleiten. In den letzten Jahren hatten wir in den Köpfen der Kollegen manches gerade zu rücken, was die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ eintrichtert ...

● **... die von Gesamtmittel ins Leben gerufen wurde und jährlich vom Unternehmerverband für ihre Propaganda neun Millionen Euro erhält!**

**Doch nun zum Kfz-Gewerbe, also zu Vertriebs-, Service- und Reparaturunternehmen, die Innungen und Handwerkskammern angeschlossen sind. Hier fanden inzwischen drei Verhandlungsrunden statt. Wie liefen sie?**

Kompliziert. Auf Arbeitgeberseite hat sich ein neuer Verband als Tarifpartner gegründet – die Tarifgemeinschaft Mitteldeutsches Kfz-Gewerbe, die trotz ihres Namens Unternehmen in allen ostdeutschen Ländern und Berlin vertreten will. Die Branche zählt in diesem Gebiet 8500 Betriebe unterschiedlicher Größe, doch nur 36 zahlen bisher Beitrag für die Tarifgemeinschaft. Das reicht nicht für einen Flächentarifvertrag. Die bisherigen Verträge auf Länderebene hatten unterschiedliche Laufzeiten, dies macht die Sache noch komplizierter.

Die IG Metall schlug vor, zunächst die bestehenden Verträge zu verlängern und dann Expertenrunden zur Vereinheitlichung der

Tarife durchzuführen. Das wurde abgelehnt. So gelten die Tarifverträge ab 1. Januar nur noch in Gestalt der sogenannten Nachwirkung für Gewerkschaftsmitglieder. Wer später beiträgt, kann sich nicht auf Tarifschutz berufen.

Für die etwa 40 000 Beschäftigten im Kfz-Gewerbe von Berlin, Brandenburg und Sachsen haben nun Verhandlungen begonnen. Die neuen Partner sind mit dem Tarifgeschehen wenig vertraut; bei der dritten Runde in Potsdam tauchten die alten Tarifexperten wieder auf ...

● **Kommt man endlich „zu Potte“?**

Leider ganz und gar nicht. Wir fordern maßvoll: Wiedereinsetzung der Verträge und Entgeltsteigerung um 3,5 Prozent. Die Gegenseite verlangte unter anderem Verlängerung der Wochenarbeitszeit um drei Stunden und Urlaubskürzung. Nach Warnstreiks in Potsdam und Dresden, woher die Verhandlungsführer kommen, hieß es: zwei Stunden Mehrarbeit und zwei Tage weniger Urlaub.

Wir sind bereit, den unterschiedlichen betrieblichen Bedingungen gerecht zu werden, sprechen darüber mit Betriebsräten und Vertrauensleuten. Doch wir sind nicht angetreten, um über Verzichte zu reden. Schon gar nicht, um dem strategischen Ziel Verkürzung der Arbeitszeit entgegenzuwirken. Wir müssen also zu weiteren Warnstreiks aufrufen. Gleichzeitig werden unsere Mitglieder Anfang 2006 in allen Betrieben Tarifkommissionen wählen, damit rasch gehandelt werden kann, wenn Unternehmer die Tarifgemeinschaft verlasen wollen.

• Interview: GOTTFRIED BRAUN

## Auch das geschah 2005

### Hommage an einen endgültig verschiedenen treuen Freund

Dich kennt jeder in Leipzig. Na, gut, ein wenig übertrieben. Bei den Erste-Mai-Demos jedenfalls wolltest du trotz deines Alters – mit wehender Fahne – immer an die Spitze. Mit deinen Arbeiterliedern warst du nicht zu überhören. Und übersehen konnte dich sowieso niemand. Dein leuchtendes, optimistisches Rot! Die Leipziger Straßen waren vertrautes Pflaster. In ruhigen wie in angespannten Zeiten. Die braune Flut wollte sich in die Stadt ergießen – du hast keine Sekunde gezögert und die Dämme abdichten geholfen. Rauchschwaden brennender Barrikaden, Tränengas, Pfefferspray – alles zog schon durch deinen Luftkanal. Den Vernachlässigten,



den Re-Privatisierten, den Arbeitslosen warst du ein Symbol, nein mehr: ein treuer Freund. Die großen Streiks in den Neunzigern waren deine Welt, gleich ob Hagenk oder Kirow, du rolltest in eine bessere Zukunft. Du trugst diese

Hoffnung quasi voran. Aber hinter dir marschierten auch die von Out-Sourcing und Betriebs-schließung Bedrohten.

Manch kühne Rede drang durch deine Lautsprecher.

Und jetzt? Es gibt dich nicht mehr. Schon am 1. Oktober haben wir dich erstmals schmerzlich vermisst. Du wärest gern gegen diesen Nazi Worch aus Hamburg mitgerollt, doch du konntest nicht mehr.

Deine Reifen: zerstoehen.

Deine Elektrik: herausgerissen.

Randalierer kannten kein Erbarmen. Wir werden immer an dich denken, an unseren treuen, kleinen, roten IG-Metall-Minibus.

• D. M.



Was haben sich die Autoren der Kampagne: **DU BIST DEUTSCHLAND** wohl gedacht? Meinten sie etwa, dass jeder Mensch ein Selbstbewusstsein haben sollte, das er nur richtig an den Mann oder die Frau bringen muss? Oder meinten sie etwa, dass in jedem Menschen etwas Gutes steckt, das er nur in seiner Umwelt wirken lassen soll, damit alles gut wird? Wie auch immer.

Dem Phänomen der Nörgelei und schlechten Stimmung wird nun der Kampf angesagt. Na, das ist doch was. Auf die endlose Frage: „Wer bin ich?“ erhält jeder Suchende nun endlich die Antwort: „Du bist Deutschland!“ Ein ganz neuer Aspekt. Ich bin also Deutschland. Na gut, warum eigentlich nicht und warum überhaupt? Ich bin also nicht mehr ich selbst, ein Individuum, sondern gleich ein ganzes Land. Toll, oder? Okay, das klingt gut. Und wenn ich so überlege, haben der Staat und ich einiges gemeinsam: kein Geld, keinen Job, damit auch kein Geld für Kultur, von Kindern ganz und gar zu schweigen. Ja, so betrachtet passt das. Mir wird vermittelt, dass ich etwas kann und soll. Aber wenn ich etwas schaffe, wäre ich ja dann auch wieder ein besonderes Individuum und nicht Deutschland, oder? Bin ich dann so einer wie Bertelsmann?

Zugegeben, diese Sicht ist etwas plump. Aber mal im Ernst: hurratriotische Verblödungsversuche, wie sie genau mit dieser „Du bist Deutschland“-Kampagne propagiert werden, sind unsäglich. Ursache und Wirkung werden hier demagogisch in täuschender Absicht auf den Kopf gestellt. Man ist also selbst Schuld an seiner persönlichen Stellung und der sozialpolitischen Situation in

unserem Land. Da könnte man sogar für einen kurzen Augenblick in die Versuchung kommen, ein schlechtes Gewissen zu haben.

Sicherlich ist der Zustand der Unzufriedenheit nicht zu verleugnen. Es ist auch kein unbekanntes Phänomen, dass frustrierte Menschen mehr oder weniger leicht mit Floskeln zu beeinflussen sind. Ein Manipulationsgehalt drängt sich hier geradezu auf. Bei emotionaler Musik und illusionären Darstellungen kann man ja auch schön träumen und die wirklichen Probleme vergessen.

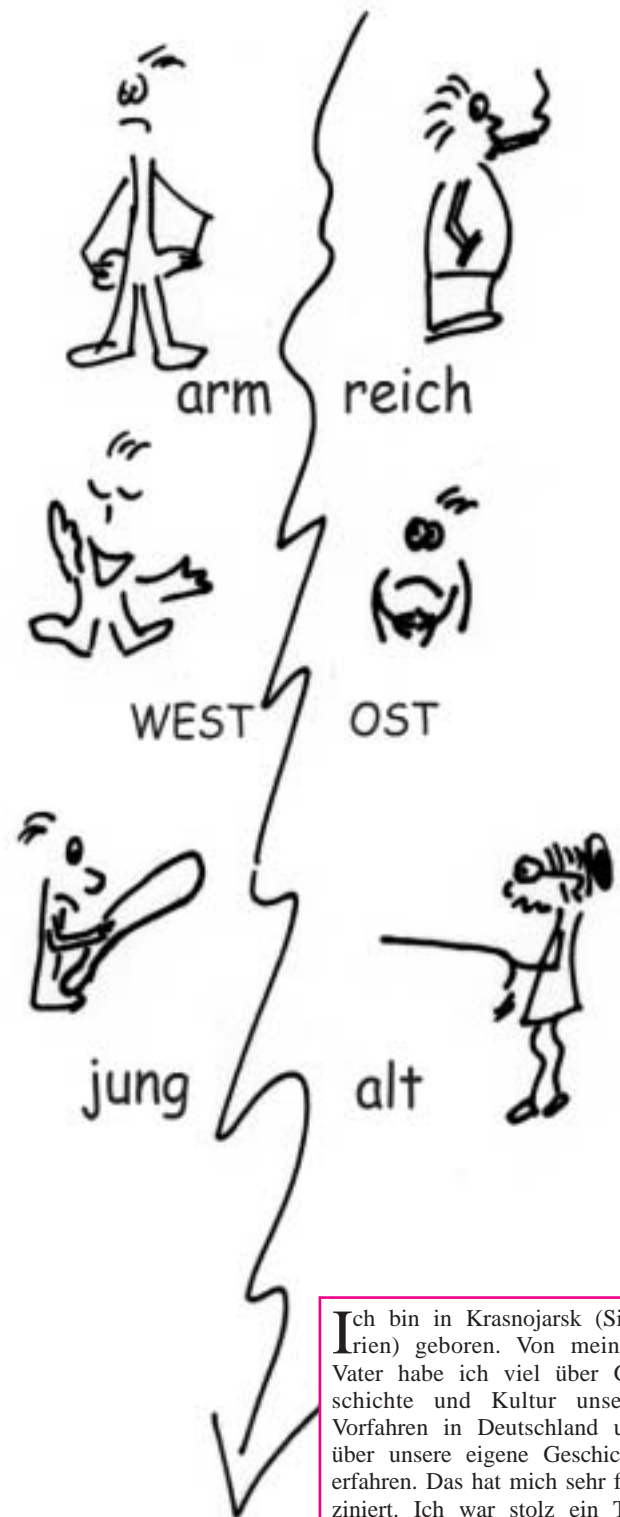
Die Illusion, ein Deutscher und damit ein erfolgreicher Mensch zu sein, wie zum Beispiel Porsche, Thyssen oder Einstein, platzt wie eine Seifenblase, wenn man sich überlegt, wie viele Menschen aus den verschiedensten Gründen überhaupt nicht die Chance haben, besondere Leistungen hervorzubringen.

Ist mit dieser Kampagne vielleicht beabsichtigt, die vielen unzufriedenen Menschen in Deutschland damit zu beruhigen, dass es ihnen ja eigentlich gut gehe und aus ihrem Volk viele hervorragende Persönlichkeiten erwachsen sind, mithin sie sich nicht über ihre nicht zufriedenstellende Situation beklagen sollen? Ein wenig mehr persönlicher Einsatz, und schon wird alles gut, oder?

Zu allem Überfluss kann diese Kampagne auch noch zu einem vollkommen abwegigen, chauvinistischen Verhalten führen, und zwar nach dem Motto: Ich bin Deutscher, ich bin der Größte! Das ist doch wohl nicht beabsichtigt.

Warum bin ich nicht einfach bloß Mensch?

CLAUDIA NEUMANNI 26 JAHRE  
STUDIUM BWL



• DEUTSCHLAND-KARRIKATUR VON ANNE KATHRIN WERNER, 27 JAHRE  
DIPLOMKAUFFRAU

• FRANZISKA PILLE,  
STUDIUM AMERIKANISTIK

Ich bin in Krasnojarsk (Sibirien) geboren. Von meinem Vater habe ich viel über Geschichte und Kultur unserer Vorfahren in Deutschland und über unsere eigene Geschichte erfahren. Das hat mich sehr fasziniert. Ich war stolz ein Teil davon zu sein und habe mich aufgrund meiner Herkunft als Deutsche gefühlt. Wenn ich nach meiner Nationalität gefragt wurde, habe ich selbstsicher geantwortet „Ich bin eine Deutsche“. Als ich vor 10 Jahren nach Leipzig kam, wurde aus mir über Nacht eine Russin. Unfreiwillig. Ich habe mich immer noch als eine in Russland geborene Deutsche gesehen, aber die Leute sagten: „Du kommst aus Russland, du bist eine Russin!“

Dieser Identitätskonflikt beschäftigt mich auch nach so vielen Jahren immer noch. Ich bin keine Deutsche, aber auch keine Russin. Ich will auch nicht mehr auf eine der beiden Nationalitäten beschränkt werden, denn beide Länder gehören zu meinem Leben. Wenn ich heute gefragt werde, sage ich: „Ich bin eine Russlanddeutsche.“ Deutschland ist zu meiner zweiten Heimat geworden. Deutschland ist ein Teil von mir.

• SWETLANA FISCHER,  
27 JAHRE  
KULTURPÄDAGOGIN

## Bertelsmann sagt: Du bist Deutschland !

LEIPZIGS NEUE fragt: Was ist Deutschland? Wer bin ich nach abgeschlossenem Studium, aber ohne Job ?



ICH  
bin eine Frau  
habe studiert  
bin arbeitslos  
bin manchmal ängstlich  
hatte Misserfolge  
bin weiter gegangen  
bin verliebt  
wünsche mir Kinder  
bin zufrieden  
liebe meine Heimat  
weiß, es geht weiter  
  
bin auch  
Deutschland

Ich habe immer geglaubt, dass es schön sein muss Kinder zu haben. Ist es auch !!! Manchmal schwierig und anstrengend, immer lohnend. Es ist aber nicht leicht diese Sichtweise jeden Tag zu empfinden, vor allem dann, wenn einem bewusst wird, wie oft Kinder in dieser Gesellschaft als Störung wahrgenommen werden. Dabei sind sie Deutschland oder werden es sein.

Deshalb verstehe ich die Politik dieses Landes nicht, die zum Beispiel für Ganztagschulen eintritt, während in der Region Schulen schließen, Schulwege länger und Lernbedingungen schwieriger werden. Diese Widersprüchlichkeit, auch in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen, hat doch die vielgescholtene depressive Stimmung im Land erst hervorgebracht. Die Kampagne „Du bist Deutschland“ ist da wie eine Nadelspitze, die in einem Sack mit den unterschiedlichsten Problemen herumstochert und hier und da vielleicht auch mal ins Schwarze trifft, ansonsten mit plakativen Parolen versucht, die allgemeine Stimmung zu heben ohne auch nur einen Tipp zu geben, wie aus diesem kümmerlichen Pflänzchen der blühende Baum werden

soll, den sich die meisten wünschen. Das mehr Eigeninitiative nötig ist und in vielen (aber eben nicht in allen) Fällen leistbar wäre, darauf könnte man sich, denke ich, einigen. Was mir an diesem Feldzug in eine bessere Zukunft fehlt ist das „Wir“. Und da bin ich wieder bei den Kindern, die Förderung, Unterstützung und vor allem Zuwendung und Liebe brauchen. Den Alten und Schwachen, die auch ein Teil der Gesellschaft sind, aber immer mehr nur als Problem diskutiert werden. Was diesem Land fehlt ist der Gemeinsinn, der Wille zu teilen, sowohl materiell als auch ideell. Der Wille dem Anderen zuzuhören, ihm Zeit zu schenken. Hier liegt das große Defizit, dagegen sollten wir angehen um in Deutschland etwas zu verändern. Ich will gar nicht Adi Dassler sein oder der Papst. Ich bin ich. Ich will einen familienfreundlichen Arbeitsplatz, Zeit für Kinder, Familie und Freunde, mehr Möglichkeiten der Mitgestaltung. Niemand muss mir sagen, „nun mach mal“-tu´ ich nämlich schon.

• SANDRA SAALBACH, 27 JAHRE  
STUDIUM DER KUNSTGESCHICHTE / GESCHICHTE

**E**ine Kuh, die Leistung bringen soll, braucht nicht bloß gutes Futter.“ Einige von uns Rinderzüchterlehrlingen, die aus traditionellen Bauernfamilien stammten, lächelten etwas höhnisch mit Blick auf den Haufen vergammelten und stinkenden Silomaises, den uns die Kollegen vom Feldbau des Volksgutes vor den Kuhstall gekippt hatten. Der Lehrmeister ließ sich nicht beirren. „Eine Kuh ist schließlich ein Lebewesen, muss auch sauber sein, sich wohlfühlen“, fuhr der Meister in seiner Unterrichtung fort. „Ihr bringt auch keine Leistung, wenn ihr vor Dreck starrt und euch ständig schaben müsst.“ Also standen bei uns im Volkseigenen Lehr- und Versuchsgut Köllitsch die saubersten Kühe der Welt, dank der Weisheit unseres Lehrmeisters,

Von **EKKEHARD FRITZ**

der eher einem dämlichen Lehrling vors Schienbein trat als eine Kuh zu schlagen. Der war „alte Schule“, der brachte uns das „Fausten“ bei, also den klassischen „Allgäuer“ Handmelkgriff, der die Gesundheit des Kuheuters schonte, und wehe einer von uns Stiften ließ sich beim einfacheren „Knebeln“, also dem Melken mit zwei Fingern, erwischen. Mit dem Ergebnis, dass mancher von uns dann nach dem Praktikum in der Schule kaum mitschreiben konnte, weil die Handgelenke geschwollen waren und schmerzten, an der Grenze zur Sehnenscheidenentzündung. Das war nicht wie beim „Alpenglühn“ im Fernsehen oder in der Milka-Reklame, wo das Dirndl mit dem Knecht nach getaner Arbeit und ein paar Jodlern ..., na und so weiter. Obwohl, wir haben auch im Mädchenwohnheim, nächstens ... Da spielte es keine Rolle, dass wir eine Stunde später, also 3 Uhr, im Kuhstall in aller Frische anzutreten hatten.

„Blöder Kuhbauer!“, schimpfte mich mal mein Bruder, als er mich ärgern wollte, was ihm, sehr zum Verdruss unserer Mutter, einen herzhaften „Melkerpatsch“ einbrachte. Landwirtschaft ist nämlich eine Wissenschaft, eine angewandte Wissenschaft. Man möchte schon auch als einfacher „Kuhbauer“ etwas wissen über die chemo-biologischen Vorgänge in solchen Organismen.

3600 bis 4000 kg Milchleistung pro Kuh und Jahr, bei etwa 4 Prozent Fett- und etwas über 3 Prozent Eiweißgehalt, das war damals, in der zweiten Hälfte der 60er Jahre, die Norm in der DDR. 6000er galten als Spitzentiere, die man höchstens auf der *agra* bestaunen konnte, und wir Köllitscher waren Spitzenreiter im damaligen Bezirk Leipzig, dank auch unseres gepflegten Herdbuchbestandes. Na ja, und 8000er, die es angeblich in Dänemark oder den Niederlanden geben sollte, hielten wir für eine infame West-Ente, die uns doch bloß einschüchtern sollte.

Heute, so ist aus dem vom Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft des Freistaates Sachsen herausgegebenen Sächsischen Agrarbericht 2004 zu folgern, sind die Erträge von vor 30 Jahren einfach lächerlich. Der Bericht liest sich – bei allen Problemen der 6890 Betriebe verschiedener Eigentumsformen – gut, oder auch nicht gut. Denn der Laie, der sich im Extra-Markt oder bei Lidl versorgt, ist solchen Jahresberichten ziemlich hilflos ausgeliefert, vor allem ohne Fremd-, besser Fachwörterbuch. Wie soll er die Erfolge der durchschnittlich 2,37 Landwirte pro 100 Hektar landwirtschaft-

Landwirtschaft gestern und heute

# Ein weites Feld ...



lich genutzter Fläche wirklich werten? Was also besagt Sachsens Agrarbericht?

## Tierproduktion:

Für die sächsische Milchproduktion war 2004 ein erfolgreiches Jahr. Inzwischen ist ja auch die Wissenschaft 30 Jahre weiter. Die züchterische Forschung erbrachte neue leistungsstarke Rassen und Arten in der Tier- wie in der Futtermittelproduktion. Laut Leistungsprüfung gaben die 192 879 geprüften Milchkühe durchschnittlich 8115 kg, bei einem Fettgehalt von 4,23 und einem Eiweißgehalt von 3,48 Prozent – trotz schwieriger Grundfütterversorgung ein Plus gegenüber dem Vorjahr. 14 000 kg Milch und mehr pro Jahr sind heute keine Seltenheit.

Probleme gab es jedoch weiterhin mit der Seuche Bovine Spongiforme Enzephalotie bei Schlachtrindern, kurz BSE, im Volksmund „Rinderwahnsinn“ genannt. Starke finanzielle Belastungen waren die Folge. Aber auch bei der Schweinezucht und -mast gab es Rückgänge gegenüber dem Vorjahr. So sank die Zahl der verkauften Mastschweine um 30 Prozent. Auch das durchschnittliche Schlachtgewicht war mit 98 kg um 1 kg geringer als 2003. Was jedoch durch den Verkaufserlös etwas ausgeglichen wurde, er lag im Jahresdurchschnitt um 1,35 Euro

je kg höher. Erklärt wird dieser positive Preisverlauf mit einem Zuwachs der Schweinefleischexporte an Drittländer sowie mit der großen Nachfrage aus den EU-Beitrittsländern.

Ein Rückgang um 0,3 Prozent – vor allem von Krankheiten verursacht – ist bei den Schafbeständen zu verzeichnen. Ebenfalls die Vorjahresleistungen nicht erreichen konnten die Betriebe der Geflügelhaltung, weder bei Eiern noch beim Fleisch. Und welche Konsequenzen die drohende Vogelgrippe noch in sich birgt, ist ungewiss. Das für 2007 vorgesehene Verbot der Käfighaltung wurde zurückgenommen. Im Jahresbericht wurde es als Ursache für den Rückgang der Eierproduktion um 2,5 Prozent genannt.

## Pflanzenproduktion:

Die Vegetationsperiode 2003/2004 verlief ohne besondere Wetterereignisse, so dass die Wintersaaten ohne Auswinterungsschäden ins Frühjahr kamen. Bei Getreide hatten wir eine Rekordernte: Sie lag mit 2,87 Mio Tonnen um 60 Prozent höher als 2003. 78,25 Dezitonnen je Hektar erreichte das Brotgetreide, Futtergetreide 65,91 dt/ha. Auf 57 Prozent der in Sachsen insgesamt bewirtschafteten 720 156 ha Ackerland stand Getreide. Deutschlandweit hat sich mit 292 819 ha

der Kartoffelanbau gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht und erreichte einen Durchschnittsertrag von 431 dt/ha. Der sächsische Durchschnitt lag mit guten Qualitäten bei 397,8 dt/ha. Die hohen Erträge bewirkten allerdings eine Senkung der Erzeugerpreise um fast 10 Euro/dt. Mit dem Ziel, die Marktposition der in Sachsen erzeugten Kartoffeln zu fördern, wurde schon 1999/94 auf Initiative unter anderem des Sächsischen Qualitätskartoffelverbandes das Qualitätsprogramm „Erdäpfel – Kartoffeln aus Sachsen“ aufgestellt.

Die Anlieferungsmenge an Zuckerrüben in Deutschland hat sich gegenüber dem Vorjahr von 23,8 Mio t auf 27,2 Mio t erhöht. Der Zuckergehalt der Rüben lag 2004 im Bundesdurchschnitt mit 17,84 Prozent leicht über dem Vorjahresergebnis.

13,9 Prozent des Ackerlandes wurden in Sachsen für den Futteranbau genutzt. Dazu zählen die Kulturen Silomais, kleinkörnige Futterleguminosen und deren Gemische (Klee und Luzerne), Ackergras und andere. Eine Anbauerweiterung des Feldfutters ergab sich aus dem im Vorjahr verursachten Mangel an Grundfutter. Die Dauergrünlandfläche veränderte sich kaum – 181 541 ha.

Sachsen ist mit einem Anteil von 8,9 Prozent an der deutschen Vermehrungsfläche zur Saat- und Pflanzguterzeugung

seiner Tradition und Bedeutung als Standort gerecht geworden. Die Sortimentsvielfalt von insgesamt 322 Sorten ist sehr hoch und weitet sich zu einem logistischen Problem aus.

Obst für den Frischmarkt wird in Sachsen überwiegend durch die Mitgliedsbetriebe des „Landesverbandes Sächsisches Obst“ e.V. erzeugt. 2004 kamen insgesamt 110 000 t auf die Waage. Auf 4869 ha wurde Freilandgemüse angebaut. Was viele nicht wissen: Hauptgemüsekultur blieb die Erbse; auf mehr als der Hälfte der Freilandfläche wurde sie angebaut. Der ökologische Gemüseanbau belief sich auf eine Fläche von 436 ha im Rahmen des Teilprogrammes „Umweltgerechter Gartenbau“.

## Berufsausbildung:

„Landwirtschaft braucht kluge Köpfe“ – unter diesem Motto präsentierte sich ein Stand der Land- und Forstwirtschaft jüngst während der 3. Lehrlings- und Studententage auf der Leipziger Neuen Messe. Bis zum 31. Dezember 2004 verbuchte das für die Berufsbildung in Sachsen zuständige Regierungspräsidium Chemnitz 5308 Ausbildungs- und Um-

Fortsetzung auf Seite 11

Nach dem überraschenden Ausgang der Bundestagswahl, bei der mehr als die Hälfte der Wähler für eine Politik links von der CDU/CSU und damit für mehr soziale Gerechtigkeit stimmte, ist die Frage der Übernahme von Regierungsverantwortung durch die Linkspartei schlagartig wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. Wenn die Einschätzung zutrifft, dass viele Bürger trotz ihres Unbehagens über die antisoziale neoliberale Politik nicht an die Möglichkeit einer alternativen Entwicklung glauben und den linken Kräften eine soziale Bändigung des Kapitalismus nicht zutrauen, wäre eine *erfolgreiche* Beteiligung an Regierungskoalitionen gerade jetzt von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Seit 1998 gibt es eine SPD/PDS-Regierungskoalition in Mecklenburg-Vorpommern und seit

## Was kann die Linkspartei in Regierungsverantwortung bewirken?

Gedanken nach einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Leipzig

Ende 2001 in Berlin. Die im sogenannten rot-roten Senat agierenden PDS-Politiker sind der Auffassung, dass die Ergebnisse ihrer Arbeit in Regierungsverantwortung beweisen, dass dieser Weg richtig ist. Es sei, wie der Vorsitzende der Berliner Linksfraktion Stefan Liebich am 3. Dezember im *Neuen Deutschland* schrieb, gelungen, die durch die frühere große Koalition verursachte desaströse Verschuldung Berlins abzubauen und damit Spielräume für soziale Politik zu schaffen. Darüberhinaus wurden gegen die blinde Privatisierungspolitik z. B. im Falle des

Krankenhauskonzerns Vivantes, der BVG und der Stadtreinigung Stoppzeichen gesetzt und ein Kurswechsel in Sachen Bürgerrechte und Demokratie vollzogen (Volksentscheide, Absenkung des Wahlalters, Stärkung des Bürgerprotests, Polizeireform).

Der Sozialwissenschaftler Rolf Reißig, der am 1. Dezember in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Leipzig zu dieser Frage sprach, schränkte allerdings ein, dass der Zwang zur Haushaltskonsolidierung zu sozialen Einschnitten und Ausgabenkürzungen für die Berliner führte, die die PDS lediglich abmildern konnte. Die Partei orientierte sich zu sehr auf den Koalitionspartner und machte zu wenig deutlich, für welche neuen strategischen Politikinhalt sie im Interesse der Bürger steht. Das breite soziale Bündnis, das die Partei 2001 zum Wahlerfolg geführt hatte, begann deshalb zu bröckeln, so dass sogar die geplante Fusion mit der WASG zur Disposition stand.

In den Auseinandersetzungen steht auch ein Problem zur Dis-

kussion, das Reißig in einem Standpunkte-Papier der RLS „Integration linker Kräfte in herrschende Eliten“ nennt. Gemeint ist die Gefahr der Korruption von linken Politikern durch die gut bezahlten Regierungsämter. Die Frage ist natürlich, ob diese der Gefahr unterliegen. Kerstin Kaiser, Fraktionschefin der PDS in Brandenburg, ihr Kollege Wulf Gallert im Landtag Sachsen-Anhalt und Stefan Liebich weisen das im erwähnten *ND*-Beitrag als Diskreditierung zurück.

Ob die PDS ihre parteipolitischen Ziele in Regierungskoalitionen durchsetzen kann, hängt

vom Kräfteverhältnis in der Gesellschaft und von der Unterstützung der Bevölkerung ab. In diesem Zusammenhang ist Prof. Reißig zuzustimmen, der eine erfolgreiche Regierungsarbeit der PDS auch abhängig macht vom ständigen Kontakt und der Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen.

Die Diskussion wird weitergehen. Tatsache ist, dass sich die Gesellschaft in einer tiefen Krise befindet. Die Bildung der großen Koalition auf Bundesebene ist ein Versuch, die Herrschaft der kapitalistischen Klasse zu bewahren. Die sozialen Widersprüche jedoch werden sich weiter verschärfen. In diesem Zusammenhang ist Dieter Klein zuzustimmen, der im *ND* am 3. Dezember schreibt, dass die PDS ein alternativloses Nein meiden sollte, ohne ihre Vision vom demokratischen Sozialismus aufzugeben. • **MANFRED BOLS**



Prof. Ralf Reißig während seines Vortrages in der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Der Vorstand der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.  
wünscht allen Leserinnen und Lesern von  
LEIPZIGS NEUE  
frohe und besinnliche Weihnachtsfeiertage und  
ein friedliches und solidarisches Jahr 2006.

Dr. Monika Runge, MdL  
Stiftungsvorsitzende

Prof. Dr. Klaus Kinner  
Geschäftsführer

Fortsetzung von Seite 10

schulungsverhältnisse in 14 Lehrberufen der Land- und Hauswirtschaft. Etwa 30 Prozent der Plätze nahmen Berufe in den Bereichen Hauswirtschaft sowie Landschafts- und Gartenfachwerke ein.

### Landwirtschaft Deutschland, EU und USA:

„Was wir von der Politik immer wussten“, so ulkte die letzte Ausgabe des halbjährlich erscheinenden „Köllitscher Echos“ (Zeitschrift des BBS Köllitsch e.V.) und offerierte u. a. die beiden etwas makaber anmutenden Scherze: „EU-Bürokratie: Sie besitzen zwei Kühe. Die EU nimmt Ihnen beide ab, tötet eine, melkt die andere, zahlt Ihnen eine Entschädigung aus dem Verkaufserlös der Milch und schüttet diese dann in die Nordsee.“ Oder: „Amerikanisches Unternehmen: Sie besitzen zwei Kühe. Sie verkaufen eine und leasen sie zurück. Sie gründen eine Aktiengesellschaft. Sie zwingen die beiden Kühe, das Vierfache an Milch zu geben. Sie wundern sich, dass die eine tot umfällt. Sie geben eine Presseerklärung heraus, in der Sie erklären, Sie hätten Ihre Kosten um 50 Prozent gesenkt.“ – Scherze, die eine harte Wirklichkeit des Wettbewerbs sowohl innerhalb des Agrarsektors der EU als auch zwischen EU und USA andeuten. Solche Witze kann sich ein Ministerium in einem Jahresbericht natürlich nicht erlauben, der enthält sich ohnehin weitgehend jedweder Kommentierung. Und auch in der landwirtschaftlichen Praxis ist vielen Bauern nicht nach Lachen zumute. So hatte Deutschland bis zum 1. August 2004 ein Gesetz zur Umsetzung der Reform der Gemeinsamen

Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Kommission und bis zum Jahresende entsprechende Durchführungsbestimmungen vorzulegen. Mit ihnen sollten bereits erlassene Richtlinien aktualisiert und konkretisiert werden. Ein Kernpunkt der GAP besteht darin, die Direktzahlungen der EU von der landwirt-



schaftlichen Produktion zu entkoppeln und sie unter anderem an Vorschriften für den Umweltschutz, Futtermittel- und Lebensmittelsicherheit sowie Tierschutz und Tiergesundheit zu binden. Dabei geht es auch um Milchquoten und Interventionspreissenkungen für Butter und Magermilchpulver. So weit, so gut. 1984 aber trat die europäische Milchmengenregelung in Kraft, die nationale Obergrenzen, Quoten, festlegt. Die in Deutschland hergestellte Menge liegt

zwischen 10 und 15 Prozent über dem Bedarf, trägt also dazu bei, dass auf die EU etwa 30 Prozent der weltweiten Milchexporte entfallen. Dennoch soll künftig noch mehr Milch produziert werden, um letztlich die Milchpreise zu drücken. Das hätte zur Folge, dass der ohnehin vorhandene überschüssige Milchsee noch anwächst. So verwundert es nicht, dass derzeit unter den Milchbauern Deutschlands Unruhe und Lieferboykottstimmung herrschen, wie der Bundesverband Deutscher Milchviehalter am 5. September 2005 verlautbarte. Derzeit liegt der Preis für ein Kilo Milch bei 27 Cent. Der Verband fordert einen Mindestpreis von 40 Cent. Sonst sei das wirtschaftliche Überleben vieler der 110 000 deutschen Milchbauern gefährdet; 5000 kleine Milchbetriebe hätten bereits schließen müssen.

Überproduktion hie – in der EU kippt man die Milch weg, in den USA verbrennt man Getreide, in Brasilien den Kaffee –, Lebensmittelknappheit da, in den ärmsten Ländern der Welt. 850 Millionen Menschen leiden weltweit an Hunger, sechs Millionen Hungertote gab es allein bereits in diesem Jahr. Westliche Saatgutkonzerne, vor allem der USA, verkaufen seit langem zwar billiges Saatgut, das aber beispielsweise durch die so genannte Terminator-Technologie gentechnisch so manipuliert ist, dass daraus keine zweite oder dritte Generation erwächst, es reproduziert sich nicht selbst. Länder der Dritten Welt sind somit oft gezwungen, Saatgut immer wie-

der neu zu kaufen oder sich eben Hungersnöten auszusetzen.

Andere Beschlüsse des EU-Ministerrates zur Reform der GAP können sich durchaus positiv für die hiesige Landwirtschaft auszahlen: Die bisher als Flächen- und Tierprämien bekannten EU-Direktzahlungen werden seit Beginn 2005 erstmalig von der Produktion entkoppelt. Das heißt, dass dem Landwirt keine Produktionsverpflichtung mehr obliegt, um die direkte Einkommensstützung zu erhalten. Während für die Betriebsführung einheitliche europäische Rahmenvorgaben existieren, liegt die Ausgestaltung des Flächenerhaltes in einen guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand weitgehend im nationalen Ermessen. Außerdem enthält das Gesetz Anpassungshilfe für ältere Arbeitnehmer sowie eine Ausgleichszulage für Betriebe in von der Natur benachteiligten Gebieten. Demgemäß werden im Jahr 2005 an beihilfefähige Flächen so genannte Zahlungsansprüche zugewiesen. Das heißt, der Wert der Zahlungsansprüche eines Betriebsinhabers wird aus einem sachsenweiten einheitlichen flächenbezogenen Betrag ermittelt, differenziert nach Acker- bzw. Grünland, und aus einem betriebsindividuellen Betrag. Für Sachsen gilt ein vorgegebenes Verhältnis zwischen Acker- und Dauergrünland von 1:0,209, wobei beabsichtigt ist, den Wert für Zahlungsansprüche „Dauergrünland“ zu erhöhen. Dadurch würden alle Betriebe mit einem Anteil von mehr als 25 Prozent Dauergrünland, also vornehmlich in den Mittelgebirgen bzw. Gebirgsvorländern, profitieren.

Fazit: Als Landwirt muss man Wissenschaftler sein, gut rechnen und kalkulieren können, sich aber auch in der Politik auskennen. Ein weites Feld, wie schon Fontane zu sagen pflegte.

**H**aben Sie schon einmal mit einem Immobilienmakler zu tun? In einschlägigen Filmen, Kriminalromanen und Fernsehserien wird der Makler ausschließlich als Bösewicht dargestellt, als „Immobilienhai“, der versucht, andere zu „schlucken“ oder zu betrügen. *Tote brauchen keine Wohnung, Berlin – beste Lage* und *Das Wunder von Wustermark* hießen zum Beispiel drei Fernsehskrimis in der jüngsten Vergangenheit, die das Thema behandelten. Im hochinteressanten, weil die bundesrepublikanische Mittelstandsgesellschaft hervorragend charakterisierenden Roman *Die Jagd* von Martin Walser werden gleich reihenweise Makler aufgeführt, die undurchsichtig sind und sowohl Kunden als auch Berufskollegen „über's Ohr hauen“.

Fernsehsoaps und Romanen greifen auf der Suche nach einem bösen Gegenspieler für den positiven Haupthelden, der meist als Arzt, Rechtsanwalt, Polizist oder Künstler daherkommt, gern auf den Makler zurück. Im Fernsehfilm *Vollweib sucht Halbtagmann* ist es z. B. ein karrieregeiler Schuft, der selbst am Strand weder den Anzug ablegt noch den Laptop schließt, ständig über das Handy Weisungen für den Erwerb millionenschwerer Projekte durchgibt und die vor acht Jahren schnöde verlassene Frau nur vorübergehend wieder annimmt, um sich gegenüber seinem Auftraggeber als Familienmensch zu präsentieren.

Immer wieder werden dabei Vermittlung, Handel und Entwicklung von Immobilien in einen Topf geworfen und der Eindruck erweckt, Makler handeln mit Immobilien, sanieren erworbene Altbauten, erschleichen sich Fördergelder und realisieren Fondsprojekte, wie Flugplätze, Supermärkte usw. Selbst in das Theater hat dieser Blödsinn schon Einzug gehalten, wie im Soloprogramm des Leipziger Komödianten Jopp, das lange im Kabarett „Sanftwut“ auf dem Spielplan stand und den Titel trug *Stellungskrieg am Gartenzaun*. Dabei wurde auch ein neuer Begriff für den Makler kreiert: Mogler.

**D**eshalb muss gleich am Anfang erst einmal klargestellt werden: Der klassische Immobilienmakler handelt nicht mit Immobilien, also mit Grundstücken und Gebäuden. Das macht der Immobilienhändler. Dessen Geschäftsprinzip ist es, preiswert zu kaufen und mit möglichst großem Gewinn wieder zu verkaufen. Dazu sind Kapital notwendig und eine Begabung zur Spekulation. Ignatz Bubis, der 1999 verstorbene Präsident des Zentralrates der Juden, war ein solcher, und auch Bernd F. Lunkewitz, der 1991 den Aufbau-Verlag kaufte, spekulierte vorher mit Immobilien. Von ihm stammt der Satz: Reich wird man, indem man billig einkauft und teuer verkauft.

Der herkömmliche oder auch klassische Makler weist die Gelegenheit zum Abschluss eines Kaufvertrages nach und vermittelt zwischen dem Verkäufer und dem Käufer einer Immobilie. Früher wurde das „mäkeln“ genannt. Daher der Begriff Makler. Heute bedeutet „mäkeln“ nur noch „nörgeln“ oder „beanstanden“. An der Arbeit des Maklers wird allerdings allgemein manches beanstandet. Er wird aufgrund der Unübersichtlichkeit des Marktes und der Kompliziertheit der Materie zwar gebraucht, aber man mag ihn nicht und unterstellt ihm nicht ohne Grund Unehrllichkeit, Geldgier, Skrupellosigkeit sowie betrügerische Absichten.

In früheren Zeiten gab es ein Sprichwort, das behauptete: „Ein verdorbener Kaufmann gibt einen guten Makler“. Ergebnisse von Umfragen zu den unbeliebtesten

Berufen plazieren den Makler neben dem Autoverkäufer regelmäßig an der Spitze der Skala.

Die Praxis liefert leider immer wieder Beispiele betrügerischen Handelns von Maklern.

Im Herbst 2001 saßen zum Beispiel der Vertreter eines Schweizer Immobilienunternehmens (M.) und ein Makler aus dem Schwarzwald (L.) auf der Anklagebank eines Leipziger Gerichtssaales. Beide hatten sich im Herbst 2000 kennengelernt und beiden war gemeinsam, dass sie wegen Wirtschaftsvergehen bereits vorbestraft und hoch verschuldet waren. Als sie sich damals gegenseitig ihre wirtschaftliche Lage offenbart hat-

prellten und das Duo flog auf. Natürlich sind nicht alle Makler Betrüger, aber in dieser Branche nehmen sich die ehrlichen Makler aus, wie weiße Schafe in einer schwarzen Herde.

**M**akler müssen in Deutschland im Gegensatz zu vielen anderen Ländern ihre Qualifikation für den Beruf nicht nachweisen und erhalten unkompliziert eine Genehmigung für den Job.

Wer in Deutschland als selbständiger Vermittler tätig werden will, muß das Gewerbe nach § 84 des Handelsgesetzbuches (Handelsvertreter) anmelden. Zusätzlich ist ein Antrag auf Erteilung einer Erlaub-

notwendig. Fünftens ist der Kaufvertrag mit dem Notar vorzubereiten, was rechtliche Kenntnisse erfordert.

Der Immobilienmakler, der unparteiisch sein und uneigennützig beiden Partnern dienen will, ist in der Realität verschiedensten Versuchungen und dem unterschiedlichsten psychologischen Druck ausgesetzt.

Der Eigentümer einer Immobilie will natürlich bei ihrem Verkauf einen möglichst hohen Gewinn herauschlagen und ist deshalb geneigt, nur den Makler mit der Vermittlung zu beauftragen, der diesen Preis akzeptiert. Es kommt auch vor, dass Eigentümer eine Prämie anbieten, wenn es dem Makler gelingt, das Objekt zu einem höheren, als dem vereinbarten Kaufpreis zu veräußern.

Der Käufer, der in der Regel die Provision zahlen muss, möchte verständlicherweise möglichst wenig für das Haus oder Grundstück zahlen. Da sich die Provision aus der Höhe des Kaufpreises errechnet und der Makler objektiv an einem hohen Betrag interessiert ist, bietet mancher deshalb dem Makler eine Prämie, wenn er den Kaufpreis drückt. Heute ist außerdem das Feilschen um die Preise in Mode gekommen. Deshalb passiert es, dass der Kaufpreis bewusst höher angesetzt wird, damit der Käufer dann erfolgreich beim Herunterhandeln des Preises ist und vor seinen Verwandten mit seinem Erfolg glänzen kann.

Verwirrend diese Situation, aber zutreffend.

Für eine erfolgreiche Vermittlung erhält der Makler die Provision (lat. Provisio – Vorsorge) oder auch Courtage (lat. Curare – besorgen), die üblicherweise 3 bis 6 Prozent des Kaufpreises beträgt. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch liegt ein Provisionsanspruch vor, wenn ein Maklervertrag existierte, der Makler die Vertragsmöglichkeit nachwies oder zwischen den Partnern vermittelnd tätig wurde, und es zum Abschluss eines rechtsverbindlichen Kaufvertrages kam. Bezahlt wird diese Provision in der Regel von dem, der das größte Interesse am Zustandekommen des Geschäftes hatte. Das ist meist der Käufer, wenn es sich um den Verkauf von privat an privat handelt. Es gibt aber auch Bauträger, die mit dem Verkauf (Vertrieb) ihrer Häuser und Wohnungen Makler beauftragen und in diesem Fall die Provision zahlen. Der Kauf der Objekte wird dann meistens als „provisionsfrei“ bezeichnet, in Wirklichkeit ist diese jedoch unsichtbar im Kaufpreis versteckt.

Der Begriff Provision ist heute unzweifelhaft verbunden mit Vorstellungen über viel Geld, über meist unverdiente finanzielle Zuwendungen, die an dubiose Vermittler von undurchsichtigen Geschäften fließen. Apropos Provision – auch der Beruf des Politikers steht ähnlich dem des Autoverkäufers und Maklers immer wieder an der Spitze von Umfragen nach den unbeliebtesten Berufen. Wenn man es genau bedenkt, ähneln sich die Berufe des Politikers und des Maklers sehr. Beide Tätigkeiten erfordern Anpassungsvermögen, Wendigkeit, Sprachgewandtheit und sogenannte Cleverness. Die Frage lautet auch beim Politiker: Werden diese in den Dienst des Kunden (Wählers) gestellt, oder dienen sie nur dem Eigennutz auf Kosten anderer.

Das Letztere wird leider durch die Praxis bestätigt. Erinnerung sei u. a. an Franz Steinkühler und Klaus Zwickel (Gewerkschaftsbosse), Rudolf Scharping (Minister), Florian Gerster (Arbeitsamtschef), Laurenz Meyer (GS der CDU) und Ernst Welteke (Bundesbankchef), die alle wegen Vorteilsnahme zurücktraten.

• MANFRED BOLLS

# Der Makler – Macher oder Mogler?

Eine durchaus auch ernstgemeinte Betrachtung  
über heutzutage Übliches



Keine Chance: Alle Quartiere schon in fester Hand

ten, beschlossen sie, gemeinsam Abhilfe zu schaffen und „Leute abzuzocken“. Sie suchten sich aus den Zeitungen Inserate über Immobilienangebote heraus, die immer wieder erschienen und so dokumentierten, dass der Verkauf der Immobilie schwierig war.

M. stellte sich beim Inserenten und Inhaber des in der Regel bebauten Grundstückes als Makler vor und ließ wissen, dass er einen Käufer habe. Dann schloss er mit dem Verkäufer einen Vermittlungsvertrag ab, in dem ihm eine hohe Provision für den Fall einer erfolgreichen Vermittlung zugesichert wurde. Danach trat L. in Aktion. Er meldete sich als der angekündigte Käufer, besichtigte das Haus und einige Tage später wurde der Kaufvertrag unterschrieben und notariell beglaubigt. Die Provision floss entsprechend der Vereinbarung des Vertrages auf das Konto des Vermittlers M. der sie mit L. teilte. Einige Zeit später trat L. unter einem Vorwand vom Kaufvertrag zurück. Die Masche funktionierte perfekt und der Appetit der Betrüger wuchs von Mal zu Mal. Der siebente Betrug, bei dem es um eine Provisionssumme von 77 000 DM ging, führte zur Anzeige durch den Ge-

nis gemäß § 34 c der Gewerbeordnung zu stellen. Zum Antrag gehören ein polizeiliches Führungszeugnis, eine Schufauskunft und die Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes.

Nach dem Zusammenbruch der DDR entschieden sich aufgrund der völligen gesellschaftlichen Ausgrenzung vor allem ehemaligen Mitarbeiter des MfS für diese unbeliebte Tätigkeit. Darüber hat es eigenartigerweise nie Schlagzeilen in der Presse gegeben. „Maklerbranche fest in Stasihand“ oder ähnliches konnte man nirgendwo lesen.

Ein Immobilienmakler, nur von diesem ist hier die Rede, muss erstens einen Hauseigentümer finden, der eine Immobilie veräußern will. Zweitens muss er in der Lage sein, den Wert der Immobilie zu beurteilen und den Inhaber vom Preis, der erzielt werden kann, zu überzeugen. Drittens gilt es über Werbung (Anzeigen, Direktmaßnahmen) einen Käufer zu finden. Das Exposé, die Beschreibung der Immobilie, ist zu erarbeiten und mit den Interessenten muss verhandelt werden. Dafür sind viertens Kenntnisse der Finanzierung, der steuerlichen Gegebenheiten, der Abschreibungsmöglichkeiten usw.

**LN hat in jüngster Zeit schon mehrmals auf Materialien der Internetseite von *german-foreign-policy.com* verwiesen – die für einen außerordentlich enthüllenden Journalismus steht und nur zu empfehlen ist. Da aber nicht jeder über einen Zugang zum Internet verfügt, zitieren wir (LN berichtete bereits) – zusammengefasst – aus der Recherche vom 5. Dezember „Atomwaffen inklusive“:**

**D**as sächsische Staatsministerium des Innern schließt die Verbringung von Atomwaffen und ABC-Kampfstoffen über den Flughafen Leipzig nicht länger aus. Dies geht aus einer Stellungnahme des sächsischen Staatsministers vom 28. November 2005 hervor, die *german-foreign-policy.com* vorliegt. Der gegenwärtige Umbau des Flughafengeländes kostet rund 350 Millionen Euro und soll die zivile Luftfrachtzentrale der Logistikfirma DHL nach Leipzig bringen. Vorerst wird es jede Nacht 150 Flugbewegungen geben. Wobei die derzeitige Auslastung des bestehenden Rollfeldes weniger als 25 Prozent beträgt. Dennoch wird bereits eine neue Landebahn gebaut, so dass zukünftig zwei parallele Bahnen in Betrieb sein werden. Wozu? Gegen den Umbau der Leipziger Region in ein Nachschubgebiet für kommende Kriege – was ohnehin zentrale Bestimmungen des Zwei-plus-Vier-Vertrages verletzt – wehren sich zahlreiche Organisationen im Einzugsgebiet. In der schriftlichen Stellungnahme des sächsischen Staatsministeriums, die an den Präsidenten des Dresdner Landtags gerichtet ist (Aktenzeichen 37-0141.50/2128), wird die Nutzung des Leipziger Flughafens für „die Verlagerung von nationalen Truppenkontingenten im Rahmen der NATO Response Force (NRF) und der EU-Battlegroups“ ausdrücklich bestätigt.

### ABC-Waffen von Leipzig aus in die Welt?

Diese NATO-Planung sieht vor, bis zu

21 000 Soldaten binnen fünf Tagen an jeden Punkt der Erde zu verlegen, um „intensive Kampfhandlungen“ in fremden Staaten zu beginnen – nebst Raketen, Panzern, Hubschraubern und anderen Großraumwaffen. Um den Einsatz dieser Gewaltmittel zu ermöglichen, erklärte sich das Berliner Verteidigungsministerium gegenüber der NATO bereit, nach ladefähigen Flugfrachtern und nach

Laut Artikel 5, Absatz 3 des völkerrechtlich bindenden Vertrages vom 12. September 1990 (Zwei-plus-Vier-Vertrag), mit dem die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland zustimmten, ist es jedoch ausdrücklich verboten, ausländische Truppen und Atomwaffen auf dem früheren DDR-Territorium zu stationieren oder dorthin zu verlegen –

in eklatanter Weise zuwider. Artikel 5, Absatz 3 wurde auf Moskauer Verlangen eingefügt, um die Nutzung des freigegebenen DDR-Territoriums für logistische und taktische Militärbewegungen der NATO zu sperren. Vorteile durch Verkürzung der Vorwarnzeiten bei Abschuss- und Flugmanövern in Richtung Osten sollten dem NATO-Bündnis nicht entstehen. Damit kamen die vertragsschließenden Parteien Bedrohungsängsten entgegen, die sich aus russischen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs erklären. Indem die sächsische Staatsregierung und das von ihr konsultierte Berliner Verteidigungsministerium den Sinn der entsprechenden Vertragspassagen umdeuten, bestätigen sie das gegen die deutsche Seite bereits 1990 geltend gemachte Miss-

trauen: 15 Jahre später schiebt Berlin die luftgestützte Militärlogistik der NATO nach Osten vor – via Leipzig, nukleare Kampfstoffe nicht ausgeschlossen.

### DHL an Militarisierung beteiligt

Wie die Dokumente der sächsischen Staatsregierung beiläufig offenbaren, ist auch das deutsche Frachtunternehmen DHL in die Militarisierung des Leipziger Flughafens involviert. DHL werde lediglich bei der „Versorgung (...) für die im Ausland stationierten Soldaten“ tätig – mit „Postdienstleistung“, heißt es zur Beruhigung einfacher Gemüter. Über zusätzliche Militärfrachten existieren in Dresden „keinerlei Erkenntnisse“, will das Staatsministerium glauben machen. Ob DHL oder dessen Tochterfirmen den Besatzungstruppen in Afghanistan und in anderen Weltgegenden bereits heute in erheblichem Umfang mit militärischer Logistik zuarbeiten, scheinen die zuständigen Landesbehörden nicht in Erfahrung bringen zu können.

## Sachsens Regierung spielt mit dem Feuer

... und dem Leben seiner Bürger

einem geeigneten Rollfeld zu suchen. Die Wahl fiel auf Leipzig, wo ab 2006 Maschinen des Typs AN 124-100 auf Marschbefehle der NATO und der EU warten – zum Festpreis von rund 1,2 Milliarden Euro bis 2012. Die sechs Flugfrachter gehören einem ukrainisch-russischen Unternehmen und sind auf die militärische Zuladung von bis zu 120 Tonnen Waffen ausgelegt.

Dass die enorme Menge an Explosivstoffen und Trägergeräten auch aus chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Kampfmitteln bestehen kann, schließt die sächsische Landesregierung nicht länger aus. In einer weiteren Stellungnahme (Aktenzeichen 37-0141.50/2137) heißt es ausdrücklich, der Antransport von Nuklearwaffen sei zwar gegenwärtig nicht „vorgesehen“, aber rechtlich jederzeit möglich: „Ein Verbot der ‚Verbringung‘ bestimmter Waffen“ über Leipzig bestehe „nicht“, schreibt die Landesregierung wörtlich und hält damit die Tür für die Durchleitung von Atom- und ABC-Waffen im Freistaat Sachsen explizit offen.

eine Regelung, die damaligen russischen Forderungen folgte.

Um die Vorschriften des Zwei-plus-Vier-Vertrages auszuhebeln, greift die sächsische Staatsregierung jetzt zu einer abenteuerlichen Konstruktion.

### Sachsens abenteuerliche Vertragsauslegung

Beim Anmarsch der NATO-Truppenkontingente über das frühere DDR-Gebiet finde keine wirkliche Verlegung statt, heißt es in der vorliegenden Stellungnahme. Auch beim „nicht auszuschließenden Fall“ der Zuführung von bis zu 120 Tonnen Waffenmaterial nach Leipzig und der dort notwendigen Umladung auf die ständig stationierten Maschinen vom Typ AN 124-100 handele es sich um keine Stationierung. Vielmehr seien lediglich „vorübergehende Aufenthalte“ geplant, die den Zwei-plus-Vier-Vertrag nicht verletzen würden.

Nach Auffassung mehrerer Völkerrechtler laufen die Darlegungen der sächsischen Staatsregierung dem Vertragstext

### SO SEHE ICH DAS



**N**ur 12 Tage Urlaub und schon stapeln sich die Zeitungen, die nur noch das Entsorgen verdienen. Was ist schon die Meldung von gestern oder gar vorgestern wert? Dass die Merkel es geschafft hat, das war auch im Ausland zu vernehmen, einschließlich mancher Beleidigung. Aber das ist es gar nicht, was mich angesichts meines Zeitungsstapels bewegt, auf dem obenauf eine LVZ-Ausgabe vom 21. November liegt mit einem Kommentar, dessen berauschenden ersten Satz Anita Kecke so selbstverständlich aufschrieb, als hätte sie nie einen eigenen Gedanken gehabt: „Georgs Bushs erklärte Vision ist es, Freiheit und Demokratie in der Welt zu verbreiten.“

## Freiheit des folgenlosen Tuns und Sagens?

So etwas zu kommentieren, hieße, auf die Rache zu verzichten, die im Ignorieren liegt. Dennoch, diese Anita Kecke, einst brave und nicht sonderlich auffallende Assistentin an der Fakultät für Journalistik der Karl-Marx-Universität hat sich dem aufmerksamen LVZ-Leser schon vor Jahren ins Bewusstsein geschrieben, als sie überschwänglich von ihrem Besuch auf einem US-Flugzeugträger heimgekehrt war. Muss ja wirklich erhebelnd gewesen sein, dort zu stehen, wo die Mordmaschinen abheben und nach ordentlich getanem Job wieder heldenhaft landen. Ein paar Jahre später dann rauschte Angela Merkel als CDU-Chefin nach Washington, um sich von Kanzler Schröders (ohnehin nur halbherzigem) Nein zum Irak-Krieg zu distanzieren.

Was mich betrifft, auch ich hatte schon mit US-amerikanischen Bombern zu tun. Im April 1999 flogen sie direkt über mir, in Belgrad. Mit ein paar Dutzend deutscher Mütter stand ich mit vor Angst eingeschnürter Brust auf der Donau-Brücke. Wir machten uns freiwillig zu Zielscheiben der NATO-Mörder – zusammen mit anderen Müttern, serbischen, kroatischen, albanischen, montenegrinischen, um aller Welt zu demonstrieren, wir las-

sen es nicht zu, dass unsere Söhne aufeinandergehetzt werden, um sich abzuschlachten für Freiheit und Demokratie auf Bush-amerikanisch, die Tarnworte für Öl und Profit.

Und nun dieser kecke Kommentar. Freilich, er ist „Nötige Kritik“ betitelt und erwähnt auch Abu Ghoreb und Guantanamo. Aber am Ende fiel mir nur der Vergleich mit einem ein, der den ersten Knopf seines Hemdes ins falsche Knopfloch schloss und dann mit keinem der weiteren Knöpfe mehr zurecht kam.

Allerdings – Journalisten tragen nicht nur für das eigene richtig geknöpfte Hemd Verantwortung. Sie sind Meinungsmultiplikatoren. Und so sollte man sich dann auch über Sätze in der LVZ-Leserpost, wie den von einem Frank Bach aus Leipzig über das Karl-Marx-Relief an der Leipziger Uni nicht wundern: „Bitte nicht soviel Rücksicht mit diesem schauerlichen Dogmatikerklutz: Ist denn alles vergessen? Unterdrückung, Gängelei, Unfreiheit ...“.

Höre ich den Einwand, das habe aber nun mit der Bush-Politik gar nichts zu tun? Ich blättere noch ein bisschen im Zeitungsstapel. Aber, wie kaum anders zu erwarten: Nichts Neues während meines Urlaubs: „Ost-Konzerne wachsen und

bauen Personal ab – Gesamtumsatz auf 72,2 Milliarden Euro geklettert“, „Verschuldung nimmt zu – Starker Anstieg vor allem bei Jugendlichen“, „Nahverkehr drohen Einschnitte – Koalition plant Millionen Kürzungen bei Beihilfen“, „Nordsachsen: Notstand bei Notärzten“, „EU erlaubt Speicherung von Telefonaten“, „Fleischskandal weitet sich aus“, „Frauenhäuser in Existenz bedroht“, „Bundeswehr will Truppenübungsplatz im Naturpark Dübener Heide“ ..., „Rieseninvestitionsstau in Schulen“.

Bushs Vision von Freiheit und Demokratie hat vorerst die Welt erobert und nicht die von Karl Marx. Die Proletarier aller Länder haben sich nicht vereinigt. Noch nicht mal die eines Landes. Ja, Linksparteichef Bisky brüskiert seine Bundesgenossen sogar in einem LVZ-Interview (10./11.12.05): „Wir wollen bei uns ganz bewusst nicht alle Linken haben.“

Und wen will er nicht haben? „Es gibt Leute, die wollen gehen. Da sage ich zu jedem, es tut mir leid, aber es ist o. k.“ Nichts ist okay. Einem LVZ-Menschen nicht zu widersprechen, der von „Irren“ spricht, die den Fusionsprozess überlagern, das dürfte massiv verunsichern haben.

• MAXI WARTELSTEINER

## KLEINE CHRONIK

# Leipziger Skandale 2005

### Januar

Die Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH und die Stadtwerke Leipzig erhöhen die Bezugspreise für Erdgas um 0,32 Cent je Kilowattstunde. Ihre Berufung auf die Kopplung an die Erdölpreise ist laut Bund der Energieverbraucher nicht gerechtfertigt und dient nur der Abzocke. Die Stadtwerke sind nicht in der Lage, eine überzeugende Kalkulation vorzulegen. Zugleich erhöhen sie den Strompreis um bis zu 6,4 Prozent.

Mit der Stadtratsentscheidung zur Schließung der Helmholtz-Grundschule in Lindenau, der Lene-Voigt-Mittelschule in Meusdorf und der 83. Mittelschule in Grünau sowie zur Fusionierung weiterer Einrichtungen in Connewitz und Paunsdorf wird die Verdünnung der Leipziger Schullandschaft fortgesetzt.

Am Verkehrsknoten Wilhelm-Leuschner-Platz soll es laut Auskunft der Stadtplaner künftig keinen Fußgängertunnel zwischen Straßenbahnhaltestelle und S-Bahn-Station geben. Der bisherige Tunnel wird ersatzlos geschlossen.

Die Eintrittspreise für die Spiele der Fußball-Weltmeisterschaft liegen in Leipzig zwischen 35 Euro (Gruppenspiel, Platzkategorie 4) und 120 Euro (Achtelfinale, Platzkategorie 1).

### Februar

Die Anbringung des neuen Logos des MDR am City-Hochhaus kostet rund 60 000 Euro.

Die aus Kostengründen erfolgte Reduzierung der Arbeitszeit der Rathausmitarbeiter führt in der Kontrolltätigkeit der Politessen vor allem in den Abendstunden und sonnabendnachmittags zu erheblichen Lücken.

Die Kommunalen Wasserwerke Leipzig haben in vielen Häusern – darauf weisen Mieter hin –

überdimensionierte Wasserzähler eingebaut, die teilweise zu einer Verteuerung der jährlichen Grundgebühren um 1700 Euro je Haus führen.

### März

Oberbürgermeister Tiefensee erhält vom Regierungspräsidenten einen Verweis, weil er den Stadtrat „wiederholt und in wichtigen Dingen nicht ausreichend informiert“ und damit gegen die Sächsische Gemeindeordnung verstoßen hat.

Im Stadtrat gibt Oberbürgermeister Tiefensee nur lückenhafte Auskünfte zu den Vorwürfen der Staatsanwaltschaft gegen den früheren Olympia-Beauftragten der Stadt, Beigeordneten Burkhard Jung, mit städtischer Geldern unzulässige Provisionen an zwei Sportmanager gezahlt zu haben. Zugleich belastet die Staatsanwaltschaft Jung erneut schwer. Mit der Entlastung von Dirk Thärichen vom Vorwurf der Untreue – er hatte nur Jungs Anweisungen ausgeführt – erhärtet sich der Verdacht, dass Jung in seiner eidesstattlichen Erklärung log.

Im Messehaus am Markt kommt es zu einem ersten Schadensfall beim Bau des Citytunnels. Eine fünf mal fünf Meter große Bodenplatte bewegt sich und drückt Regale eines Modehauses an die Decke. Die Sprinkleranlage wird beschädigt, und der 200 Quadratmeter große Verkaufsraum wird unter Wasser gesetzt.

Ende März hat Leipzig seit Jahresbeginn bereits an 27 Tagen den Grenzwert für den gesundheitsschädlichen Feinstaub überschritten. Laut EU-Richtlinie sind höchstens an 35 Tagen im Jahr Überschreitungen zulässig. Die Stadt steht erst am Anfang der Planung von Gegenmaßnahmen.

Mit 83 482 wird im Bereich der Arbeitsagentur Leipzig die höchste Anzahl Arbeitsloser seit 1990

ermittelt. 10 418 von ihnen sind jünger als 25 Jahre. 33 962 sind länger als ein Jahr erwerbslos.

Das Regierungspräsidium widerruft seine Zusage zur Bereitstellung von 2,5 Millionen Euro Fördermitteln für die Umgestaltung des Lindenauer Hafens und fordert von der Stadt eine deutlich abgespeckte Variante.

### April

Die Statistik der Polizeidirektion weist Leipzig mit 89 000 Delikten trotz leichten Rückgangs nach wie vor als Kriminalitäts-Hochburg aus.

Eine PDS-Anfrage ergibt: Der City-Tunnel kostet der Stadt 6,2 Millionen Euro mehr als die offiziell ausgewiesenen 12,78 Millionen Euro. Die Kosten für Leitungsverlegungen der Stadtwerke und der Wasserwerke erscheinen in deren Etats. Es ist zu befürchten, dass diese Kosten an die Kunden weitergereicht werden.

In Leipzigs Haushalt sind bisher die für die Mitfinanzierung der

neuen Start- und Landebahn Süd am Flughafen Halle-Leipzig – Voraussetzung für die Ansiedlung von DHL – erforderlichen rund 28 Millionen Euro nicht eingeplant.

Das Oberlandesgericht muss eine rechtswidrige Entscheidung des Pflegeheims Sellerhausen aufheben, das einer 90-jährigen demenzkranken Bewohnerin wegen krankheitsbedingten aggressiven Verhaltens den Vertrag gekündigt hatte.

Die Leipziger Wohnungsbaugesellschaft erhöht für mehrere Hundert Wohnungen in Volksmarsdorf und Reudnitz, wo viele Bezieher von ALG II wohnen, die Mieten bis an das zulässige Limit, um die staatlichen Zuschüsse zu vereinnahmen.

Die Arge (Arbeitsgemeinschaft Stadt/Arbeitsagentur) Leipzig fordert etwa 3500 Mieter auf, durch Umzug ihre Wohnkosten zu senken. Gerechnet wird mit 500 bis 700 Umzügen.

Die Arbeitsagentur lehnt die Genehmigung von zwei ABM-Stellen für den Wildpark Connewitz ab, obwohl die Agentur unmittelbar zuvor auf den ungenügenden Abruf der verfügbaren Mittel hingewiesen hatte.

Nach einer weitreichenden Umstrukturierung der Arbeitsagentur Leipzig und veränderten Abläufen bei der Bearbeitung der Anliegen der Besucher kommt es für Wochen zu langen Warteschlangen im Eingangsbereich wie auch zu erheblichen Schwierigkeiten bei der telefonischen Erreichbarkeit der Mitarbeiter.

Die Autobahn 38 als Südfahrt Leipzigs wird nicht mehr rechtzeitig zur Fußball-WM fertiggestellt.

### Mai

Eine von Justiz und Polizei tolerierte Neonazi-Demonstration

am 1. Mai kann nur durch den Einsatz der Bürger gestoppt werden.

In Berlin beginnt ein Strafprozess gegen 15 Ex-Manager der Bank BerlinHyp, darunter CDU-Politiker Landowski, wegen schwerer Untreue bzw. Beihilfe dazu. Sie schanzten u. a. der Immobilienfirma Aubis überhöhte Kredite für die Sanierung von 150 000 Quadratmetern Wohnfläche in Leipzig-Grünau zu. Aubis-Manager Wienhold ist bereits wegen Mieterbetrugs rechtskräftig verurteilt.

Mit der mehr als fragwürdigen Argumentation „Jobs gehen vor Lärmschutz“ weist das Bundesverwaltungsgericht die Klage von Bürgern gegen die Ansiedlung des DHL-Luftdrehkreuzes am Flughafen Leipzig-Halle zurück, die einen hohen Nachtlärm erwarten lässt.

Nach breitem öffentlichen Aufbegehren von Anwohnern, zahlreichen fundierten Einwänden und Kompromissvorschlägen von Fachleuten wird im Interesse einer fragwürdigen Straßenerweiterung die Kleine Funkenburg in der Jahnallee – ein Baudenkmal von überregionaler Bedeutung – abgerissen.

Investor Michael Kölmel lehnt in den Verhandlungen über den Verkauf des Zentralstadions die von der Stadt gebotenen 18 Millionen Euro ab und tritt mit erpresserischen Forderungen und der Drohung auf, das Stadion leerstehen zu lassen.

Zwei weitere Leipziger Gymnasien und zwölf Mittelschulen dürfen laut Verfügung des Kultusministeriums im neuen Schuljahr keine fünften Klassen einrichten und sind damit Auslaufobjekte. Die Stadt will nur in zwei Fällen gegen die Entscheidung klagen.

Die stadteigene Holding LVV zahlt dem Manager Thomas



### Skandal-Person des Jahres

Autofahren fällt bis auf weiteres aus, jetzt muss er laufen: Der bereits mehrfach unrühmlich hervorgetretene Leipziger Bürgermeister Holger Tschense, u. a. zuständig für Ordnung, hat sich nicht nur zahlreicher Verletzungen der Straßenverkehrsordnung und der mindestens 57-fachen Ignorierung des Fahrverbots schuldig gemacht, sondern auch des Eingriffs in ein Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen ihn durch Nötigung des ihm unterstellten Ordnungsamtsleiters zur Rechtsbeugung. Die Staatsanwaltschaft nimmt Ermittlungen auf. Er wird von seinem Amt suspendiert und schließlich von der Ratsversammlung abgewählt. Bis zuletzt sträubt er sich mit allen Mitteln, seine Schuld einzugestehen und seinen Stuhl zu räumen, gestützt von der ungebührlich lange dauernden Unschuldsumutung seitens des Oberbürgermeisters.



## Straßenbau-Chaos

Den größten Teil des Jahres über wird der Straßenverkehr in Leipzig durch eine Konzentration von Baumaßnahmen in Zentrumsnähe extrem behindert. Die Gleichzeitigkeit der Maßnahmen am Hauptbahnhof, am Johannisplatz, am Leuschnerplatz und in der Jahnallee führen zu zahlreichen Einschränkungen, Sperrungen und Umleitungen, die durch Planungsfehler, ungenügende Beachtung der Bürgerinteressen und die damit verbundenen Baustopps noch maßgeblich verschärft werden.

Severin nach einer rund einhalbjährigen Tätigkeit bei den Stadtwerken Leipzig eine Abfindung von 785 300 Euro und überlässt ihm zudem seinen Dienst-Mercedes.

### Juni

Rechnungsprüfer ermitteln, dass die städtischen Beigeordneten Jung, Tschense und Kaminski rechtswidrig, ohne Stadtratsbeschluss, handelten, als sie dem VfB Leipzig eine Bürgerschaft in Höhe von rund 511 000 Euro gewährten. Die Staatsanwaltschaft beginnt Ermittlungen.

In den Grünauer Wohnkomplexen 7 und 8 werden die einst mit hohen Erwartungen an die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens vor Ort und die Dienstleistungen für die Bürger eingerichteten Quartiersläden wieder geschlossen. Die Stadt sieht sich außerstande, die nötigen finanziellen Mittel weiter bereitzustellen.

### Juli

Der Entwurf eines Aktionsplanes des Regierungspräsidiums zur Senkung der Feinstaubbelastung lässt keine wirksamen Schritte zur Verbesserung der gesundheitsgefährdenden Situation erkennen. Er enthält eine Klausel, die größere Verkehrseinschränkungen durch Tempo-30-Zonen und Einbahnstraßen unmöglich macht.

Aus einer Zwischenbilanz der Stadtkämmerei zur Haushaltssituation geht hervor, dass zu den 21,4 Millionen Euro Defizit bereits im Haushaltsansatz weitere fünf Millionen hinzukommen. Die Deckungslücke könne bis Jahresende auf 40 Millionen anwachsen.

Für den Haltestellenbau am Hauptbahnhof ist eine kosten erhöhende Zwischenlösung erforderlich, weil es beim Bau des City-Tunnels einen Verzug von mehreren Wochen gibt. Später wird sogar ein Verzug von acht Monaten eingeräumt.

Ein Kontrollbericht des Rechnungsprüfungsamtes stellt fest, dass die Verträge über die Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft schwer durchschaubar sind, nachlässig abgefasst wurden und dass beim Abschluss teilweise der Stadtrat umgangen wurde.

Städtische Ämter, darunter Standesamt, Stadtbibliothek, Ordnungsamt und Amt für Umweltschutz, weisen darauf hin, dass die Einsparung von 162 Stellen in der Stadtverwaltung bis Ende des Jahres zu Einbußen bei den Serviceleistungen für Bürger führen wird.

Ein Leipziger findet auf der Straße einen Computerausdruck der Agentur für Arbeit, eine zweiseitige Liste mit 89 persönlichen Daten eines Empfängers von ALG II.

Ein Leipziger findet auf der Straße einen Computerausdruck der Agentur für Arbeit, eine zweiseitige Liste mit 89 persönlichen Daten eines Empfängers von ALG II.

### August

Im Mitteldeutschen Verkehrsverbund gelten ab Monatsbeginn um drei bis fünf Prozent erhöhte Tarife in Bussen und Bahnen. Als Grund werden neben dem Preisanstieg für Dieselkraftstoff und Strom die Kürzung der Bundes- und Landeszuschüsse genannt. In Leipzig werden 4-Fahrten-Karten um 30 Cent teurer.

Die Aufhebung der Suspendierung des früheren bfb-Chefs Matthias von Hermanni durch Oberbürgermeister Tiefensee offenbart, dass die jahrelangen Anschuldigungen gegen ihn nur dazu dienten, die Auflösung des bfb zu begründen.

Seit rund zehn Jahren hat die Stadtverwaltung ihr zustehende Steuern von 26 688 Kleingärtnern mit übergroßen Lauben nicht eingefordert. Die Einnahmeausfälle belaufen sich mittlerweile auf 330 000 Euro.

### September

Vor allem wegen Mehrbelastung durch Hartz IV sieht sich die Stadtkämmerei veranlasst, eine Haushaltssperre zu verhängen. Leipzig rechnet jetzt mit 44 000 statt bisher 38 000 Bedarfsgemeinschaften für das ALG II.

Wegen der städtischen Finanz-

not muss die Eröffnung des Museums für angewandte Kunst im Grassi-Museum auf frühestens Herbst 2007 verschoben werden.

Ein libanesisches Restaurant in der Münzgasse wird durch einen Brandanschlag zerstört. Tags darauf wird ein Bistrolokal am „Adler“ in Kleinzschocher, das ein Iraker betreibt, in Brand gesetzt.

Schlimmste Befürchtungen des Tierschutzvereins bestätigen sich mit der Absicht der Stadt, den Neubau eines Katzenhauses in Breitenfeld erst 2007 zu beginnen, womit die untragbaren Zustände im Heim an der Max-Liebermann-Straße hingenommen werden müssen.

Vor dem Aufmarsch der Anhänger des Neonazis Worch am 1. Oktober behauptet Leipzigs Polizeichef Müller entgegen gültigen Rechtsnormen, die geplante Sitzblockade von Antifaschisten gegen diese Demo sei rechtswidrig, um so gegen sie mit Gewalt vorgehen zu können.

### Oktober

Die Stadtwerke tragen einen Streit zwischen einem Hausbesitzer und einer Fernwärme-Lieferfirma auf dem Rücken der Mieter aus, indem sie mehrere Stunden lang die Heizung für 4000 Wohnungen in Grünau abstellen.

Eine Bestandsaufnahme des Vereins *Stattbild* ergibt, dass jedes fünfte bewohnte Gebäude an Leipzigs Hauptstraßen illegal mit Graffiti besprüht ist.

Nach dem Aufbrauchen finanzieller Rücklagen und der Erhöhung der Entsorgungskosten kündigt der Stadtreinigungsbetrieb eine durchschnittliche Steigerung der Müllgebühren um 30 Prozent mit Wirkung von März 2006 an.

Durch das teilweise Weiterreichen der gestiegenen Betriebskosten an die Eltern soll die Kinderbetreuung in Krippe, Kita und Hort ab März 2006 um 23 bis 30 Prozent teurer werden. Die Stadt plant auch eine Redu-

zierung der Zuschüsse für Bedürftige beim Essen in Schulen und Kindergärten.

### November

Während die Universität den jüngsten Entwurf des Architekten Eggerath für die Innengestaltung der neu zu errichtenden Aula als multifunktionalen Bau mit viel Licht und Säulen aus Porzellan und Glas favorisiert und die Wettbewerbsjury empfahl, „die Gestaltung der Aula/Kirche zu präzisieren und den Charakter der Aula stärker zu betonen“, beharrt der Paulinerverein auf der weitgehend originalen Rekonstruktion der gotischen Universitätskirche und damit der Betonung eines sakralen Charakters der Universität.

Vor der Festlegung neuer langfristiger Sparziele für den Stadthaushalt zur Überwindung von Defiziten ergibt eine Bestandsaufnahme, dass das Sparprogramm der Stadt vom Dezember 2004 bisher nur zur Hälfte umgesetzt ist.

Viele Stadträte kritisieren die mangelnde Konkretetheit des von der Stadtverwaltung vorgelegten Entwurfs des Haushaltskonsolidierungskonzepts für die kommenden Jahre. Lothar Tippach (Linksfraktion): „Wir wer-

binden konnte, während sie etwa 40 Millionen zurückgibt. Ende November liegt die Anzahl der ABM-Stellen mit 2264 um 785 unter dem Vorjahresstand.

### Dezember

Der Gaspreiserhöhung der Stadtwerke vom Jahresanfang folgt eine weitere Steigerung um bis durchschnittlich 18 Prozent mit Wirkung vom 1. Dezember 2006. Eine Erhöhung der Preise von Fernwärme um durchschnittlich 17,9 Prozent und Strom um rund 5 Prozent ab Januar ist angekündigt. Leipzig hat bereits die höchsten Gaspreise in Deutschland.

Ex-Oberbürgermeister Tiefensee wird im Zusammenhang mit Leipzigs Olympiabewerbung seitens zweier Vermarktungsfirmen mit strafrechtlich relevanten Vorwürfen konfrontiert. Tiefensee schweigt sich aus.

Bei der Verfolgung mutmaßlicher Rauschgifthändler stürmen Leipziger Polizisten mit Maschinenpistolen im Anschlag in einem Mehrfamilienhaus in der Südvorstadt irrtümlich die falsche Wohnung und nehmen Unbeteiligte fest.

Der traditionsreiche Reclam-

## Flucht nach oben

Als Mitgestalter des asozialen Hartz-IV-Gesetzes, als Verwalter einer von Jahr zu Jahr ärmeren, vorrangig auf „Events“ und Prestigeobjekte orientierten Stadt und als Chef einer skandalumwitterten Führungsriege im Rathaus verlässt Wolfgang Tiefensee sein Oberbürgermeisteramt mit Ziel Berlin, um Minister in der Regierung Merkel zu werden. Die Stadt verzeichnet währenddessen einen Höchststand der Arbeitslosigkeit und einen Tiefstand im Angebot an Lebensqualität für die Bürger. Das langfristige Verkehrschaos kann als Symbol für den Zustand seiner Hinterlassenschaft gelten.



den den Weg (der Kürzungen) nicht mitgehen, soweit es sich um Unternehmen im Kernbereich der Daseinsvorsorge handelt.“

Der von der *Falk Marco Polo Interactive* herausgegebene neue Leipziger Stadtplan erweist sich als Flop. Vergessens sucht man die westlichen Gebiete von Grünau sowie die östlichen von Paunnsdorf und Engelsdorf.

Die Arbeitsagentur Leipzig teilt mit, dass sie von den in diesem Jahr verfügbaren rund 80 Millionen Euro für ABM und 1-Euro-Jobs nur 43,5 Millionen bei Trägern von Maßnahmen

Verlag, 1828 in Leipzig gegründet, jetzt mit Hauptsitz in Ditzingen bei Stuttgart, kündigt für Anfang 2006 die Schließung seines Leipziger Standortes an.

Vor der Stadtratssitzung zum Haushalt 2006 und zur mittelfristigen Haushaltssicherung zeichnet sich eine dramatische Situation ab: drohende weitere Einschnitte in Personalbestand, soziale Leistungen, Vereinsförderung und Kulturangebot sowie beabsichtigte Privatisierung städtischer Unternehmen.

**Und das Jahr ist noch nicht zu Ende ...**

# „Ich kann Politik und Literatur nicht trennen“

Wolfgang Bittner sprach mit dem Schriftsteller Dieter Lattmann

● **Wolfgang Bittner: Sie waren Gründungsvorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller, acht Jahre Abgeordneter des deutschen Bundestages und haben zahlreiche Bücher geschrieben. Wie war das alles miteinander in Einklang zu bringen?**

**Dieter Lattmann:** Es waren immer zwei Anlagen, die sehr früh auftauchten und mein ganzes Leben bestimmt haben: Zum einen hatte ich wohl aus der Erziehung heraus, aber auch dem angeborenen Wesen nach eine ausgesprochene Neigung, mich um Menschen zu kümmern, denen es schlecht ging; später habe ich das einmal „soziale Herausforderung“ genannt. Das andere war, dass ich immer das Leben, wie ich es erlebte, mit Worten ausdrücken wollte. Ich habe mit 13 Jahren zu schreiben begonnen und bis heute nicht damit aufgehört.

● **Wie passt das zusammen: diese soziale Ader, wenn man will: das Politische, und die Literatur?**

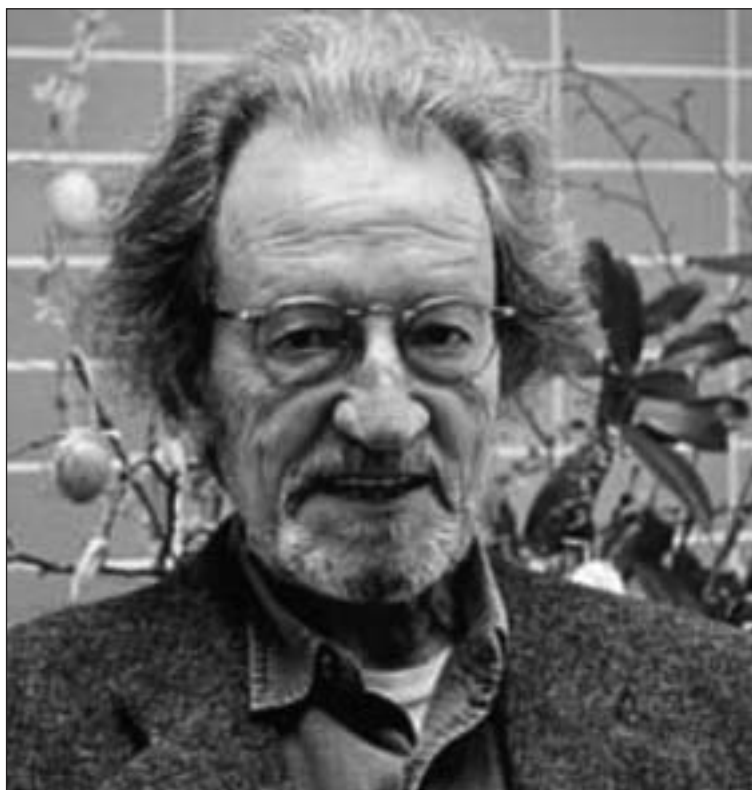
Ich kann Politik und Literatur nicht trennen. Nicht bei den Autoren, die ich am meisten liebe, denn das sind alles Autoren, die auch über gesellschaftliche Konflikte - und das ist ja Politik im weitesten Sinne des Wortes - schreiben, sondern auch in meinem Leben. Ich kann nicht verstehen, wie man sich nur mit der subjektiven Thematik des Selbst, der eigenen Katastrophenträchtigkeit oder den nur individuellen Schicksalen beschäftigen kann.

● **Ist das nicht bei den einzelnen Menschen, je nach Veranlagung und Sozialisation, ganz unterschiedlich?**

Ich habe da meine eigene Theorie, nach der jeder Mensch drei Biographien lebt. Einmal die ganz private: wie man auf die Welt kommt, in welcher Familie, wen man heiratet, Kinder, Liebe, Krankheit, Trauer, Freude, Tod. Das zweite ist der Beruf. Während man in dem ersten noch sehr man selber sein kann - hoffentlich, meistens -, greifen in dem zweiten schon die Mächte der Wirtschaft ein, im Berufsleben mit seinen Zwängen und Abhängigkeiten sowieso, und das auch für einen so genannten freien Schriftsteller. Aber in der dritten Biographie, der politischen, wird man in der Regel gelebt, und nur wenn man die Demokratie als Selbstverantwortung begreift, kann man sich aus dieser Klammer des Gelebten befreien. Literatur fasst alle drei Biographien zusammen und ist deswegen in meinen Augen zwangsläufig auch politisch.

● **Diese Entwicklung eines politischen Bewusstseins ist nicht gerade selbstverständlich. Wurde Ihnen das in die Wiege gelegt? Wie waren Ihre familiären Verhältnisse?**

Ich wurde 1926 in einer Soldatenfamilie in Potsdam geboren. Mein Vater war schon 1914 Berufssoldat gewesen. Er war nach dem ersten Weltkrieg in der Wirtschaft untergekommen und wurde 1934 als Offizier reaktiviert. Aber es war nicht nur eine Soldatenfamilie, sondern es gab noch Kaufleute, Pastoren, Fabrikanten. Insbesondere die beiden Großväter, sehr farbige Figuren in meiner Kindheit und Jugend, ragten in mein Leben hinein. Der eine war Fabrikant, und er ist noch als königlicher Kaufmann mit dem Pferdeschlitten durch Russland gefahren. Der andere war in Thüringen Amtsrichter, wurde Reichstagsabgeordneter, und von ihm sagte man: „Er steht im Großen Brockhaus und er hat an Kaisers Tische von goldenen Tellern gegessen.“



● **Was hat Sie seinerzeit angeregt und beeinflusst?**

Potsdam ist für mich nur ein Erinnerungshorizont. Allerdings habe ich dort den späteren Stalingrad-General und Mitbegründer des Offiziersbundes im Nationalkomitee Freies Deutschland Martin Lattmann besucht, den nächsten Bruder meines Vaters - er hatte fünf Brüder, alle Soldaten -, so dass Potsdam für mich schon ein Zielort war, und zwar einer in Uniform. Meine Familie war deutsch-national eingestellt. Meine Mutter hat noch 1932 in ihr Tagebuch geschrieben: „Hoffentlich siegt die nationale Front“, und mein Vater war zwar kein Nazi, aber er ging davon aus, dass eine deutsche Regierung nie verbrecherisch sein kann. Die Lebensrichtschnur waren preußische Tugenden wie Disziplin, Anstand, Ehrlichkeit.

● **Gegen Ende des Krieges sind Sie ebenfalls noch Soldat geworden.**

1943 hatte ich bereits bei der Fliegerabwehr und dem Reichsarbeitsdienst antreten müssen, und danach habe ich anderthalb Jahre als Soldat bei der Kriegsmarine gedient. Es war für mich eine Zeit des Umbruchs, denn so wie ich erzogen war, habe ich mich als 16-Jähriger freiwillig gemeldet. Als ich dann die Uniform der deutschen Wehrmacht trug, war mir klar: für diese Art von Kadavergehorsam bin ich nicht geboren. Ich kam von meinem

ganzen Naturell her sofort in einen Gehorsamkeitskonflikt. Deswegen war das eine grausame Zeit, in der ich nie wusste, wie ich mich verhalten sollte. Zum wirklichen Widerstand war ich nicht mutig genug und zu jung, dazu wusste ich auch nicht genug. Aber ich bin angeeckt und eines Tages im Knast gelandet, habe also das Kriegsende hinter Schloss und Riegel erlebt.

● **Was war der Grund für diese Inhaftierung?**

Anfang 1945 habe ich auf der Kriegsschule Mürwik bei Flensburg im Kameradenkreis gesagt: „Der Krieg ist verloren und jeder Tag, den man ihn noch weiterführt, kostet tausende von Menschenleben. Schlussmachen ist das einzig Verantwortliche.“ Daraufhin bin ich denunziert worden, und wäre ich vor einen NS-Führungsoffizier gekommen, hätte es um mein Leben gehen können. Aber ich hatte einen grundvernünftigen Kriegsschulkommandeur, der mich mit Stahlhelm antreten ließ und sagte: „Sie Vollidiot! Wir wissen doch alle, was los ist. Ich stecke Sie jetzt in den Bau, sonst reden Sie sich noch um Kopf und Kragen.“

● **Wie ging es dann nach Kriegsende weiter?**

1945 stand in meinem Wehrpass, dass ich wegen Ungehorsams degradiert worden war; das haben die Engländer honoriert.

Nach kurzer Kriegsgefangenschaft und vorübergehender Arbeit im Sommer 1945 in der Landwirtschaft, bin ich nach Kassel gegangen, wo ich bei dem Musik- und Buchverlag Bärenreiter eine Lehre gemacht habe. Ich wollte den Büchern so nah wie möglich sein. Es waren ja viele Schriftsteller - zum Beispiel Heinrich Böll - Buchhändler; man schrieb heimlich nebenher, gestand es zwar noch nicht ein, schickte aber schon Manuskripte herum. Als Buchhändler bin ich dann richtig auf der Walz mit dem Fahrrad durch die Republik gefahren und war einige Zeit beim Piper Verlag in München tätig. Das war in gewisser Weise meine Universität, und da wurde ich auch in eine Art literarischen Orden aufgenommen, das heißt ich gehörte nun zu den wichtigen Verlagen und hatte alle entsprechenden Querverbindungen. Ich lernte andere Verleger und Gleichaltrige kennen: Siegfried Unseld, den Nachfolger von Suhrkamp und viele andere. Da erst war ich richtig in der Zunft der Büchermacher drin.

● **Sie begannen in dieser Zeit schon zu veröffentlichen.**

Ja, mein erstes Buch, eine Sammlung von Aufsätzen und Erzählungen, erschien 1957 bei Langen-Müller. Und 1960 traute ich mich mit meinem ersten Roman auf die freie Wildbahn. Ich wollte - obwohl früh verheiratet und mit zwei Kindern - so bald wie möglich vom Schreiben leben.

● **Sie sind dann Vorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller geworden. Wie kam es dazu?**

Damals gab es unter der Kulturhoheit der einzelnen Bundesländer elf Schriftstellerverbände in Westdeutschland und eine großmächtige Bundesvereinigung dieser Verbände. Deren Vorstand suchte einen neuen Präsidenten, nachdem der alte gestorben war. Natürlich wurden alle namhaften Leute gefragt, aber keiner wollte es machen, und da kamen sie zu mir. Ich wurde also 1968 plötzlich Präsident dieser Bundesvereinigung. Das klang ja großartig, aber als ich näher hinschaute, traf ich die versammelte Ohnmacht in elf schwachen Regionalverbänden an. Nun meinten einige Freunde, wir müssten einen einzigen Verband haben, und tatsächlich ist es uns gelungen, 1969 den Verband deutscher Schriftsteller zu gründen. Dazu hat uns Heinrich Böll wunderbarerweise im Kölner Gürzenich sein Stichwort „Ende der Bescheidenheit“ geliefert und Günter Grass hat geraten, uns der Gewerkschaft der Drucker und Setzer anzuschließen. Ich war Grün-



dungsvorsitzender und man kann vielleicht sagen, dass es ohne mich diesen Gesamtverband, der heute der Gewerkschaft ver.di angehört, nicht so schnell gegeben hätte.

● **Welche Bedeutung hatte der Schriftstellerverband damals und was war seine Aufgabe?**

Die Schubkraft des Verbandes, der damals eine große Popularität und Medienwirksamkeit hatte, war enorm. Wenn Böll, Grass, Walser und Lenz gemeinsam eine Pressekonferenz machten, kamen mehr Journalisten als zu manchem Bundesminister. Das heißt wir hatten eine Wirkung, und die Freundschaft Willy Brandts zu den Schriftstellern war Allgemeingut. Manche von uns haben ja – wie ich auch – als Redenschreiber für Willy Brandt gearbeitet. Es gab eine ungeheure Nähe zwischen Geist und Macht. In gewisser Weise war das eine Sternschnuppenzeit.

Das gab es in dieser Weise zwischen Schriftstellern und Politikern noch nie. Das hat sehr stark geholfen, so dass wichtige Gesetze auf den Weg gebracht werden konnten: Tarifrecht für freie Mitarbeiter von Massenmedien, ein Schulbuchhonorar, eine Bibliotheksabgabe. Denn die Rechte von Schriftstellern waren sozialisiert in einem Land, das ja nun alles andere als sozialistisch war.

● **Damals ist also in berufspolitischer Hinsicht viel für die Schriftsteller veranlasst und durchgesetzt worden ...**

Das begann 1969 und währte bis 1982. Wir hatten im Vorstand immer wieder überlegt, dass die vielen tausend Autoren, also die Freiberufler, in der Bundesrepublik eine allgemeine Anschlussmöglichkeit an die Kranken- und Rentenversicherung brauchten. Das wurde zum Hauptziel des neuen Schriftstellerverbandes, denn unsere Berufsgruppe war als eine der wenigen draußen geblieben. Auf unserem Stuttgarter Kongress 1970, der unter dem Motto „Einigkeit der Einzelgänger“ stand, und wo Willy Brandt, Heinrich Böll, Günter Grass und Martin Walser sprachen, war die Künstlersozialversicherung unsere Hauptforderung. Und nun hieß es im Vorstand: einer von uns muss das vorantreiben. Ich bin daher ganz gezielt in den SPD-Ortsverein Alte Heide im Münchener Norden gegangen, um so schnell wie möglich für den Bundestag zu kandidieren, was erstaunlicherweise geklappt hat. Ich habe eine Mini-Ochsentour gemacht und 1972 im Bonner Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf auf meiner Schreibmaschine produziert und sieben Jahre lang durch den Bundestag getragen. Die Gewerkschaften haben geholfen, viele Abgeordnete aus den Fraktionen von SPD und FDP – damals die sozialliberale Koalition –, vereinzelt auch der CDU, und zum Ende meiner Zeit im Bundestag wurde das Gesetz endlich beschlossen.

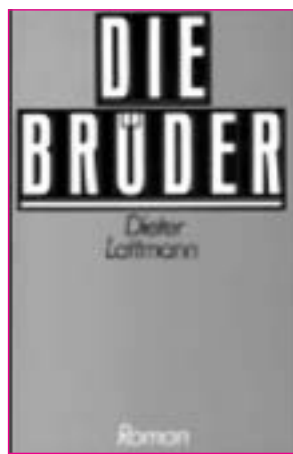
● **Das war ja in den siebziger Jahren politisch eine sehr bewegte Zeit ...**

Ja, es gab eine gewisse Hysterie aufgrund der verbrecherischen Taten einer sehr kleinen Gruppe von Intelligenzterroristen, die aus der außerparlamentarischen

Opposition sozusagen mit einem Salto mortale abgekippt waren und Gallionsfiguren, Leitfiguren unserer Republik ums Leben brachten. Dass daraufhin neue Gesetze gefordert wurden, war nicht unbedingt logisch, denn die vorhandenen Gesetze hätten ausgereicht. Aber immer wenn diese Unruhe auftritt, verlangen Politiker, vor allem die konservativen, schärfere Gesetze.

● **Ich erinnere mich, dass Sie dagegen öffentlich Stellung genommen haben.**

Ich habe zur Begründung meiner Haltung



im Bundestag gesagt: „Eine Demokratie stirbt nicht am Mangel an Gesetzen, sie stirbt am Mangel an Demokraten.“ Und ich habe zweimal – jeweils mit drei anderen – gegen diese so genannte Antiterrorismus-Gesetzgebung gestimmt. Außerdem habe ich natürlich die Gelegenheit genutzt, in den beiden Büchern, die ich als Abgeordneter schrieb, genau diese Konflikte darzustellen, und zwar in „Die Einsamkeit des Politikers“ und „Die lieblose Republik“. Und über die Friedensbewegung habe ich einen Roman geschrieben: „Die verwerfliche Alte“. Das zu tun als jemand, der öffentlich das Wort führt, als Politiker und als Autor, war für mich selbstverständlich; wie überhaupt für viele meiner Generation schreiben und Gesellschaftskritik – erzählen und Politik – eine Einheit war.

● **Das hat sich ganz offensichtlich geändert.**

Heute ist es weitgehend so, als sei Literatur nur noch ein Privatissimum und als seien nur noch die Katastrophen des Individuums ein Thema. Ich hoffe sehr, dass sich bald eine neue Generation junger Autoren findet, die wieder die gesellschaftlichen Grundprobleme, die ja die wahre Problematik unserer Demokratie und unseres Gesellschaftssystems ausmachen, erzählerisch aufgreift.

● **Großen Dank haben Sie allerdings mit Ihrem gesellschaftspolitischen Ansatz und Ihrer Gesellschaftskritik nicht geerntet.**

Das ist richtig. Plötzlich kam dieser Vorwurf: Landesverrat. Als der Oberstaatsanwalt aus Karlsruhe 1995 anrief, wusste ich noch nicht einmal, um welches Land es sich handelt. Ich könnte Geheimnisse verraten haben – so hieß es –, wohl nicht nur an die DDR, sondern überhaupt an Länder im Osten. Meine Frage war: „Was soll ich denn gewusst haben?“ Ich war Kulturpolitiker und bin Schriftsteller. Nicht einmal in meinen acht Jahren als Bundestagsabgeordneter habe ich mit militärischen oder sonstigen Staatsheimnissen in dem Sinn zu tun gehabt, wie sie Landesverrat begründen könnten. Ich habe nicht nur um meine Reputation gekämpft, sondern um mein Ich.

● **Das ist seinerzeit durch die Medien gegangen. Was ist aus dem Vorwurf geworden?**

Ich war erlöst, als mir der Generalbundesanwalt nach einem halben Jahr brieflich bestätigte, dass der Vorwurf nicht etwa aus Mangel an Beweisen nicht zum Prozess geführt hat, sondern dass er nicht begründet war. Ein völliger Freispruch! Ich habe dann einen einzigen Satz mit dpa herumgeschickt, aber zum Beispiel brachte der *Spiegel*, der mich auf dreieinhalb Seiten im politischen Teil unter dem Stichwort „Stasi“ angegriffen hatte, nicht einmal diesen Widerruf.

● **Wie kam ein derartiger Verdacht überhaupt zustande? Lag das tatsächlich an den Kontakten in die DDR, die nach meiner Erinnerung auch Bernd Engelmann zum Vorwurf gemacht worden sind?**

Ja, so war es. Aber aus meiner Sicht taten wir – Engelmann und ich wie viele andere – etwas ganz Selbstverständliches, was in unserer Verfassung steht und was eigentlich die Pflicht aller Westdeutschen gewesen wäre und – soweit das möglich war – ebenfalls die Pflicht aller Ostdeutschen: nämlich uns die deutsche Teilung nicht ständig weiter aufnötigen zu lassen. Ich war 23 Jahre alt, als Deutschland geteilt wurde, aber für mich war Deutschland nie wirklich ein geteiltes Land. Wir hatten auch Verwandte und Freunde drüben und sind so oft wir konnten in die DDR gefahren. Wir haben uns gesagt: Solange die deutsche Einheit nicht kommt, wollen wir sie leben so gut wir können.

● **Gab es damals nicht bereits offizielle Kontakte zur DDR?**

Das ist ein wichtiger Aspekt, der leider



in der Öffentlichkeit unseres Landes nie richtig wahrgenommen wurde: Die Bundesrepublik hatte während der Regierung Brandt mit Egon Bahr und fortgesetzt unter Helmut Schmidt und Helmut Kohl ein Kulturabkommen mit der DDR in die Wege geleitet. Darin wurden die Schriftstellerverbände und Kulturorganisationen auf beiden Seiten beauftragt, so intensiv wie möglich zusammenzuarbeiten, ihre Werke auszutauschen, Lizenzausgaben zu ermöglichen. Wenn wir über die Grenze führen, handelten wir im Auftrag der westdeutschen Regierung entsprechend dem Kulturabkommen. Als dann die Wende kam, wurde ein großer Teil westdeutscher Literaturleute plötzlich verdächtigt, sie hätten mit der DDR in unerlaubter Weise paktiert und manchen wurde sogar das Reizwort „Stasi“ angehängt. Dabei war die Zahl derer, die tatsächlich mit der Stasi zu tun hatten, verschwindend gering – ich persönlich

kenne überhaupt niemanden, der in schuldhaftem Sinn ein Grenzgänger war.

● **Wie erklären Sie sich heute diese Verdächtigungen und Verleumdungen?**

Das hing mit dem Systemwechsel zusammen. Immerhin kamen 17 Millionen Deutsche zur Bundesrepublik. Viele – wie auch Engelmann und ich – dachten damals: Jetzt tun wir das, was die Väter und Mütter des Grundgesetzes gewollt haben. Beide Seiten treffen sich, eine neue Verfassung wird entworfen und vom deutschen Volk beschlossen, von beiden Seiten kommt das Beste zusammen, was in Deutschland vorhanden ist. Der westdeutsche Staat aber hat es so gesehen, dass lediglich 17 Millionen Ostdeutsche nunmehr Westdeutsche wurden – man sprach von den „neuen Ländern“. Für mich waren es nie neue, sondern alte Länder in einem anderen Teil unseres Landes, das der Bundespräsident Heineemann einmal „ein schwieriges Vaterland“ genannt hat.

● **Das erklärt noch nicht die Anfeindungen gegen Persönlichkeiten wie Sie und Engelmann.**

Dieser ganze Konflikt hatte etwas zu tun mit einem Elitewechsel. Bei allen großen Machtwechseln zwischen Systemen und Politiken kann man in der Geschichte verfolgen, dass Eliten der anderen Seite beschuldigt wurden, und zwar weit über jedes reale Maß hinaus, um eine absolute Unterwerfung unter das siegreiche System zu erreichen. Früher kostete das viele der Eliten das Leben, in der neuen Zeit geht das anders, aber es gab eine Art rückwirkendes Gebot, Kontakte zur DDR als etwas Schuldhaftes zu akzeptieren.

● **Wie sind Sie damals umgegangen, wie gehen Sie damit um?**

Ich habe mich dem nie unterworfen, zumal ich denke, dass man einige kritische Stimmen durch solche Vorwürfe abschalten wollte. In

diesem Systemwechsel und mit der Schwierigkeit nun mit 17 Millionen aus der DDR ein gemeinsames Deutschland zu schaffen, gab es natürlich enorme Spannungen. Seien wir doch ehrlich, keiner wusste wie das genau gehen sollte, auch nicht von den westdeutschen Politikern einschließlich Herrn Kohl. Da war man nicht nur übervorsichtig, sondern auch aufgeregt, und dabei sind einige wie Engelmann und ich in ein Rampenlicht gekommen, was uns wirklich falsch beleuchtet hat. Aber dass das eine falsche Beleuchtung war, ist nie so öffentlich geworden wie der Vorwurf damals.

(Eine Sammlung mit Interviews von Persönlichkeiten der Zeitgeschichte erscheint demnächst in Zusammenarbeit mit dem WDR unter dem Titel „Ich mische mich ein“ im Klartext Verlag in Essen)

## Liebe Leipzigs Neue,

das Gedicht von Peter Scher in LN 23/05, S. 11 möchte ich zum Anlaß nehmen, auf den Autor hinzuweisen, der eigentlich Hermann Fritz Schweynert hieß und unter zahlreichen Pseudonymen schrieb. Der 1884 in Großkamsdorf/Thüringen geborene vielseitige Schriftsteller war von 1914–1916 und 1919–1930 Redakteur der in München erscheinenden Satire-Zeitschrift *Simplicissimus*, 1931 und 1932 schickte er auch Texte an das in Berlin erscheinende antifaschistische Satiricon *Die Ente* (1931 – Februar 1933; dann verboten), gestorben ist er 1953 in Wasserburg/Inn. Frauke Hampel und Peter Hinke nahmen ein Gedicht von ihm, erschienen im *Simplicissimus* unter seinem Pseudonym Emanuel, in ihre schöne, von Thomas M. Müller kongenial illustrierte, Anthologie *Mit einem Reh kommt Ilka ins Merkur. Leipziger Gedichte* auf. Sie werden wohl nichts dagegen haben, wenn es für das Buch aus der Connewitzer Verlagsbuchhandlung wirbt:

*Under anderm ooch...  
An Leibdich  
reibd sich  
Pfu! Deifel  
die Sadire,  
aber die Stadt  
hat  
ihre  
Vorzieche – ohne  
Zweifel!*

*Was wird da alleene  
für Geist  
betrieben!  
Wemm'r den betracht't,  
meine Lieben,  
da saacht m'r dreist:  
Alle Dichtung  
der neien Richtung  
is in Leibdich zur Welt  
gebracht  
un fludet nu los  
und schwingt  
sich hoch.  
Leibdich is ooch –  
unbeding't!*

*das Gesaachte  
beweist es –:*

*enne Medrohboohle  
des Geistes!*

*Simplicissimus,  
München, Nr. 40 v. 3.  
31920*

• WOLFGANG U.  
SCHÜTTE

Lebensgeschichten aus jener Generation, die vom Ende der Weimarer Republik bis zu dem der DDR alle Brüche in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts miterlebt hat, rufen immer wieder großes Interesse hervor. Zeugen sie doch alle auf individuelle Weise von jenem „Zeitalter der Extreme“, als das der britische Historiker Eric Hobsbawm das kurze 20. Jahrhundert zwischen Erstem Weltkrieg und Ende des Kalten Krieges um 1990 treffend charakterisiert hat. Auch für die bei Faber & Faber erschienene Autobiografie Werner Heiduczekes *Die Schatten meiner Toten* gilt dies uneingeschränkt, aber was sie leistet, geht zugleich weit darüber hinaus.

Da ist zuerst die Geschichte einer Jugend zwischen der Herkunft aus dem lebensprägenden katholischen Milieu Oberschlesiens und den frühen Erfahrungen mit Kriegsdienst und Gefangenschaft. Da ist die Situation des knapp Zwanzigjährigen in der unmittelbaren Nachkriegszeit, von dem es heißt: „Er hatte überlebt und er wollte leben.“ Und der nach jeder Möglichkeit greift, die sich ihm bietet oder bieten könnte. Der im Osten am Neulehrerkurs teilnimmt und zugleich den – allerdings misslingenden – Versuch unternimmt, in Freiburg im Breisgau trotz fehlendem Abitur das gewünschte Medizinstudium aufzunehmen. Es sind eben nicht selten eher zufällige Konstellationen gewesen, die über deutsche Biografien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entschieden haben. Aus Werner Heiduczek

wurde so zuerst ein Lehrer und dann sehr bald ein Schulfunktionär der jungen DDR, der aber im Krisenjahr 1953 als Schulrat in Merseburg Erfahrungen machen musste, die ihm die weitere Teilhabe an der Ausübung von Macht ein für allemal verleidet haben. Danach begann der zweite Lebensweg, über den die Autobiografie Rechenschaft gibt: der des Schriftstellers Werner Heiduczek. Zu lesen ist von „Glanz und Elend des Schreibens“, wie er einen

ungeschminkt zum Ausdruck brachten. Und die dadurch für den in unserer Gesellschaft engagiert lebenden Leser immer wichtiger wurden.

Doch konnte er auch immer wieder Erfahrungen machen, die belegen, dass die „DDR keineswegs so monolith“ war, „wie sie heute oft dargestellt wird“. Die Erfahrung z. B., dass sich verantwortliche Funktionäre des Staates wie Klaus Höpcke für den vom MfS als „negativ feindlich“ be-

steckt, sondern in aller Deutlichkeit benannt. So entsteht das lebendige Bild einer widerspruchsvollen Persönlichkeit in einer von Widersprüchen zerrissenen Zeit. Dass dabei aus der subjektiven Erinnerung heraus einzelne wichtige Ereignisse wie Christa Wolfs Auftreten auf dem 11. Plenum 1965 nur verkürzt wahrgenommen werden, tut dem keinen Abbruch. Dies gilt auch für einzelne sachliche Irrtümer (so gab es im Frühjahr 1989 keine

Volkskammer-, sondern Kommunalwahlen), doch sollten diese bei einer Neuauflage korrigiert werden.

Menschlich besonders ergreifend wirkt das die Autobiografie abschließende fünfte Buch. Es

trägt in Anspielung auf den berühmten Film von Ingmar Bergmann den Titel „Szenen meiner Ehe“ und ist dem Andenken der vor einigen Jahren an Krebs gestorbenen Frau des Autors gewidmet. Erzählt wird in schonungsloser Offenheit von einer über ein halbes Jahrhundert gelebten Beziehung, deren Krisen vor allem dem Egoismus des Mannes und deren letztlichen Gelingen vor allem der Verständnis- und Verzichtsbereitschaft der Frau zu verdanken gewesen sind. „Wir haben dreißig Jahre gebraucht, um zwanzig Jahre glücklich zu leben“ – lautet das Fazit dieser wahren Geschichte, die zu den eindrucksvollsten Texten gehört, die Werner Heiduczek geschrieben hat.

• KLAUS PEZOLD

*Werner Heiduczek: Die Schatten meiner Toten. Eine Autobiographie. Faber & Faber, Leipzig 2005. 408 S., geb., 24 Euro.*

## Vom Leben und Schreiben im Zeitalter der Extreme

Ende der sechziger Jahren entstanden Essay überschrieben hatte. Damals ein Krisensignal, denn die ersten Erfolge des jungen Autors waren mit der Gefahr verbunden gewesen, öffentliche Anerkennung wichtiger zu nehmen als „Aufrichtigkeit des Denkens“, sich dem kulturpolitisch Gewünschten „anzudienen“.

Die existentielle Erfahrung von Todesnähe im Sommer 1974 in Bulgarien schloss dann für die Zukunft eine solche Haltung prinzipiell aus. Der aus dieser Konstellation erwachsene Roman *Tod am Meer* rief heftige Kontroversen hervor – bis hin zu einem Protest des damaligen sowjetischen Botschafters bei Erich Honecker. Von nun an zählte Heiduczek zu den Autoren der DDR-Literatur, die ihre kritische Sicht gesellschaftlicher Probleme ohne Rücksicht auf Verzögerungen bei der Veröffentlichung oder auf unerfreuliche Reaktionen danach

werteten Autor einsetzten und ihm auf dem Höhepunkt der Angriffe wegen seines Romans *Tod am Meer* die ersehnte Frachtschiffreise nach Indien ermöglichten.

Überhaupt zeichnet es diesen Lebensbericht aus, wie differenziert in ihm geurteilt wird. Dies gilt auch für die Zeit nach 1989. Für den Blick auf die „Euphorie der Wende“, die Aufbruchsstimmung einer basisdemokratisch orientierten Bürgerbewegung ebenso wie für die Beschreibung der desillusionierenden Wirkung, die bald danach Begegnungen „mit Bundesdeutschen Spitzenpolitikern“ für den Autor gehabt haben.

Gleichermaßen bemerkenswert und beeindruckend ist, wie Heiduczek die kritische Beobachtung seiner Umwelt stets mit einer ebenso kritischen Selbstbeobachtung verbindet. Eigene Versäumnisse und auch eigenes Fehlverhalten werden nicht hinter gesellschaftlichen Umständen ver-

## Wo Ost und West zusammenprallen ...



Nur ein einziges Mal hat sich Scherzer auf seiner Grenz-Wanderung fahren lassen

schon Anfang der 60er, um sich mit Lederpumps in allen Farben einzudecken. Ich selber, modebewusst wie ich immer schon war ... Nun ja. Landolf Scherzer ist klüger. Er wandert einfach weiter. Sammelt neue Sprüche. Schreibt sie auf. Verkneift sich überkluge Kommentare. Obwohl er manchmal ganz zufällig dann doch auf Leute trifft und sie zitiert, deren Erzählungen die besten Kommentierung zu vorher Gesagtem sind. Gar nicht um Nebensächliches geht es bei solchen (wiederholten) Aussagen: „... wenn ich überlege, daß eine Frau aus dem Osten, die

dort in die LPG ging, wo sie, das weiß ich nicht genau, wenig oder gar nichts gearbeitet hat, also wenn die sich hinstellt und sagt: ‚Das steht uns doch auch alles zu!‘ und die bekommt mehr Rente als ich ... Nein, das kann doch nicht sein. Kein Pfennig hier bei uns eingezahlt, aber nun sagen: ‚Das steht uns auch zu!‘“

Richtiggehend fröstelnd aber machen arrogante, ja gefährlich dumme Meinungen von Gymnasiasten über ihre Altersgefährten auf der jeweiligen anderen Seite der einstigen Grenze. Landolf Scherzer hat sich Fragen ausge-

dacht, die Schulleiter halfen beim Verteilen – und waren am Ende wohl selbst schockiert.

Nein, es gibt reichlich Beispiele für ein Zusammenwachsen. Und doch immer wieder Erschreckendes: „... Es gab drüben nach 1989 keine Entsozialisierung wie bei uns nach 1945 die Entnazifizierung. In Rumänien hat man da besser aufgeräumt. Ceausescu und die ganze Bande wurden eben umgebracht, weggemacht ... Es ist noch net alles so, die Einheit gell ...“

Tja, sowas kommt von sowas. Wenige Seiten vorher hatte Scherzer lakonisch einen 14jährigen Grenzbesucher aus Frankfurt/Main wiedergeben, der in der Schule gerade das von „Hitler und Honecker“ dran hat.

Weh tut vor allem, was so mancher von der Ostseite der Grenze zu berichten hatte, von der Arbeitslosigkeit (die allerdings längst auch auf der Westseite um sich greift), den zerstörten Hoffnungen, den vielen Versuchen, sich nicht aufzugeben ... Was für ein Geschichtsbuch! Ein echter Scherzer eben.

• M. WARTELSTEINER

*Landolf Scherzer: Der Grenz-Gänger. Aufbau Verlag Berlin, 2005. 394 S., 19,90 Euro*

## Entblößung der politischen Justiz

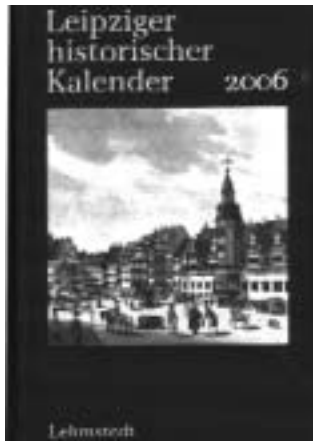
Friedrich Wolff, u. a. bekannt als Verteidiger in zahlreichen politischen Prozessen, darunter gegen Walter Janka, Günter Guillaume, Erich Honecker, Hans Modrow und Werner Großmann, beleuchtet die politische Justiz in beiden deutschen Staaten und vor allem die juristische Vergangenheitsbewältigung nach dem 3. Oktober 1990. Er geht den Fragen nach: War die DDR ein Unrechtsstaat, die zweite deutsche Diktatur? Und war bzw. ist die BRD ein Rechtsstaat?

Sein Fazit: „Wir sind nicht ein Volk, jedenfalls nicht politisch, nicht sozial.“ Und er spitzt zu: „Die westdeutschen Richter haben kein Recht, im Namen der Osis über Osis und deren Rechte zu urteilen. Sie haben kein Mandat der Osis, ihnen fehlt die Legitimation.“ Die im Namen des Volkes geführten Prozesse über DDR-Handlungen werden den Kriterien der Europäischen Menschenrechtskonvention, die ein unparteiisches Gericht und einen fairen Prozess verlangen, nicht gerecht. Die Justiz folgte, wie Wolff belegt, der Aufforderung des damaligen Bundesjustizministers Kinkel „das SED-Regime

zu delegitimieren“, DDR und Nazistaat unter einen Hut zu bringen. Getreu dieser Vorgabe heißt es dann: DDR gleich Unrechtsstaat, BRD gleich Rechtsstaat. Letzteren Begriff habe die BRD nach eigenem Bedarf definiert und sich selbst verliehen. Dennoch fehlte es auch in der BRD nicht an der Ermahnung, so bei Jutta Limbach, sich davor zu hüten, die Justiz in den Dienst der Politik zu stellen. Insgesamt gibt Wolff einen kompetenten Überblick zum Verhältnis von Politik und Justiz in Deutschland, „vom Schießbefehl Friedrich Wilhelms IV. bis zum ‚Schießbefehl‘ Erich Honeckers“. Er weist nach, wie Straf-, Zivil-, Verwaltungs-, ja selbst Arbeits- und Sozialrecht in den Dienst der Delegitimierung der DDR und seiner Funktionsträger gestellt wurden. Der Autor versteht sein Buch als eine „Erwiderung auf die größten und häufigsten Angriffe“ gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR.

• **KURT SCHNEIDER**

*Friedrich Wolff: Einigkeit und Recht. Die DDR und die deutsche Justiz. edition ost, Berlin 2005. 192 S., 12,90 Euro*



## Leipziger Jubiläen

Nunmehr zum dritten mal in Folge hat der Leipziger Lehmann Verlag seinen historischen Kalender vorgelegt, der sowohl Taschenkalender als auch Stadtchronik, Lesebuch und Nachschlagewerk ist. Dazu tragen neben den rund 600 genannten runden Jubiläen der Stadtgeschichte vor allem 51 essayartige Kalenderblätter bei.

Aus den personengeschichtlichen Beiträgen sind unter anderem zu nennen die zu Meisterfotograf Günter Rössler, Schauspieler Günter Grabbert, Verleger Gotthelf Teubner, Historiker

Karl Lamprecht, Thomaskantor Günter Ramin, Richard Lipinski (SPD), Kurt Roßberg (KPD), Fußballtrainer Alfred Kunze, Komponist Robert Schumann, OBM Otto Georgi und Architekt Kunz Nierade

An stadtgeschichtliche Ereignisse erinnern Beiträge zum Neubeginn der Universität Leipzig 1946, zur Gründung der SED 1946, zur Eröffnung des jüdischen Altersheims 1931, zum Deutschen Fußballmeister VfB Leipzig 1906, zum Baubeginn des Stadtteils Leipzig-Grünau 1976, zur Geburt des Buchhandelsriesen LKG 1946, zur Gründung des Zentralinstituts für Jugendforschung 1966, zur Eröffnung des Stadtbades 1916, zur Einweihung der Kongresshalle am Zoo 1946 und des Stadions der Hunderttausend 1956, zur Eröffnung des „Großen Concerts“ im Gewandhaus 1781 und zur Eröffnung des Neuen Gewandhauses 1981, um nur einige zu nennen.

Bewährte Autoren bürgen für inhaltliche Solidität und sprachliche Gediegenheit. Der Kalender ist als Weihnachtsgeschenk bestens geeignet.

• **K. SCH.**

*Leipziger historischer Kalender 2006. Lehmann Verlag, Leipzig 2005. 224 S., 49 Abb, Festeinband. 9,90 Euro*

## Erlebter Krieg

Die Zwenkauerin Ellen Fritsch beschreibt für sie wichtige Lebensjahre. Im Vorwort sagt sie: „Vor 60 Jahren wurden die Konzentrationslager Auschwitz, Sachsenhausen, Buchenwald und andere befreit. Vor 60 Jahren wurde die Stadt Dresden bombardiert ... Vor 60 Jahren wurde der Krieg beendet ... Bei all diesen Gedenktagen fällt mir ein, dass auch ich ein ganz persönliches Jubiläum habe, denn vor 60 Jahren, genau am 31. Mai, kehrte ich aus dem Krieg zurück.“

Sie erzählt von einer unbeschwertten Kindheit, die sie noch während des Krieges verlebte. Die deutschen Soldaten versetzten Europa fernab ihrer Heimat in Furcht und Schrecken, lassen ganze Länder in Elend versinken. Noch spürt sie nichts vom Grauen. Konfirmation, Tanzstunde. Doch dann der Vorgesmack auf Künftiges: Drei Monate Kriegseinsatz. Eine Arbeit im Kindergarten lässt sie noch einmal in scheinbare friedliche Geborgenheit eintauchen, ehe sie die ganze Wucht des Krieges trifft. Vorahnungen auf Kommandes bekommt sie, als sie einen Gleichaltrigen trifft, das Bein zerschossen, auf Krücken vor ihr herhumpelnd. Und ein früherer Mitschüler ist gefallen. Dann ist sie mittendrin. Einberufung zum Arbeitsdienst. Und später dann Flakhelferin an der Ostsee, in unmittelbarer Nähe des Ravensbrücker Nebenlagers des KZ Barth. Bomben schlagen neben ihr ein, sie ist ständig von Tod und Verderben umgeben. Einen breiten Raum nimmt die Zeit vom Kriegsende bis zur Ankunft im elterlichen Hause ein.

Ellen Fritsch hat eine kleine Erzählung vorgelegt, die vor allem für junge Menschen lesenswert ist. Hier ist der Krieg von einer Betroffenen beschrieben aus der naiven Sicht der manipulierbaren Deutschen.

• **A. P.**

*Ellen Fritsch: Mädchen im Krieg. Bülsen-Verlag, Kückenhagen 2005. Broschur. 45 S., 7,40 Euro*

Nach der Oktoberrevolution 1917 und dem Bürgerkrieg, in Russland herrschten Hunger, Not, Chaos. Menschen irrten durch das Land, Kinder und Jugendliche rotteten sich zusammen. Dem Ruf „Rettet die Kinder, helft!“ folgend, suchten mutige Pädagogen, diese Heimatlosen zu retten. Sie nahmen sich ihrer an, gaben ihnen Unterkunft, Kleidung, besorgten Nahrung, brachten sie in verlassenen Gutshöfen unter. Sie arbeiteten mit ihnen auf Feldern, im Wald, in Werkstätten. Nach ihren vagen Vorstellungen von einer neuen Gesellschaft erproben sie Formen des kollektiven Lebens. Solche Enthusiasten galten schon in den 20er Jahren als Wegbereiter einer neuen, einer sozialistischen Erziehung, so auch Anton Semjonowitsch

## Auf Makarenkos Spuren

Makarenko. Ab 1920 leitete er die Gorki-Kolonie, dann bis 1935 eine Jugendkommune in Charkow. Hier lebt er mit Waisen und jugendlichen Straftätern zusammen. Erst später schrieb er seine Erfahrungen nieder. In seinem Buch „Weg ins Leben“ schildert er die Methoden des Einwirkens auf die Heranwachsenden: Die jungen Menschen reifen im Kollektiv, durch die gemeinsame Arbeit. Das Buch erschien in der DDR schon in den 50er Jahren.

1951 begibt sich eine kleine Gruppe deutscher Studenten auf die Reise in die Sowjetunion. Edgar Günther ist einer von ihnen. Während des Studiums an der Pädagogischen Hochschule

in Moskau begegnen ihm in den älteren Professoren jene „Volks-erzieher“ aus den 20er Jahren. Ehemalige Zöglinge aus der Gorki-Kolonie sprechen vor den Studenten, erinnern an „ihren“ Anton Semjonowitsch mit Wärme und mit Achtung.

Nach seinem Studium war Edgar Günther ab 1954 als Lehrer tätig, später an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR. Er war beteiligt an der Übersetzung und Herausgabe der Werke Makarenkos in Berlin und Moskau.

Nach der „Wende“ suchten er und seine Freunde Kontakt zu Kollegen der Universität Marburg, die sich seit den 70er Jahren mit dem Erbe des sowjeti-

schen Pädagogen befassten. Zeitgleich lernte er Erziehungsversuche in anderen Bundesländern kennen, begegnete Erziehern, Sozialarbeitern, Pastoren und jenen, die sich der Straßenkinder, der Mädchen und Jungen annehmen, die durch Alkohol und Drogen gefährdet sind. Befragt nach ihren Intentionen, verweisen sie auf Makarenko.

Der Anhang der Schrift enthält ein Verzeichnis der in der DDR publizierten Werke Makarenkos.

• **FROHWALD NAUMANN**

*Edgar Günther Schellheimer: Makarenko in meinem Leben. Ein Beitrag zur Makarenko-Rezeption in der DDR und im geeinten Deutschland. NORA Verlagsgemeinschaft Dyck & Westerheide, Berlin 2005. 139 S., 13,50 Euro*

Das Buch ist die leicht veränderte Fassung der Dissertation Frackowiaks, die am 3. Juni 2003 an der Universität Leipzig abgenommen worden war. Prof. Dr. Bramke hat die Arbeit umsichtig betreut und ihren Druck gefördert.

Das Buch verarbeitet die Literatur zur Verfassungsdiskussion in Sachsen in hervorragender Weise. Es erschließt erstmalig in diesem Umfang und in dieser Qualität den Aktenbestand, der die Diskussion nach 1945 widerspiegelt. Es folgt nicht dem Totalitarismus-Schema, sondern hält sich an die Fakten. Frackowiak widerlegt jene, aus deren Perspektive „die sächsische Verfassung von 1947 als bloßes Durchgangsstadium in die nächste Diktatur“ erscheint

## Verfassungsdiskussionen in Sachsen

und die „Verfassungen der SBZ als nicht ernst zu nehmende Täuschungsmanöver von Sowjets und SED“ diffamieren. Totalitarismusforscher verordnen, wie das Geschehen nach 1945 (nicht nur in Sachsen) zu werten ist: Nur der Begriff kommunistische „Diktaturdurchsetzung“ ist politisch „korrekt“. Auf dem Hintergrund dieser Diskussion erhält die Studie Frackowiaks ihre besondere Bedeutung. Sie bedient den verordneten Zeitgeist nicht, sondern bleibt der klassischen Arbeitsmethode des Historikers treu: Der Autor hält sich an die Fakten und vergleicht. Seine Methode ist originell und ertrag-

reich. Er vergleicht die Verfassungsdiskussion in Sachsen nach 1918 mit der nach 1945 nach inhaltlichen Gesichtspunkten. Beachtenswert ist die Ähnlichkeit und Kontinuität vieler Fragestellungen, obwohl nach 1918 keine sowjetische Besatzungsmacht „diktierte“. Ebenso informativ ist der Vergleich der Verfassungsdiskussion in Sachsen mit der in Hessen. Die „Vergleichsfolie“ Hessen ist für den Verfasser geradezu prädestiniert, „zumal die Verfassungsdebatte dort in einer freieren Atmosphäre als in der SBZ stattfinden konnte.“ Auch die „freiere Atmosphäre“ änderte nichts daran, dass in Sachsen

und Hessen Ähnliches und Gleiches erörtert wurde, wobei Hessen stärker Ideenspender war als Sachsen.

Beispiel Sozialisierungsdebatte: Frackowiak wählt zwei Vergleichsebenen, die nach 1918 und nach 1945 und die zeitgleiche Diskussion in Sachsen und Hessen nach 1945. Was ergibt sich: Nach 1945 knüpfte die „Sozialisierungsdebatte“ an die Erfahrungen von 1919/20 und die Weimarer Republik an, insbesondere an deren Verfassung. Und im Westen? „Vielmehr wurde auch in den westlichen Besatzungszonen über die Sozialisierung von Schlüsselindustrien und eine Bodenreform dis-

kutiert, wobei diese Pläne am weitesten in Hessen gediehen waren, wo SPD und KPD eine Mehrheitsposition innehatten.“ Zwar gelangten entsprechende Artikel (bis heute) in die hessische Verfassung, aber die Besatzungsmacht verhinderte deren Umsetzung. Der entscheidende Akt der „Sozialisierung“ war in Sachsen der Volksentscheid vom 30. Juni 1946 über die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher. Er hat, wie Frackowiak urteilt, die strengen Anforderungen der Weimarer Verfassung erfüllt.

• **HORST SCHNEIDER**

*Johannes Frackowiak: Verfassungsdiskussion in Sachsen nach 1918 und 1945. Böhlau Verlag, Köln 2005. 367 S.*

Nicht viele deutsche Städte besitzen eine so reiche Musiklandschaft wie Leipzig. Das einzigartige ist, dass diese Landschaft von Bürgern der Stadt geschaffen wurde, nicht auf Wunsch oder Befehl eines Fürsten oder Königs. So kann Leipzig auf die ältesten bürgerlichen Einrichtungen von dauerndem Bestand in Deutschland verweisen: Thomanerchor, Oper, Gewandhaus, Konservatorium, Rundfunk-Sinfonieorchester. Seit zwei Jahrzehnten tut sich Leipzig nun auch mit Museen und kleinen Musiksälen hervor. Begonnen hat das - staatlich entschieden gefördert - 1985 mit dem Einzug des Bach-Archivs in das Bosehaus gegenüber der am Thomas-kirchhof für Konzerte. Mit dem Mendelssohn-Haus in der Goldschmidtstraße 12 taten sich schon die DDR-Behörden schwer. Nur dank dem unermüdlischen Einsatz Kurt Masurs, vieler Sponsoren und Helfer konnte das abgewirtschaftete Haus für eine internationale Stiftung erworben und restauriert werden. Seit der Einweihung am 150. Todestag Mendelssohns am 4. November 1997 als Museum

## Edvard-Grieg-Gedenk- und Begegnungsstätte eingeweiht

mit Musiksalon kann sich die Stadt nun mit ihm zieren.

Noch schwieriger gestaltete sich die Restaurierung des Hauses in der Inselstraße 18, in dem Robert und Clara Schumann 1840 bis 1844 lebten. Ohne das Engagement der neuen Besitzer wäre das Haus weiter verfallen. So aber fand die Clara-Schumann-Musikschule eine würdige Heimstatt. Für die Gestaltung des Musikalons und zweier angrenzender Museumsräume erwarb sich der Robert- und Clara-Schumann-Verein mit Prof. Dr. Hans-Joachim Köhler, Dr. Petra Dießner und weiteren unermüdlischen Mitgliedern bleibende Verdienste.

Nun erhielt Leipzig Anfang November einen weiteren Raum als Musiksalon und Begegnungsstätte im ehemaligen Hause des Verlages C. F. Peters, in dem der norwegische Komponist Edvard Grieg fast

alljährlich mehrere Wochen oder Monate weilte. Auch hier erfolgte die (noch im Gang befindliche) Restaurierung des maroden, einst stattlichen Gebäudes durch den neuen privaten Besitzer im Zusammenwirken mit einem gemeinnützigen Verein, dem Verein „Edvard-Grieg-Gedenk- und Begegnungsstätte“ und dem Norwegischen Generalkonsulat in Leipzig. Auch hier bleibt die Gestaltung dem unermüdlischen persönlichen Einsatz engagierter Mitglieder zu verdanken, die sich um Prof. Dr. Hella Brock als Vereinspräsidentin und Norbert Molkenbur scharten. Was wäre Leipzig ohne all diese uneigennütigen Bürger auch auf anderen Gebieten? Ob sich endlich auch ein Investor und Bürger für den Erhalt des Geburtshauses von Hanns Eisler in der Hofmeisterstraße finden?

• WERNER WOLF

## Aus für Kunstkaufhaus

Wollte man zutreffende Attribute suchen und finden zur kürzlich in Leipzig verstorbenen Galeristin Gerda Viecenz, so böten sich Worte an, wie sehr präsent, grossherzig und leidenschaftlich. Tatsächlich war die 1944 Geborene, eine Frau, die bestrebt war, Naheliegendes zu denken und zu tun, während sie sich zuständig wusste für fremdes Leid und fremdes Schicksal. Die 61-jährige verlor nun den Kampf gegen Krebs, sie, die sich engagierte für die (bildende) Kunst in der Region und weit darüber hinaus. Ihr Kunstkaufhaus sucht Seinesgleichen in der Welt. 1997 rief sie es ins Leben. Zunächst in Leipzig-Mockau. Ab Mai 2000 fand das Haus in Plagwitz sein Domizil. Im Januar dieses Jahres dann die Nutzung einer etwa 1000 Quadratmeter großen Fläche in der Nähe des Hauptbahnhofes.

Gerda Viecenz, fand ihre politische Heimat bei Bündnis 90/Die Grünen. Viele Funktionen wären zu benennen, niemals sah sie auf die Uhr, wenn es darum ging sich zu engagieren für andere, selten nahm sie ein Blatt vor den Mund, wenn es galt einzutreten für ihr Lebenswerk, an dem viele Menschen partizipierten, teilhatten und -haben.

2004 überreichte ihr Georg Milbradt das Bundesverdienstkreuz. Sie nutzte die Gunst der Stunde, um hinzuweisen auf die oft missliche Lage der Künstler, die Situation der Museen, die immer stärker bedroht werden vom Pragmatismus des Marktes.

Gerda Viecenz war immer wieder daran gelegen, Künstlerinnen und Künstler zu ermutigen, ihre Arbeiten auszustellen in ihrem Kaufhaus, so z.B. Aquarelle, Ölbilder, Zeichnungen, Keramiken und Plastiken. Bis zum Jahresende hatte die Galerie 1200 Originale im Angebot von annähernd 300 Künstlerinnen und Künstlern, die zum größten Teil in Leipzig wirken. Wie geht es nun weiter?

Alle, die das Kunstkaufhaus kennen, und ich zähle mich auch dazu, sind betroffen und traurig, dass es zum Jahressende geschlossen werden soll.

• HERMANN GERATEWOHL / M. Z.

## Seine Bücher leben weiter

Zum Tod von Helmut Sakowski

Er hat sich in die Herzen der Menschen geschrieben. Er nahm uns mit auf die Wege übers Land, das seine Liebe war. Er machte uns mit Daniel Druskat bekannt, zog uns in die Dörfer und Wälder und Felder. Wie ein Vogel im Schwarm reisten wir mit seinen Büchern. Sein Schreiben war ihm sein Wagnis. Egal ob im sommerlichen Heidkau oder bei der Geliebten des Hochmeisters.

Und er resümierte: Mutig waren wir nicht. Wir landeten in Klevenow, lernten die Schwäne, Hochzeiten und Erben kennen. Käthe Lindner, Grete, Staaf, Hilde, Gomolla, Max

Stephan, Lene Mattke, Gertrud Habersaat, Emil Kalluweit - wir litten und lebten und hofften und bangten mit ihnen.

Er ist von uns gegangen. Helmut Sakowski starb am 9. Dezember 2005.

• D. M.



Foto: privat

## Ein Jahr neues Bildermuseum

Die Leipziger feierten Anfang Dezember das einjährige Bestehen des Neubaus des Museum der bildenden Künste. Ohne Pomp. Dafür mit Stil. Bis in die späten Abendstunden konnten bei freiem Eintritt die atemberaubende wie durchaus umstrittene Architektur und vor allem die unzähligen Schätze bewundert werden. Über 200 000 Besucher sind dem Ruf des neuen Domizils seit der Eröffnung gefolgt. Eine stolze Zahl. Sie belegt die Anziehungskraft der Leipziger Sammlung. Ein Raum für die Kunst im Herzen der Stadt. Ein Gegenpol zu den Konsumtempeln. Gewiss, es gibt noch Probleme. Erinnert sei an die fehlende Glasverkleidung und die noch ausstehende Randbebauung. Auch die Platzierung der Leipziger Schule um Mattheuer, Tübke und Heisig im Keller ist -freundlich gesagt - unglücklich. Trotz alledem: Wir freuen uns auf die nächsten Ausstellungen.

• D. M.

## Rausch der Tüten

Die Parkplätze sind verstopft, die Einkaufszettel lang, die Wägelchen und Tütchen und Beutelchen gefüllt. Prall und praller. Die Werbung hämmert kiloweise täglich und minutenlang stündlich, gedruckt und als Welle, in die Gehirnschale hinein in die Windungen. Verheißungen werden gesendet, die Begehrlichkeiten entzündet.

Geiler Geiz. Schreie nach Sonntagsöffnung, Bettelei nach Rund-um-die-Uhr-Verkaufsorten.

Und die Gesichter der Plastiktütenträger? Sie sehen nicht glücklicher aus.

• BERND SELLIN

Wer die letzten 20 Jahre am einem Sonntagabend noch nie zu Gast in der „Lindenstraße“ war, der darf das Folgende überlesen - vielleicht auch ungläubig staunen. Ja, es gab und gibt hierzu Lande Millionen, auch schon zu DDR-Zeiten, für die diese halbe Stunde in der ARD unverzichtbar war und ist, gewissermaßen das Frühstücksei am Abend.

Von MICHAEL ZOCK

Obwohl nicht nur die „Rheinische Post“ im Dezember 1985 nach den ersten Folgen anmerkte: Miefiger Allerweltsrealismus mit schlecht eingefädelten Familien- und Nachbarschaftsge-

## FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

### 20 Jahre Spiegelei und Pfanne

wusel. Selbst Edmund Stoiber mutierte zum Fernsehkritiker und bemerkte 1988 in seiner Funktion als Bayerischer Staatsminister: „Wenn die öffentlich-rechtlichen Anstalten die Herausforderungen der neuen Medien bestehen und konkurrenzfähig bleiben wollen, dürfen sie nicht auf einer Lindenstraße in das Jahr 2000 marschieren.“ Sicher es gab in jenen Jahren gewichtigere Irrtümer, aber interessant sind solche Zitate auch

Jahre später schon.

„Manchmal sitze ich nach Besichtigung einer fertigen Folge in meinem Sessel und bin glücklich wie ein Schneekönig-durch das Produkt, an dem so viele Leute mitgestrickt haben.“ Ein Zitat des Produzenten. Als ich Hans.W. Geissendörfer vor Jahren in Leipzig traf, gestand er mir: „Nur wenn ein Unglück die halbe Crew vernichtet, das wäre ein Grund diese erste deutsche Langlaufserie (nach einem eng-

lischen Vorbild) zu beenden.“ Damals war noch nicht die Rede davon, dass inzwischen die Goethe-Institute viele Folgen zur Sprachvermittlung nutzen, dass sich Hunderte wissenschaftlicher Arbeiten im Medienbereich mit dieser Serie auseinandersetzen.

Es geht hier nicht um die Reichen und Schönen. Nein: Alter, Tod, Arbeitslosigkeit, Politik, Wahlverhalten, Neonazis, Integration, Krankenpflege, Keuchhusten, KZ-Sühnereise, Zivildienst, Zölibat, Homo-Ehe...es gibt nichts, was es in der Serie nicht gibt. Und es agieren da keine schönen Deppen oder gecastete Milchgesichter. Und auch die Texte sind oft dem wahren Leben abgelauscht. Ex-Academixerin Manon Stra-

che, oder die einst am Leipziger Schauspielhaus engagierte Monika Woytowicz spazierten lange Zeit erfolgreich durch die Lindenstraßen-Szenarie.

Wenn Mutter Beimer (Marie-Luise Marjan) den Eierkarton öffnet und sich der Bratpfanne nähert, weiß der geübte Zuschauer: Helga geht's wieder mal nicht gut. Weil sie Spiegelei brät, wenn das Leben ihr mal wieder zu frustig wird. Kult oder Nicht-Kult, glühende Verehrerschaft oder Desinteresse: Die Diskussion hat der Lindenstraße in den vergangenen 20 Jahren keinen Abbruch getan. Und auch ich gehe sonntags zwischen 18.50 und 19.20 Uhr nicht ans Telefon. Sie dürfen mich jetzt belächeln, oder sich auch als Seher bekennen.

Der Weihnachtsmonat hat es auch im Musikleben mit an manchen Tagen mehreren Konzerten in sich. Nur herrscht da – zum Glück – eine ganz andere Stimmung als in den Kaufummelhäusern. Es gibt noch genügend Leute, die sich der Besinnung widmen, ob nun kirchlich gebunden oder nicht. Keine andere deutsche Stadt kann so viele Aufführungen von Bachs Weihnachts-Oratorium verzeichnen wie Leipzig. Und auch die Anzahl anderer vorweihnachtlicher Konzerte ist in Leipzig enorm.

Von **WERNER WOLF**

Die drei Aufführungen der Thomaner mit dem Gewandhausorchester unter Georg Christoph Biller sind die gefragtsten. Sie kennzeichnen das immer neue Durchdenken und Erfüllen durch den Thomaskantor. Dieses Jahr wirkten manche Choräle, die Hirtensinfonie und einige Episoden nachdenklicher, besinnlicher als früher. Zudem beeindruckten die Solisten Ute Selbig, Bogna Bartósz, Christoph Genz und Andreas Scheibner. Im Gegensatz dazu drängte Reinhard Goebel, der dieses Jahr die Gewandhaus-Auffüh-

# Weihnachtsmusiken, Karl Amadeus Hartmann und Mozart

und eine Geburtstagsmatinee für Armin Mueller-Stahl

rungen des Händelschen „Messias“ mit dem Gewandhaus-Kammerchor (in Mozarts Bearbeitung) zu gehetzten Tempi. Nervös wirkende Dirigierbewegungen ließen kaum all die reichen Stimmungen des Werkes aufkommen. Die historische Aufführungspraxis allein schafft das nicht, wenn nicht erfüllt gesungen und musiziert wird. Aus der Vielzahl der Konzerte seien die des Leipziger Oratorienchores und der Capella Fidicinia unter Martin Krumbiegel ausgewählt. Der Dirigent wählte diesmal zur ersten Kantate des Weihnachts-Oratoriums die Kantate 70a zum 2. Advent und die zum 3. Weihnachtstag aus. Diese beiden selten aufgeführten Stücke haben es neben der ersten des Oratoriums zwar nicht leicht, aber es lohnt schon, an sie zu erinnern. Das Konzert der Capella Fidicinia erfreute mit Weihnachtsmusiken der vorbachschen Thomaskantoren

Johann Schelle, Sebastian Knüpfer und Johann Kuhnau.

Der MDR bescherte in Zusammenarbeit mit Radio Bremen dem 75 gewordenen Armin Mueller-Stahl eine bewegende Geburtstagsmatinee mit Kurt Masur als Dirigenten. Launig und gelöst präsentierte der mit dem Sinfonieorchester „Till Eulenspiegels lustige Streiche“ von Richard Strauss. Zu Camille Saint-Saens „Karneval der Tiere“ sprach der Jubilar pointiert die Texte. Zwischendurch gab es Beiträge von anderen Freunden, und mit Beethovens Chorfantasie (souveräner Solist Peter Rösler) und einem Brahms-Liebeslieder-Walzer als Zugabe klang der festliche Vormittag in bester Stimmung aus. Auf die gespannt erwartete Aufführung der zehnten Sinfonie Gustav Mahlers in der Version Rudolf Barshais muss-

ten die Gewandhausbesucher leider verzichten. Deren Sympathien erwarb mit gänzlich anderem Programm der kurzfristig gewonnene temperamentvolle französische Dirigent Marc Piollet. Energisch erklang die Ouvertüre zu Mozarts „Titus“, heiter gelöst und beschwingt die Sinfonie Nr. 88 von Haydn und kraftgeballt die „Erste“ von Brahms mit einem Finaljubel wie in Beethovens „Fünfter“.

Während die beiden großen Leipziger Orchester den 100. Geburtstag von Karl Amadeus Hartmann übergangen, erinnerte das Mendelssohn-Haus in seinem Gartenhaus mit einer an Dokumenten und Informationen gewichtigen Ausstellung und zwei Konzerten an diesen herausragenden Komponisten. Zur Eröffnung der Ausstellung spielte der Pianist Benedikt Koehlen

kraftgeballt die Klavierkompositionen des großen Sinfonikers.

Mit Ausnahme der tief bewegendsten, vom Todesmarsch Dachauer KZ-Häftlinge angeregten Klaviersonate „27. April 1945“ entstanden alle anderen Klaviermusiken vor 1933. Bei diesen musikalischen, rhythmisch akzentuierten Stücken schauten dem damals noch nicht 30-Jährigen ab und an noch Strawinsky und Hindemith über die Schulter. Doch deren Musikierkraft fesselt unmittelbar. Ebenso stark beeindruckten das im zweiten Konzert von Mitgliedern der Kammerphilharmonie Felix M. unter Leitung Michael Köhlers das Quintett für Holz- und Blechbläser sowie die Burleske Musik für Bläser, Klavier und Schlagzeug. Dazwischen erinnerten die jungen Musiker mit der verschmitzten Palmström-Sonate an den von den Nazis aus Leipziger vertriebenen Günter Raphael. Dessen weiteres Schaffen fordert Aufmerksamkeit.

Launig ging es auch im mehrmals aufgeführten Mozart-Programm der Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater zu. Zwischen engagiert gesungenen Ausschnitten vor allem aus den Opern „Die Gärtnerin aus Liebe“ und „Idomeneo“ improvisierten die Studenten Szenen und Geschichten aus Mozarts Leben.

## Anpfiff in der Neuen Szene

Stadionatmosphäre schon im Foyer der Neuen Szene: Bockwurst mit Toastbrot, Bier aus Plastikbechern. Pünktlich zur WM-Auslosung gibt das Schauspiel Leipzig die Parole aus: „Wir im Finale“ Die 2004 in Jena uraufgeführte Fußballcollage von Marc Becker bringt uns die tiefere Bedeutung, aber auch die Ironie und Doppelbödigkeit des Ballsports näher. Der Lieblingsfernsehcouchsport der Deutschen im Prisma des Theaters gebrochen – eine kluge Reihung von Slogans, Phrasen und Gefühlsausbrüchen.

Die kommen von Fans und Ehefrauen, von Sportkommentatoren und Spielern. Vieles klingt vertraut. Regisseur Jan Jochymski vermeidet billigen Klamauk, spürt vielmehr den Gewohnheiten und Marotten der Fußballanhänger nach. Bettina Riebesel, Stephanie Schönfeld, Thomas Dehler, Matthias Hummitzsch und Aurel Manthei wechseln chamäleongleich die Rollen, mal Fan, mal Profi, immer mit einem Augenzwinkern. Auch für Nichtfußballfans bestens geeignet.

• D. M.



Im Fanblock ist die Hölle los – Können wir es schaffen?  
(Matthias Hummitzsch, Stephanie Schönfeld, Thomas Dehler, Aurel Manthei; v.l.n.r.)

Foto: Rolf Arnold Schauspiel Leipzig



### Lachmesse extra

Tom Pauls und Kollegen warten mit drei Paukenschlägen auf: Am **4. Januar** lädt das ZWINGER-TRIO zu „Ise Bähnersts 79. Geburtstag“. Da der Russe bekanntlich kein H aussprechen kann, gibt es am **6. Januar** „Allotria im Russenpuff“ wenn uns Tom Pauls mit seinen Protagonisten Katrin Weber und Detlef Rothe DEUTSCHE KULTUR beibringen möchte. Das Stück *Schwarze Augen* darf man auf keinem Fall verpassen. Und am **8. Januar** sehen wir letztmalig seinen großen Erfolg: „Zwiefach sind die Phantasien“ – ein Wilhelm Busch-Programm. Ort des Geschehens: Schauspielhaus Leipzig. Leipzigs NEUE verlost Freikarten. Nachfragen unter 9803988 am 30. Dezember, 19–20 Uhr.

**KALENDERBLATT****Willy Sachse**

1896–1944

Vor 105 Jahren, am 7. Januar 1896, wurde der Schriftsteller Willy Sachse in Leipzig geboren. Nach einer Mechanikerlehre wird er 1914 zur Marine eingezogen und nimmt als Oberheizer auf dem Flaggschiff „Wilhelm der Große“ an der Skagerak-Schlacht teil. Im August 1917 gehört er zu den Initiatoren des Matrosenaufstandes in der Kaiserlichen Hochseeflotte. Mit vier Kameraden wird er zum Tode verurteilt. Albin Köbis und Max Reichpietsch werden hingerichtet, Willy Sachse zu 15 Jahren Zuchthaus begnadigt.

Die Novemberrevolution 1918 bringt ihm die Freiheit. Er wird in Leipzig Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates, tritt der USPD und 1920 der KPD bei und übernimmt Parteifunktionen in Halle/Merseburg und in Hamburg, später ist er als Kulturredakteur bei der *Sächsischen Arbeiterzeitung* in Leipzig tätig. 1926 sitzt er in Leipzig wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ 7 Monate in U-Haft. Seine erste schriftstellerische Arbeit „Deutschlands revolutionäre Matrosen“, verfasst unter dem Pseudonym Anti-Nautikus und mit einem Vorwort von Ernst Thälmann versehen, diente als Grund.

1928 wird Willy Sachse wegen „Opportunismus“ aus der KPD ausgeschlossen. Er lebt in Leipzig, Bitterfeld und zuletzt in Berlin. Von 1934 bis 1936 erscheinen von ihm mehr als 12 Bücher: Reiseschilderungen, Trampgeschichten und Essays. Die Titel werden sowohl unter seinem bürgerlichen Namen als auch unter dem Pseudonym Jan Murr veröffentlicht. Unter dem Signum Hein Snut veröffentlicht er 1934/35 die vom Verlagshaus Freya in Heidenau bei Dresden editierte Heftserie „Claus Timm – Der Held aus Kamerun“. 1935 beginnt seine neue Heftserie „Alaska Jim – Ein Held der kanadischen Polizei“, die bis zur Nummer 102 unter dem Pseudonym Big Ben erscheint. Mitte 1939 werden die Hefte 103–226 von Fritz Barthel und Lisa Winkler unter dem Pseudonym F. L. Barwin fortgesetzt. Willy Sachse war aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen worden und hatte Schreibverbot erhalten.

1940 bilden Willy Sachse, Josef („Beppo“) Römer und andere in Berlin die Widerstandsgruppe „Revolutionäre Arbeiter und Soldaten“ (RAS), die insbesondere Flugblätter für die Front und Rüstungsbetriebe herstellte. Vereint mit der Gruppe um Robert Uhrig entsteht im September 1941 die in der Geschichtsschreibung als „Römer-Uhrig-Gruppe“ benannte Widerstandsorganisation, in der Willy Sachse einer ihrer führenden Köpfe ist. Von Gestapo-Spitzeln verraten, fliegt die bis nach Bayern und Tirol reichende Organisation im Februar 1942 auf. Zusammen mit mehr als 250 Mitgliedern – unter ihnen Willy Gebel aus Leipzig – verhaftet, wird Willy Sachse, der mehrere Zuchthäuser und die KZ-Hölle Sachsenhausen durchlebt, vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt. Im Polizeigefängnis am Berliner Alexanderplatz erfährt er, dass sein einziger Sohn Werner an der Front gefallen ist. Am 21. August 1944 wird er wie rund 30 seiner treuen Mitkämpfer im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichtet.

In Holzweißig (Landkreis Bitterfeld) wurde in den 70er Jahren in der Schulstraße ein Gedenkstein für Willy Sachse eingeweiht. Ein Kubus aus Feldsteinen im Forst von Prötzel (Landkreis Märkisch-Oderland) trägt eine Bronzetafel, die darauf verweist, dass sich hier am 24. August 1941 illegal 50 Antifaschisten der Robert-Uhrig-Gruppe trafen. Zu den vier namentlich Genannten gehört Willy Sachse. Eine Ehrung in seiner Geburtsstadt Leipzig ist nicht bekannt.

Christian Heermann, dessen Veröffentlichung in der Zeitschrift „Herbstblatt“ der Autor genutzt hat, schreibt: „Für seine Bücher gab es keine Neuauflagen. Überlebt hat allein *Alaska Jim* durch die Reprints. Aber wer ahnt schon, welches dramatische deutsche Menschenschicksal sich hinter Big Ben alias Willy Sachse auf tut.“

• K. SCHNEIDER

**Weihnachten 1946 widmete Victor Klemperer seiner Frau Eva aus Dankbarkeit für ihre Hilfe in den Jahren 1933 bis 1945 ein Buch mit Studien, die er unter der NS-Herrschaft heimlich angefertigt hatte. Es gibt Einblicke in die Zeit, in der die Faschisten ihn als Jude verfolgten und demütigten, Klemperer aber auch einmalige Studien über die Sprache, die Politik und den Terror des Dritten Reiches verfasste. Ein Beitrag beschäftigte sich mit dem Missbrauch des Begriffs System aus der Natur- und Geisteswissenschaft.**

**K**lemperer analysierte, dass der Begriff System von den Nazis immer im Zusammenhang mit der Weimarer Verfassung, der Weimarer Republik und einer bürgerlich-demokratischen Ordnung genutzt wurde. Die Nationalsozialisten waren schärfste Gegner einer liberalen und demo-

Von **OTTO SEIFERT**

kratischen Gesellschaft. Auf der Liste des propagierten „Abscheus“ des deutschen Faschismus stand nach Klemperer das „System“ an der Spitze. In der Sprache des Dritten Reiches tauchten davon abgeleitet mehr und mehr „Systemanhänger“, „Systemjuden“, „Systemnahe“, „Systemverbrecher“, oft im Zusammenhang mit „Novembervbrecher“, als zu vernichtende Gegner auf. Unter dieses Feindbild fielen Marxisten, Pazifisten, Liberale und andere Befürworter einer bürgerlich-demokratischen Ordnung. Schon 1933 begannen die „Säuberungen“ unter Beamten, Angestellten, Künstlern, Schriftstellern und auch Mitarbeitern von Unternehmen. Einige kamen in KZ, andere wurden entlassen, „zurückgestuft“, vielen die Rente gestrichen oder gekürzt oder völlig aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen. Auch die Literatur, die Musik, das Theater und das gesamte geistige Leben „säuberten“ die Nazis von „Systemnahen“. Als Österreich 1938 in das „Reich“ eingegliedert wurde, wiederholte sich dieses Vorgehen auch in den neuen „Gauen“. In wenigen Monaten waren alle Juden, anfangs insbesondere diejenigen, die für bürgerlich-demokratische Verhältnisse eingetreten und von den Faschisten auf Listen erfasst waren, vernichtet oder vertrieben. Dem folgte die „Säuberung“ der Beamten, der Lehrerschaft, der Künstler, Anwälte usw. Der NS-Gaudienst von Steiermark veröffentlichte zum Beispiel ab März 1939 Übersichten über fristlos entlassene Menschen, auf halbe Bezahlung gestufte, zurückgestufte, „in Ruhestand mit nur der Hälfte der Pension“ gesetzte, mit Kürzung von Pensionen um 25 oder 50 Prozent versehene sowie in „Ruhestand versetzte ohne Pension“. Im besetzten Luxemburg, das die Faschisten als neues Land in das Reich eingegliedert hatten, wurde selbst unter Arbeitern gesäubert und besonders „unbelehrbare Systemanhänger“ der westlichen Demokratie und des Liberalismus „ausgeschaltet“. Es folgte das be-

# Bereits die Faschisten „säuberten“ die Gesellschaft von „Systemnahen“

**Was für „rechts“staatliche Perspektiven haben viele im Osten Deutschlands noch zu erwarten?**

setzte Belgien, Frankreich und die Niederlande. Wer sich nicht der Strategie der deutschen Faschisten unterwarf, ein „neues Europa“ unter Führung des deutschen Reiches zu errichten, wurde als Anhänger des westlichen Systems denunziert, verfolgt und auch durch Massenerschießung auf Befehl der Wehrmachtsskandanten beseitigt.

Goebbels erste Rede in der Buchstadt Leipzig im März 1933 richtete sich hauptsächlich gegen Liberalismus, Individualismus und die Errungenschaften und den Geist der französischen Revolution. Der spätere SS-General Prof. Reinhard Höhn, Füh-

**Auf der Liste des propagierten „Abscheus“ des deutschen Faschismus stand nach Klemperer das „System“ an der Spitze. In der Sprache des Dritten Reiches tauchten davon abgeleitet mehr und mehr „Systemanhänger“, „Systemjuden“, „Systemnahe“, „Systemverbrecher“ ... auf.**

rungskraft des SD, hatte gemeinsam mit Dr. Theodor Maunz und anderen in den „Grundfragen der Rechtsauffassung“ die Grundsätze faschistischer Politik und die nationalsozialistische Rechtsauffassung verkündet, die die individualistische Auffassung ablöse und durch das Prinzip von „Volksgemeinschaft und Führung“ ersetze. Das NS-Recht würde nicht mehr vom Recht des Individuums ausgehen, sondern von „Rasse und Raum“ mit „Gefolgschaft und Führung“. Sie erklärten zudem, dass die NSDAP das oberste Recht verkünde und der Führer und die Partei im Recht und im Staat

**Kürzlich wurde bekannt, dass die BfA den letzten Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière, als „systemnah“ eingestuft und die Rentenansprüche gekürzt habe.**

bestimmen. Obendrein seien die Vernichtung von Gegnern und deren Einlieferung in KZ nicht über den Rechtsweg aufhebbar, sondern nur durch die Gestapo.

Nach 1945 leitete der SS-General Höhn die von der Wirtschaft und dem Staat geförderte Harzburger Akademie, 500 000 Kader wurden dort weitergebildet. Ihm zur Seite standen SS-Oberführer und andere NS-Grö-

ßen. Maunz war nach 1945 Hochschullehrer, sieben Jahre Kultusminister in Bayern, beriet ab 1988 die rechtsextreme DVU und den rechtsextremen Verleger Frey.

Viele Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamtes der SS saßen im Bundeskriminalamt oder in den Landeskriminalämtern, die Masse der NS-Juristen sprach wieder Recht oder lehrte an Hochschulen, die großen Medien wurden von Medienexperten des SD und von Goebbels unterwandert.

Aktuelle Geschehnisse provozieren die Frage: *Griffen diese Altnazis und ihre Schüler nach 1989 auf die Sprache des Dritten Reiches und auch auf die faschistische Praxis zurück, das verbriefte Recht des Individuums aufzuheben?* Wurde beides erneut für Herrschaft und Manipulation gegen verschiedene Gruppen von Menschen genutzt?

Schließlich wurden in den neuen Bundesländern, aufbauend auf Höhn und Maunz und der von ihnen begründeten NS-Rechtserneuerung, Bürger erneut als „Systemnahe“ kollektiv ausgegrenzt. Diese Praxis fand, wie bisher nur im Faschismus, sogar Eingang in die Sozialgesetzgebung.

In Sachsen soll die Ausgrenzung für 55 Berufsgruppen aus Zeiten der DDR gelten. Der Katholik Dr. Kurt Biedenkopf (CDU), einst nach eigenen Angaben gefördert von einem SS- und SD-„Säuberungsexperten“, soll – wie Medien herausfanden – eine interne und eigene „Verwaltungsvorschrift“ für Überprüfungen ehemaliger DDR-Bürger erlassen haben, die sich im „Freistaat“ bewerben wollen. Ein eigenartiger Umgang eines ehemaligen CDU-Generalsekretärs und Streikers für eine geistige Wende mit den Hoffnungen von Menschen im Osten auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, geistige Toleranz und Freiheit.

Ein Treppenwitz: Wäre es denkbar, dass sich der ehemalige Ministerpräsident schon 1989 im Sinne der Ausschaltung der „Systemnahen“ von einem verwandten Juristen aus dem Westen „mit politischem Talent“, Thomas de Maizière, Sohn eines Stabs-offiziers mit Osterfahrung, beraten ließ? Rechtberater Thomas de Maizière praktizierte schließlich alsbald als Staatssekretär in der CDU-Regierung Mecklenburgs sowie als Minister in Sachsen das Sozialstrafrecht.

Welche Politik wird der Jurist aus dem Westen als engster Vertrauter von Angela Merkel im Bundeskanzleramt in Berlin praktizieren? Was für „rechts“staatliche Perspektiven haben viele im Osten Deutschlands noch zu erwarten?

Anton Ackermann, eigentlich Eugen Hanisch, gehörte nach der Befreiung vom Faschismus zu den allorts bekanntesten Funktionären der KPD und galt als ihr führender Theoretiker. Am 25. November 1905 in Thalheim/Erzgebirge als Sohn eines Strumpfwirkers geboren, tritt er 1926 der KPD bei und wird bald darauf Bezirksleiter des KJVD Erzgebirge/Vogtland. Von 1929 bis 1931 besucht er die Internationale Lenin-Schule in Moskau, an der er anschließend bis 1933 als Aspirant und Lektor

Von **KURT SCHNEIDER**

tätig ist. Zugleich ist er zeitweilig im EKKI, dem Führungszentrum der Kommunistischen Internationale (KI), persönlicher Mitarbeiter von Fritz Heckert und Wilhelm Pieck.

Im März 1933 kehrt er nach Deutschland zurück. Bis Juli 1935 ist Ackermann politischer Leiter der illegalen KPD-Bezirksorganisation Berlin. Dann nimmt er am VII. Weltkongress der KI in Moskau teil und hat anschließend wesentlichen Anteil an der Vorbereitung des 13. Parteitag der KPD (Brüsseler Konferenz) im Oktober 1935, auf dem er das Referat „Der Kampf der Partei um die werktätige Jugend“ hält. Anton Ackermann, der den Blick auf eine „freie deutsche Jugendbewegung“ richtet, verweist auf die Notwendigkeit, dass sich der Charakter des KJVD grundsätzlich ändern müsse. Das erfordere die „Überwindung seiner sektiererischen Abgeschlossenheit“ und die „gründliche Abkehr von der sektiererischen Nachahmung der Partei“. Der Parteitag wählt den Dreißigjährigen zum Mitglied des ZK und Kandidaten des Politbüros der Partei.

Ab Ende 1935 gehört er der Operativen Auslandsleitung der KPD an, die 1936 nach Paris verlegt wird. Hier ist er bis März 1940 Mitglied des Ausschusses für eine Deutsche Volksfront. Im April 1940 kommt er wiederum nach Moskau, wird 1941 Redakteur der Zeitung *Das freie Wort* und 1943 Gründungsmitglied des NKFD sowie Chefredakteur des NKFD-Senders *Freies Deutschland*. Wolfgang Leonhard schreibt über Anton Ackermanns Leitungsstil in dieser Zeit: Er kehrte niemals zum Chef heraus, „besaß aber dafür echte Autorität. Es stand für jeden außer Frage, dass seine Fähigkeiten weit über die aller anderen Mitarbeiter herausragten.“

Am 1. Mai 1945 kehrt Ackermann als Leiter der KPD-Initiativgruppe für Sachsen nach Deutschland zurück, wo er von 1946 bis 1950 dem Sächsischen Landtag

angehört. Er ist Hauptautor des Aufrufs der KPD an das deutsche Volk vom 11. Juni 1945, in dem es heißt: „Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.“ Orientiert wurde auf „den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“.

Im Auftrage des Sekretariats des ZK der KPD verfasst er für die erste Nummer (Februar 1946) der neu gegründeten *Einheit* den Grundsatzartikel „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?“, der größtes Aufsehen erregte und wesentlichen Einfluss auf den Vereinigungsprozess von KPD und SPD ausübte. Gestützt auf die Auffassung W. I.

gungsparteitag von KPD und SPD am 21. und 22. April 1946 in Berlin annimmt.

Hoch geschätzt waren die Vorträge und Vorlesungen Anton Ackermanns. Über seine Vorlesung zur Eröffnung des ersten Zweijahreslehrgangs an der Parteihochschule „Karl Marx“ in Liebenwalde schreibt zum Beispiel Hermann Weber: „Die erste Vorlesung in Liebenwalde am Donnerstag, 9. Oktober 1947, hat wohl alle Hörer gleichermaßen begeistert. Anton Ackermann referierte zum Thema ‚Einführung in den Marxismus‘. Da wir uns allesamt als Marxisten fühlten, aber doch sehr diffuse Auffassungen davon hatten, lauschten wir gebannt und dachten, ähnlich wie es Hans Tammer in seinem Tagebuch vermerkte: ‚Die erste Lektion ... hat einen gewaltigen Eindruck bei uns Schülern hinterlassen. Genosse Ackermann versteht es, mit so präziser Sachlichkeit und wissenschaftlicher Tiefe den Stoff

nur uns, sondern auch sich selbst seine ‚Wandlung‘ zu beweisen.“ Der Kalte Krieg war voll entfacht und die KPdSU befürchtete, dass die Arbeiterbewegung, wie in Jugoslawien und Polen bereits geschehen, statt dem stalinistischen Parteikonzept zu folgen, generell eigene Wege gehen könnte. Damit war das politische Schicksal Anton Ackermanns als des theoretischen Kopfes eines eigenständigen deutschen Weges zum Sozialismus besiegelt.

Nach der Gründung der DDR wird er Staatssekretär im Außenministerium, wo er 1951 die Auslandsaufklärung formiert. Mit dem sowjetischen Berater Andrej Grauer befindet er sich im Dauerkonflikt. Statt Zusammenarbeit erlebt er Vormundschaft, die ihn krank macht. Er tritt zurück und schlägt Markus Wolf als seinen Nachfolger vor.

1953 wird Anton Ackermann, der als ein

## Sowjetsystem passt nicht für Deutschland

Ein Beitrag zum 100. Geburtstag von Anton Ackermann

Lenins, dass die Völker „nicht auf ganz gleichem Wege“ zum Sozialismus gelangen werden, dass sowohl die historischen als auch die spezifischen nationalen Bedingungen eines jeden Landes der sozialistischen Umgestaltung „ihre Eigenart“ verleihen werden, weshalb der Sozialismus nicht als „Zukunftsbild in monotonem Grau“ zu verstehen ist, erklärte Anton Ackermann: „In diesem Sinne müssen wir einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus unbedingt bejahen.“

Das war auch der Tenor seines beeindruckenden Berichts „Der ideologische Kampf der Partei“ an den 15. Parteitag der KPD im April 1946. Er sieht den größten, in der Vergangenheit oft begangenen Fehler darin, „einzelne Sätze Lenins und Stalins, die aus den Besonderheiten der Lage ihres Landes geboren wurden, schematisch auf unsere ganz anders gearteten Verhältnisse zu übertragen“. Er warnt: „Vor diesen Fehlern müssen wir uns hüten, wenn wir nicht Schiffbruch erleiden wollen.“ Ganz in diesem Sinne spricht er über nicht wenige Fehler der Partei, von der Notwendigkeit ihres „Umlernens“ vor allem in der Stellung zur demokratischen Republik. Zusammen mit Helmut Lehmann (SPD) hatte er die „Grundsätze und Ziele der SED“ verfasst, die der Vereini-

zu behandeln, dass fast jeder Satz ein Erlebnis ist.“ Und Wolfgang Leonhard, der lange Zeit unter der Leitung von Anton Ackermann gearbeitet hat, vermerkt: „Ich schätzte ihn als den klügsten Kopf der Parteiführung, als den Einzigen, den man wirklich mit Recht als Parteitheoretiker bezeichnen konnte.“

Die 1948 auf Druck der KPdSU massiv einsetzende Entwicklung der SED zu einer stalinistischen „Partei neuen Typus“ zwang auch Ackermann, sich „selbstkritisch“ von der Konzeption des „besonderen deutschen Wegs zum Sozialismus“ zu distanzieren. In einem am 24. September 1948 veröffentlichten ND-Artikel „Über den einzig möglichen Weg zum Sozialismus“ sagt er sich von seiner bisherigen marxistischen Auffassung los und erklärt, dass diese Theorie ein „Zurückweichen vor der wilden antikommunistischen Hetze“ bedeute. Seine Selbstkritik wirkt, wie Zeitzeugen übereinstimmend berichten, gequält und verbarg nur schlecht, dass Kräfte von außerhalb eingegriffen hatten. Der sonst so ruhige und souveräne Ackermann wirkte hektisch und überreizt. „Es war zu spüren“, schreibt Hermann Weber in Erinnerung an Ackermanns Vorlesungen an der Parteihochschule, „wie sehr er sich bemühte, nicht



Kritiker Walter Ulbrichts galt, wegen Unterstützung der innerparteilichen „Fraktionsbildung“ von Rudolf Herrnstadt/Wilhelm Zaisser als Direktor des Marx-Engels-Lenin-Stalin-Instituts beim ZK der SED abgelöst. Im Januar 1954 erhält er als „Parteistrafe“ eine „strenge Rüge“ und wird aus dem ZK ausgeschlossen. Er wird Leiter der Hauptverwaltung Film im Ministerium für Kultur. Wenn auch im Juli 1956 rehabilitiert, wurde ihm keine zentrale Funktion mehr übertragen. Lediglich ab 1958 noch als Mitglied und Abteilungsleiter der Staatlichen Plankommission tätig, wird er im Juni 1962 von allen Funktionen entbunden. Der 57-Jährige lebt von nun an als Parteiveteran. 1965, anlässlich seines 60. Geburtstages, erhält er den Vaterländischen Verdienstorden in Gold.

Am 4. Mai 1973 wählt Anton Ackermann – schwerkrank, vereinsamt und verbittert – den Freitod.

Der obenstehende Beitrag zum 100. Geburtstag von Anton Ackermann war bereits geschrieben, als im Verlag *Das Neue Berlin* Frank Schumanns Buch erschien. Es vermittelt detaillierte Einblicke in bisher nicht bekannte Lebens- und Konfliktsituationen des Mannes, der neben Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht zur Troika der KPD-Führung gehörte. Im Kapitel **Biographisches** findet sich auch eine 28 Seiten umfassende *Kurze Biographie*, vermutlich als Konzept für seine Memoiren gedacht; unter den **Selbstzeugnissen** sein berühmter Artikel „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ sowie sein stark beachtetes Referat vom 28. März 1947 „Unser Weg zum Sozialismus“. **Zeugnisse Dritter** stammen u. a. von Peter Florin, Markus Wolf, Fritz Klein und Irmgard Ackermann.

## Der tragische Weg des Anton Ackermann

Der „Parteisoldat“ Ackermann übte Selbstkritik, so heißt es, „um nicht die ganze Mannschaft zu opfern“. Der Preis, den er für alle zahlt, ist hoch. „Endgültig verschwindet Ackermann von der politischen Bühne, als Moskau 1953 direkt in die Geschichte der DDR eingreift.“ Es herrscht Kalter Krieg. Beim CIA gibt es einen „Vorgang Anton Ackermann“, von dem heute Teile im Nationalarchiv der Vereinigten Staaten einsehbar sind. Monate vor seinem Tod, hatte er ein letztes Gespräch mit Erich Honecker. „Es gebe wenig Anlass zu optimistischer Stimmung, notierte er anschließend darüber, und gegenüber engsten Vertrauten erklärte er bald, wenn DIE so weitermachen, käme der Kapitalismus schneller, als wir

alle ahnen würden.“ Damit nahm er siebzehn Jahre vor ihrem Abgang aus der Geschichte das Ende der DDR vorweg. Nach jahrzehntelangen Spekulationen über die Gründe seines Selbstmordes schildert seine Witwe Irmgard Ackermann den tatsächlichen Vorgang. Als ihm das ärztliche Konzil des Regierungskrankenhauses eröffnet, dass die Mediziner angesichts seiner schweren Krebserkrankung nichts mehr für ihn tun können, war er von Stunde an verändert. Er verschloss sich selbst gegenüber Frau und Kindern und begann sein privates Archiv auszubünnen.

Verzweifelt von andauernden schwersten Schmerzen begab er sich in das Regierungskrankenhaus, wo er sich erschoss.

Bewusst hatte er diesen Ort für seinen Freitod gewählt, „damit nicht mit ihm und seinem Abgang Politik gegen die DDR und seine Partei gemacht werden“ konnte.

„Nachgeborene neigen zur Besserwisseri“, lesen wir bei Frank Schumann. „Sie wissen mehr als ihre Vorfahren, können sagen, wo welcher Irrtum begangen wurde, weil sie das Resultat der Entscheidung kennen. Dieses Wissen verführt zu falschen Urteilen.“ Wie wahr. Frank Schumann ist für dieses Buch sehr zu danken.

• **K. SCHNEIDER**

*Anton Ackermann: Der deutsche Weg zum Sozialismus. Selbstzeugnisse und Dokumente eines Patrioten. Herausgegeben von Frank Schumann: Das Neue Berlin 2005. 288 Seiten, zahlreiche Abb., 19,90 Euro*

## 1. Der amerikanische Plan „Größerer Mittlerer Osten“

Die geostrategische Bedeutung des Nahen und Mittleren Ostens nimmt immer mehr zu: als Bindeglied zwischen Asien und Europa, als Tor nach Russland und Zentralasien, aufgrund unmittelbarer Berührung mit Afrika und den europäischen Mittelmeer-Anrainer-Staaten durch das dichte Netz von Pipeline-Routen von und nach Europa und Zentralasien. Diese Region erfasst mit Israel und der Türkei zugleich zwei der sechs stärksten Militärmächte der Welt. Darüberhinaus ist die Türkei Mitglied der NATO und Israel die einzige Atommacht der Region, die wie keine andere in der Welt konfliktbeladen

Von **SARKIS LATCHINIAN**

ist. Hier tobt der Irak-Krieg. Hier ist der stets virulente israelisch-palästinensische Konflikt verortet. Die Krise in den Beziehungen zwischen den USA und dem Iran sowie den USA und Syrien gefährdet die Sicherheit dieses Teils der Welt und könnte unter Umständen ähnliche Entwicklungen wie im Irak nach sich ziehen.

Die ständig schwelende Kriegsgefahr hat ihren Ursprung darin, dass mit dem Zusammenbruch des Schah-Regimes im Iran 1979 die USA-treueste Dynastie in der gesamten Region als hier traditioneller Hegemon kollaborierte und keine andere Macht es bislang vermochte, an seine Stelle zu treten. Die USA reagierten auf die so entstandene Instabilität mit einem immer stärkeren Eingreifen. Ihre neueste Initiative in der Tradition des „Bagdad-Pakt“-Projektes in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts und der jüngeren Kriege am persischen Golf trägt die Bezeichnung „Größerer Mittlerer Osten“.

Als Initiative für ein neues Zivilisationsprojekt proklamiert, basiert dieses nach offizieller Lesart auf drei Säulen:

- Förderung der Demokratie,
- Aufbau einer Wissensgesellschaft und
- Ausbau der ökonomischen Potenziale der Region.

Hinter der Demokratisierungsabsicht verbirgt sich ein von der Bush-Administration mit großzügigen finanziellen und personellen Aufwendungen betriebenes Projekt, das unverkennbar hegemoniale Ziele in Richtung eines „Größerer Mittleren Ostens“ vertritt und folgende Schwerpunkte setzt.

**Erstens:** Die Beseitigung der sogenannten „Schurkenstaaten“ zuerst in Afghanistan und im Irak mit anschließender Etablierung neuerer, in den USA ausgebildeter und neoliberal geschulter Führungseliten und die Durchführung sogenannter demokratischer Wahlen.

**Zweitens:** Unter der Bezeichnung „Partnerschaft für Frieden“ Abschluss von bilateralen Abkommen zur Errichtung möglichst vieler militärischer Stützpunkte wie in Afghanistan, Usbekistan (inzwischen durch dessen Regierung annulliert), Turkmenistan, Aserbaidschan und in den Öl-Scheichtümern am Persischen Golf.

**Drittens:** Militärische und finanzielle Kooperation mit allen den USA freundlich gesinnten Staaten in der Region. Folgt man der Logik dieses geostrategischen Projektes, so ist kurz- oder mittelfristig auch ein Regimewechsel in den „Schurkenstaaten“ Syrien und vor allem Iran nicht auszuschließen.

Charakteristisch für dieses Projekt ist wie

für viele andere westliche Initiativen

a) eine Politik mit zweierlei Maß: Der palästinensische „Terror“ wird verurteilt, wobei auf die Verurteilung der massiven israelischen Gewalt unter Besatzungsbedingungen verzichtet wird. Das iranische Atomprogramm wird als Bedrohung verurteilt, Israels atomares Waffenarsenal aber mit keinem Wort erwähnt.

b) Unverkennbar in diesem Projekt ist die Kontinuität, mit der sich das Verhältnis des Westens zu den „aufmüpfigen“ Ölländern des Mittleren Ostens zu einer interventionistischen, blutigen und politisch verhängnisvollen Beziehung auswuchs. Unter dem Vorwand einer kom-

Konfliktsituationen, um den Boden für die gewünschten Regimewechsel in der Region mittel- und langfristig sicherer zu bereiten.

Im Folgenden wollen wir versuchen, diese Strategie an Hand zweier Beispiele zu illustrieren.

## 2. Gefährliche Entwicklungen im palästinensisch-israelischen Konflikt

Mit dem Tod des palästinensischen Präsidenten Arafat vor einem Jahr sollte die Chance für einen Neubeginn Glauben

ein große politische Belastung zu werden schien, nachdem der internationale Gerichtshof in Den Haag die Forderung nach ihrem Abriss positiv beschieden hatte, tief innerhalb des Westjordanlandes im Eiltempo hochgezogen. Und die Welt schaut weg. Die 720 Kilometer lange und acht Meter hohe Mauer wird an vielen Stellen mindestens 60 bis 70 Meter breit sein, das gesamte Territorium zwischen der Mauer und der „grünen Linie“ (Waffenstillstandslinie vom 4. Juli 1967) wird militärisches Sperrgebiet sein. Dadurch werden 16,6 Prozent des Westjordanlandes und 235 000 dort lebende Palästinenser von Israel annektiert und weitere 160 000 werden in fast vollkommen durch die Mauer eingekreisten Kommunen leben müssen. Der Bau der Mauer wird das Westjordanland endgültig in einen Flickenteppich aus isolierten Gebieten verwandeln, die niemand ohne israelische Erlaubnis betreten oder verlassen darf. Ein Palästinenserstaat wird, wenn er dann eines Tages Wirklichkeit werden sollte, über kein geschlossenes Territorium verfügen.

Gleichzeitig geht der Bau von Siedlungen im Westjordanland in amtemberaubendem Tempo weiter, vor allem in dem Gebiet zwischen der Mauer und der „grünen Linie“. Viele Nahost-Spezialisten meinen, hier würde sich nach dem Ableben Arafats nichts mehr bewegen. Wir sind anderer Meinung. Hier finden doch wichtige Bewegungen statt, die man aufmerksam registrieren sollte. Israel hat in einem Jahr weitere wichtige Tatsachen geschaffen. Es werden weitere Siedlungen gebaut. Nach dem Abzug Israels aus dem kleinen Gazastreifen bleibt dieser fast vollständig isoliert von der Außenwelt. Es hat sich *Negatives* in der dialogberetischen Scharons mit seinen palästinensischen Konfliktpartnern entwickelt.

Der Gang der Dinge zwischen Israel und den Palästinensern wird neuerdings nicht mehr durch Verhandlungen Israels mit den Palästinensern bestimmt, sondern nur noch durch ein Aushandeln mit den USA zur Nachbesserung der einseitigen Maßnahmen Israels – bei fast völliger Ausschaltung der Palästinenser. Davon zeugt auch das persönliche und unplanmäßig verlängerte Engagement der amerikanischen Außenministerin in Jerusalem Mitte November zur Inbetriebnahme des ägyptisch-palästinensischen Übergangs in Raffa, zum baldigen Beginn des Baus eines Seehafens im Gazastreifen und zur Aufnahme des Personen- und Warenverkehrs zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland.

Die Abmachung für Raffa stellt nach israelischen Angaben klar, dass Israel seine physische Präsenz am ägyptisch-palästinensischen Übergang an die EU-Beobachter abtritt, aber doch in Direktumschaltung Zugriff auf die Videoüberwachung des Personenverkehrs sowie die Computerdaten erhält.

Immerhin bringt die Raffa-Regelung den 1,4 Millionen Einwohnern des Gazastreifens die langersehnte Öffnung zur Außenwelt und mithin Aussichten für einen offenen Wirtschaftshorizont. Zugleich ist damit aber festgelegt, dass der palästinensische Küstenstreifen Gaza trotz des Abzugs der Besatzer und Siedler rundum unter israelischer Sicherheitsaufsicht verbleibt und also nicht souverän geworden ist. Israel behält sich hier weiterhin ein Vetorecht für Einschränkungen vor. Das ist Teil des sogenannten „Sicherheitsrings“ des Gazasteifens, für den sich Israel die Aufsicht über Luftraum, Hoheitsgewässer sowie sämtliche Grenz-

# Drohen weitere Kriege im Nahen und Mittleren Osten?



munistischen Gefahr wurde 1953 die demokratisch gewählte Regierung Irans unter Ministerpräsident Mossadeg gestürzt, die die eigenen Ölressourcen nationalisiert hatte. 50 Jahre später wurde ein anderes Regime in einem weiteren bedeutenden mittelöstlichen Ölland, dem Irak gewaltsam beseitigt. Diesmal nicht unter dem Vorwand der kommunistischen Gefahr, sondern bekanntlich unter dem Vorwand der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen, die das Land nicht besaß und dem internationalen Terrorismus, obwohl auch dafür keine Beweise vorlagen.

c) Abgesehen von gewandelten Vorwänden ist das Ziel der USA unverändert geblieben: Unterminierung der Souveränität mittelöstlicher Ölländer, um den störungsfreien Fluss von Erdöl in Höchstmengen und zu Niedrigpreisen für den gesamten Westen, vor allem aber für die USA zu gewährleisten und die eigene Machtposition weiter zu stärken.

Unter diesen allgemeinen Rahmenbedingungen werden gegenwärtig von den USA wesentliche innere Umstrukturierungen sowie „Reform“-schritte im gesamten mittleren Osten durchgesetzt. Sie zielen einerseits auf die Anpassung an die Anforderungen des genannten US-amerikanischen Projekts und andererseits auf die Kanalisierung der Gegensätze zwischen den Ländern der Region im Interesse dieses Projekts, auf die Suche nach Kompromisslösungen und eine gewisse Entspannung vorhandener virulenter

gemacht werden. Man artikulierte die Hoffnung, dass der ins Stocken geratene Nahost-Friedensprozess wieder Impulse bekommen würde. Ein Jahr danach ist von dieser Aufbruchsstimmung nichts mehr zu spüren. Statt dessen ist nach dem israelischen Rückzug vom Gazastreifen Ernüchterung eingezogen.

Der Architekt des Gaza-Abzugsplans und Berater des Ministerpräsidenten Scharon Dov Weisglaß meinte dazu: „Was wir taten, diente dem Ziel, den Verhandlungsprozess einzufrieren. Und indem man diesen Prozess einfriert, verhindert man die Schaffung eines palästinensischen Staates und die Diskussion über die Flüchtlingsfrage ... Der Abzug bietet die richtige Dosis Formalin, die man braucht, damit es zu keinen Verhandlungen mit den Palästinensern kommt.“ (Ha'aretz, 8.10.05)

So und nicht anders lautet Scharons Credo. Das ist das Fundament, auf dem sein Abzugsplan aus dem Gazastreifen vollzogen wurde. Dieser Plan funktioniert bislang bestens. Wenn auch zum Nachfolger Arafats Mahmut Abbas, also ein den USA gutgesinnter Politiker gewählt wurde, ist es Scharon doch gelungen, eine Wiederaufnahme des politischen Dialogs mit den Palästinensern zu verhindern. Die ROADMAP, die ursprünglich zu Verhandlungen über einen palästinensischen Staat führen sollte, liegt noch immer auf Eis, ganz so wie es Weisglaß vorausgesagt und gesehen hat.

Auch wird die Trennmauer, die für Israel



übergänge anmaßt.

Als der israelische Abzug aus dem Gaza-Streifen von Präsident Bush als „mutiger Schritt“ gelobt und mit grünem Licht für die Annektion der großen Siedlungsblöcke im Westjordanland belohnt wurde, war für Ministerpräsident Sharon die Zeit gekommen, von einer langen Periode der bilateralen Verhandlungen mit den Palästinensern Abschied zu nehmen und zur israelischen Eigenmächtigkeit bei der Gestaltung des Westjordanlandes und Gazas überzugehen, wobei höchstens noch mit den USA direkt um das erträgliche Ausmaß der Übergriffe gegenüber den Palästinensern gerungen wird.

Palästinenserpräsident Abbas sah sich angesichts dieser Bedingungen veranlasst, in einer Ansprache am 15. November klarzustellen, dass sich Israel mit allen Mitteln politischen Verhandlungen entziehe und ein Dauerprovisorium mit getrennten palästinensischen Kantonen anstrebe, zwischen denen israelische Siedlungen und ihre Verkehrsnetze immer weiter ausgebaut würden. Indem Israel von den Palästinensern eine Antiterrorkampagne fordere, wolle es die Palästinenser in einen Bürgerkrieg stürzen.

### 3. Die Verschärfung des Atomkonflikts zwischen den USA und dem Iran

Heute scheint kein Thema von entscheidender Bedeutung zu sein als die Gestaltung der künftigen Beziehungen der USA zum Iran. Der Hauptgrund dafür liegt im dramatischen Wandel des regionalen Umfelds Irans nach den Terrorangriffen vom 11. September 2001. Der US-Einmarsch in Afghanistan und Irak, die zunehmende militärische Präsenz der USA in diesen Ländern, wie in der Region am Persischen Golf und in Zentralasien sowie die Einbeziehung Irans – zusammen mit dem Irak und Nordkorea – in die „Achse des Bösen“ durch Präsident Bush haben der nationalen Sicherheit die höchste Priorität im Iran verliehen. Längst sind die Zeiten der US-Diplomatie gegenüber dem Iran vorbei, in denen der Iran für seine Unterstützung der USA in Afghanistan und im Irak gelobt wurde. Im Zentrum der Beziehungen zwischen den beiden Ländern stehen heute viel mehr die angeblichen iranischen Massenvernichtungswaffen und insbesondere das Streben des Iran nach der Nutzung der Atomenergie, das von den USA stets als Streben nach Atomwaffen interpretiert



Irans neuer Präsident – seine Tiraden gegen Israel entschärfen die Lage keinesfalls

tiert wird und möglicherweise gemäß dem irakischen Beispiel einen Regimewechsel in Teheran bewirken soll.

Der Iran verspricht bei der Entwicklung seiner Atomreaktoren ohne Einschränkung an seinen Verpflichtungen im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages (NPT) – zu dessen ersten Unterzeichnern er gehört – und des Zusatzprotokolls festzuhalten. Zumal atomare Ambitionen die Wirtschaft des Landes in großem Maße belasten und die Staaten der Region animieren würden, seinem Beispiel nachzueifern – entgegen dem erklärten iranischen Ziel einer Entnuklearisierung des Nahen Ostens. Israel müsse seinerseits auf die Androhung militärischer Handlungen gegen die Atomenergieanlagen des Iran verzichten. Und die USA sollten Iran in seinem legitim verbrieften Recht unterstützen, im Rahmen des NPT seine atomaren Fähigkeiten zu friedlichen Zwecken zu entwickeln. Was die EU-Drei (Frankreich, Deutschland, Großbritannien) anbelangt, so müssten sie laut des neuen iranischen Atombeauftragten Ali Laridshani verstehen, „dass die iranische Regierung entschlossen ist, den Produktionskreislauf für nuklearen Brennstoff beizubehalten“ und damit auch die Fähigkeit zur Urananreicherung zu erlangen.

Wobei die Europäer die Meinung vertreten, dass die Iraner aus prinzipiellen politischen Erwägungen die technologische Fähigkeit zur Urananreicherung gar nicht entwickeln dürften, obwohl die Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) keine Beweise für ein iranisches Atomwaffenprogramm fanden. Die einzige „objektive Garantie“, dass das iranische Atomprogramm ausschließlich zivilen Zwecken dient, besteht in den Augen der EU-Troika daran, dass der

Iran dauerhaft auf die Anreicherung und Wiederaufbereitung von Uran und Plutonium verzichtet, obwohl der Atomsperrvertrag solche Aktivitäten als „unveräußerliches Recht“ erlaubt.

Präsident Bush hat mit seiner Äußerung, in der Iran-Frage schließe er „keine Option“ aus, die Katze aus dem Sack gelassen. Dies veranlasste Bundeskanzler Schröder vor einer möglichen USA-Militärintervention im Iran zu warnen. „Nehmt die militärischen Optionen vom Tisch. Wir haben erlebt, dass sie nichts taugen.“ Niemand könne dem Iran die ausschließliche friedliche Nutzung der Atomkraft verwehren. Es müsse aber sichergestellt werden, dass der Iran „nicht in die Lage versetzt wird“, so Schröder gegenüber der Super-Illu, „Atomwaffen herzustellen“.

In den USA ist man nicht gewillt, dem Iran zu trauen. Und der Chef des israelischen militärischen Geheimdienstes General Aaron Seev behauptete am 12. Januar 2005: „Wenn nichts geschieht, wird der Iran in spätestens sechs Monaten angereichertes Uran und damit bis spätestens 2008 seine erste Atombombe herstellen können“.

Die jüngsten Tiraden des iranischen Präsidenten Ahmadinedschat gegen Israel nährten das Misstrauen gegenüber dem Iran noch mehr. Und so wird die Behauptung der amerikanischen Administration, dass der Iran an einem „geheimen Programm der Urananreicherung“ arbeite und sich Atomwaffen zulegen wolle, inzwischen als feststehende Tatsache wahrgenommen – ähnlich wie 2002 die Angaben über Massenvernichtungswaffen des Irak, die sich später als Lügen erwiesen haben.

Wenn die Iraner tatsächlich darauf aus wären, heimlich einen vollständigen

nuklearen Brennstoffkreislauf – zur Produktion von Atomwaffen – aufzubauen, so hätten sie dieses angebliche Geheimnis bemerkenswert schlecht gehütet. Wobei, ihre Absicht, über den vollen Nuklearen Brennstoffkreislauf zu verfügen, ist sei den frühen siebziger Jahren allgemein bekannt, zumal sie von den USA und europäischen Regierungen dabei unterstützt wurden.

Der Iran ist, trotz seiner großen Öl- und Gasvorkommen darauf angewiesen, wie die USA, Frankreich, Großbritannien, Südkorea, China, usw. seine Energiequellen zu diversifizieren, da der Gipfel der Erdölproduktion bereits überschritten ist. Dass der Iran deshalb auch Atomenergie nutzen will, ist sein anerkanntes Recht seit den 70er Jahren mit dem Abschluss des Atomwaffensperrvertrages. Seitdem hat sich die iranische Bevölkerung verdreifacht, während die Ölproduktion des Landes fast auf die Hälfte geschrumpft ist, so dass heute 40 Prozent des iranischen Öls im Lande verbraucht wird.

Wenn also die USA und die EU-Drei den Iran auffordern, keine eigenen Energiekapazitäten zu entwickeln, ist das so, als wenn der Iran fordern würde, Frankreich oder Großbritannien sollten ihre Kernenergieanlagen aufgeben.

Die wichtigste Bedingung zur Lösung des Atomkonflikts mit dem Iran scheint in der Gewährung einer Sicherheitsgarantie ihm gegenüber und damit der Ausschließung jeglicher militärischer Bedrohung zu bestehen. Dazu wäre erforderlich, die Abrüstung der gesamten Nahost-Region in Angriff zu nehmen, einschließlich der israelischen Nuklearsprengköpfe, deren Zahl auf 200 geschätzt wird und die keinerlei internationaler Kontrolle unterliegen.

Dieser Konflikt beschränkt sich allerdings nicht allein auf die Atomfrage, sondern steht in einem politischen und strategischen Kontext, der von den USA definiert wird. Washington beharrt darauf, mit einem „Schurkenstaat“ nicht verhandeln zu wollen. Sie streben einen „Regimewechsel“ an und schließen die Anwendung von Gewalt nicht aus.

Es bleibt nur zu hoffen, dass der von Russland vorgelegte Kompromissvorschlag bei den Konfliktparteien auf Zustimmung stößt. Dieser gestattet dem Iran zwar die Umwandlung von Uran, sieht aber vor, die kritische Urananreicherung in Russland vorzunehmen. Dies würde wesentlich zur Deeskalierung der akuten Kriegsgefahr in der Region beitragen.

Am 19. Dezember 1945 teilte die Schweizerische Depeschagentur mit, dass der Präsident der USA, Harry S. Truman, in einer Botschaft an den Kongress erklärt hat, der Sieg im Zweiten Weltkrieg habe dem amerikanischen Volk die Bürde und Verantwortung auferlegt, in den Angelegenheiten der Welt eine erste Rolle zu spielen. Damit rückte er von den Prinzipien der Zusammenarbeit der Großmächte ab. Für Truman war das Potsdamer Abkommen faktisch passé.

In seinen Erinnerungen berichtet er, er habe Potsdam mit der Erkenntnis verlassen: Das russische Fernziel hieß Weltherrschaft. Die USA müssten dem kraftvoll entgegenreten, denn Macht ist das einzige, was die Russen verstünden. Im Januar 1946 schrieb er seinem Außenminister, der mit einem Konfrontationskurs noch zögerte: „Ich habe es satt, die Sowjets in Watte zu packen.“

#### 19. Dezember 1945:

Es handelte sich dabei immerhin um das Land, das den Hauptbeitrag zur Zerschlagung des Hitlerfaschismus geleistet und die schwersten persönlichen und materiellen Verluste erlitten hatte. In Trumans Anwesenheit, aber auf dessen Einladung hielt der wegen seiner gefürchteten Politik abgewählte Winston Churchill im März 1946 in Fulton/Missouri jene Rede, in der er vor der Ausdehnung sowjetischer Macht warnte. Er empfahl wie Truman Kraft und Macht als Gegenmittel.

Es ist offenkundig: Bereits Ende 1945/Anfang 1946 stellten die USA die Weichen auf Konfrontation mit der noch kürzlich verbündeten Sowjetunion, rückten vom Potsdamer Abkommen ab, das völkerrechtlichen Charakter hatte, und nahmen Kurs auf den Kalten Krieg, der schließlich mehr als vierzig Jahre das

## 19. Dezember 1945: Truman stellt die Weichen auf Konfrontation

Weltgeschehen prägte.

Trumans Botschaft mündete schließlich in der nach ihm benannten und von ihm am 12. März 1947 verkündeten Doktrin, die einen Wendepunkt der amerikanischen Außenpolitik einleitete. Hatten die USA zuvor grundsätzliche Entscheidungen über ihr weiteres Verhältnis mit dem einstigen Kriegsalliierten Sowjetunion noch vor sich hergeschoben, so betrieben sie fortan die Politik des weltweiten „Containment“ („Eindämmung“). Eingedämmt werden sollte der gewachsene Einfluss der UdSSR und des sich entwickelnden sozialistischen Lagers. Diese Politik wurde mit wirtschaftlicher, finanzieller und militärischer Hilfe an Griechenland und die Türkei 1947, mit dem Marshallplan und nicht zuletzt der Gründung der NATO verwirklicht.

• WINFRIED STEFFEN



Die Tinte unter dem Potsdamer Abkommen war noch nicht trocken, da verrieten es Churchill (links) und Truman (Mitte) schon wieder ...



Von  
**KLAUS  
HUHN**

Wenn ich imstande wäre, solche Sprüche zu formulieren, wie Netzer und obendrein dabei auch noch eine Miene aufzusetzen wie er, würde ich hier eine längere Betrachtung zum Losglück oder Lospech der deutschen Fußball-Nationalmannschaft folgen lassen. Da mir beides jedoch abgeht, verzichte ich darauf, und die LN-Leser werden es ertragen. Wer sich für derlei Prognosen interessiert, wird längst alle einschlägigen Propheten gehört oder gelesen haben. Übrigens, wenn Sie die Voraussage von Angela Merkel übersehen haben sollten, wiederhole ich sie ihnen, (reiner „Kundendienst“): „Lösbar. Machbar. Wir können das schaffen.“ Sie können also ruhig schlafen!

Mich dagegen bewegt, was die deutsche Obrigkeit von der Fussball-WM erwartet, und da komme ich aus dem Staunen nicht heraus. Einmal soll die lahrende Wirtschaft durch das Spektakel angekurbelt werden. Wodurch? Durch Fussballfans, die zu Besuch kommen und Kellner und Zimmermädchen beschäftigen sollen. Und dann die Souvenirindustrie, die Millionenumsätze erwartet. Um die Erwartungen nicht zu hoch zu schrauben, lasse ich die Wirtschaftsweisen wissen: Ich falle in dieser Branche als Kunde aus. Wichtig wird aber sein, dass wir uns wegen der Fussball-WM nicht mit Gott und aller Welt anlegen. 48 Stunden nach der Auslosung begann es schon mit Polen. Der dortige Trainer soll Abfälliges über die deutschen Kicker geäußert haben, schreckte *Bild* die

Öffentlichkeit auf. Fette Schlagzeilen und gequirrte Empörung! Unglaublich. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Wenn der Außenminister nicht so beschäftigt wäre, um die zwielichtigen CIA-Flüge zu dementieren, würde ich hier vorschlagen, er sollte umgehend den polnischen Botschafter „einbestellen“ und ihn wissen lassen, dass wir uns von niemandem vorzählen lassen, wieviel Ausländer in der deutschen Fußballnationalmannschaft stehen. Auch nicht, wenn

ten Runde so, dass der Ringrichter abwinkte. Die Halle tobte, Wegner weinte, Abraham war zunächst sprachlos, was indes nicht ins Gewicht fiel, weil der ARD-Reporter den Sieg laut genug bejubelte. Zitat des Siegers, allerdings schon einige Wochen alt: „Wenn ich um die WM boxe, dann als Deutscher!“ Denn: Der Mann hat den Namen Avetik Abrahamyan auf seinem Geburtsschein zu stehen und der wurde in Armenien ausgestellt. Um bei niemandem in den Ruf

zu geraten, ich sei vielleicht nicht ausländerfreundlich, versichere ich ausdrücklich, dass ich mich nie irgendwo gegen die Einwanderung von Armeniern geäußert habe. Als 15-jähriger war Avetik gemeinsam mit seinem Bruder und seinen Eltern in die BRD gekommen, hatte erst in

## Sportkolumne

# Den Botschafter „einbestellen“?

sie wie Podolski und Klose aus Polen stammen! Basta!

Übrigens: In der VIP-Lounge des Leipziger Auslosungsspektakels will jemand Ulli Wegner gesehen haben, den Ex-DDR-Boxtrainer. Dessen Anwesenheit hatte jedoch nichts damit zu tun, dass man im Fußballumfeld demnächst mit harten Hieben rechnet und deshalb kundige Berater engagierte, sondern einfach nur mit der Tatsache, dass am Abend nach der Auslosung in Leipzigs Messehalle geboxt wurde und Wegner in einer der beiden Ecken stand. Ursprünglich sollte Markus Beyer in den Ring klettern, doch der verletzte sich beim Training. Die rührigen Manager zauberten über Nacht einen Weltmeisterschaftskampf aus ihren Hüten. Mittelgewichtler Arthur Abraham schwang gegen den in Kanada und den USA lebenden Nigerianer Kingsley Ikeke die Fäuste und erwischte ihn eingangs der fünf-

war dann eines Tages als Sparringspartner für Sven Ottke engagiert worden. Und nun ist er ein „deutscher Weltmeister“, obwohl nicht mit letzter Sicherheit zu erfahren war, ob er bereits im Besitz aller nötigen deutschen Papiere ist. Zumal er sich nach dem Sieg mit einer armenischen Fahne schmückte und den Fernsehreporter wissen ließ, wie glücklich er sei, dass so viele Anhänger aus Moskau gekommen seien. Und Manager Sauerland war auch überglücklich, dass er wieder einen Star im Stall hat, gleichgültig ob Armenier oder Deutscher – Hauptsache der Mann füllt die Kassen. Darum geht es schließlich heutzutage vor allem im Sport.

Nur: Wenn Ausländer unsere Kassen füllen, nützt das zwar dem deutschen Aufschwung, kann aber eben auch dazu führen, dass sich mal ein ausländischer Fußballtrainer ereifert. Macht nichts! *Bild* lockte mit der Schlagzeile Kunden und so summierte sich am Ende alles zu allgemeiner Zufriedenheit.

## DDR-Fotografien der 70er und 80er heute gesehen

Selten besitzt ein Buch eine solche Editionsgeschichte wie der Foto-Text-Band von Harald Hauswald und Lutz Rathenow über Ost-Berlin. Und zu Recht setzt Rathenow über seine Einführungsworte die Zeile „Mehr als ein Buch“. Denn dieses zum vierten Mal, in nunmehr anderer Ausführung und mit erweitertem Umfang erschienene Buch „Ost-Berlin“ ist gleichzeitig auch ein Beleg für die verschrobene DDR-Kulturgeschichte.

Da sitzen der Sicherheits-Erich und der Kultur-Kurt über einem Exemplar der Erstauflage dieses dreisten und tristen Berlin-Buches und würfeln ein Strafmaß aus. Sie halten dieses Buch, das rechtzeitig zum 750. Jahrestag Berlins bei Piper in München, also auf der anderen Seite der Demarkationslinie erschienen ist, für staatsfeindliche Hetze. Obgleich sowohl Bildautor als auch Textautor von der ersten bis zur letzten Seite deutlich werden lassen, dass sie ihr Nest nicht beschmutzen, sondern vielmehr auf die besondere kulturelle und soziale Metamorphose ihrer Stadt(hälfte) aufmerksam machen wollen. Eigentlich erzeugten sie mit diesem Buch Neugier und kurbelten den kleinen Grenzverkehr an, was ihnen bei den damaligen Pflichtumtauschsätzen heute durchaus als „Stabilisierung des Unrechtssystems“ ausgelegt werden könnte. Aber na ja. Die Genossen Mielke und Hager sind so gut wie vergessen, und das Berlin-Buch von den 1978 bzw. 77 Zugereisten, Harald Hauswald (Radebeul) und Lutz Rathenow (Jena), feiert in vierter Fassung Renaissance.

Der Osten Berlins war der wohl offenste Teil des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates. Was seinerzeit in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik von Lieder- oder Theaterbühnen verkündet wurde, hätte in Gera den dortigen 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung die Dienstwaffe entsichern lassen. In Berlin gab es früh schon eine Szene. Gab es Randgruppen und Exzentriker. Die Spree schien schon damals, inmitten der vermauerten, aus wenigstens drei Hinterhöfen bestehenden Häuserfluchten, prädestiniert dafür zu sein, neuere (vor allem westliche) Strömungen aufzunehmen. In der Spree und in Harald

Hauswald Objektiv spiegelten sich Selbstdarsteller und Mustermänner, Parteiläufer und Mitläufer, Aussteiger und Einkäufersteher. Hauswald schenkt uns mit dieser Fotofolge ein fotografisches Gedächtnis: Jetzt brüllen Krankentransporte durch die Stadt, früher flitzen glänzende Staatskarossen von und nach Wandlitz. Vergangenheit ist nicht nur der verschobene oder anzuschubende Trabant oder die Situationskomik, die sich einstellt, wenn ein Transparent, „Frieden ist nicht Sein – sondern Tun!“, (wohl gerade einmal gelebten) Müßiggang konterkariert. Zur Vergangenheit zählen auch die unreglementierten Nachmittage unter

Gleichgesinnten bei Bier und Beat im Kiez oder die von einem Dalmatiner bewachte Zweisamkeit eines Liebespaares mitten in Berlin, die Freundlichkeit zweier Kumpane (Einheitsmenschen unter ihren Prinz-Albrecht-Mützen) und der frühmütterliche Blick der Schwester auf den kleinen Bruder.

„Nach dem Vergessen das Erinnern“, postuliert Rathenow in dem Gedicht „Verfrühte Autobiografie“ seine Haltung. Und gegen das Vergessen schreibt er an, mit diesen seinen Erinnerungen. Kleinigkeiten kramt er hervor, wie den Befehlston eines Vaters, aber auch das Schicksalhafte eines vermeintlich (nur rhetorisch) gestellten Ausreiseartrages. Vielfach sind es Kommentare oder Impressionen, die der (wohl bis heute) als renitent geltende Lutz Rathenow seinerseits der DDR-Kollektion des Fotografen Harald Hauswald beigibt. Der Ton ist nah, selbst wenn er sich ironisch gibt, und ruft noch eine andere Gedichtzeile Rathenows hervor, die zum Gegenstand dieses Buches zu passen scheint: „Ein Platz / auf der Erde, / zum Leben ein Ort.“

• RALPH GRÜNEBERGER



Harald Hauswald/Lutz Rathenow: Ost-Berlin. Jaron Verlag, Berlin 2005, 128 S., dt./engl., 12 Euro

Schweißgebadet wie schon lange nicht mehr, schreckte Bruno dieser Tage in seinem Bett auf und war heilfroh, nur geträumt zu haben: Er war, wie immer sehr früh morgens, in sein Büro in der Kreisredaktion in der Bornaer Innenstadt gekommen und nichts, aber auch gar nichts war vorbereitet für die aktuelle, am frühen Nachmittag in die Leipziger Hauptredaktion zu liefernde Zeitungseite.

15 Jahre ist das her, seit Bruno Schweitzer sich über solche Albträume eigentlich keine Gedanken mehr zu machen braucht. Denn schon 1990 hat die gewendete LVZ ihm, wie vielen anderen, die Ehre erwiesen, ihn nicht mehr haben zu wollen. Als wenn einer wie Bruno Schweitzer sich für eine LVZ hätte abplagen mögen, die das Erbe ihrer Gründer gründlich entsorgt hat. Dennoch, vier Jahre vor der Rente selber entsorgt sein? Worin bestand seine Schuld? Darin, dass er nach einer Erkenntnis lebte und wirkte, die Lenin in die knappen und zeitlosen Worte gefasst hatte: „Man kann nicht zugleich in der Gesellschaft leben und frei von ihr sein.“ Bruno Schweitzer hat sich mit solchen Gedanken über das Prinzip der Parteilichkeit gewiss nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch beschäftigt, im Fernstudium an der Fachschule für Journalistik und dann noch mal an der Fakultät für Journalistik. Und so weiß er auch um die vermeintliche, die illusionäre Freiheit des bürgerlichen Journalisten und kann nur müde lächeln ob der den Lesern heute eingeredeten Überparteilichkeit oder gar Unabhängigkeit.

Dabei, warum sollte einer wie Bruno nicht ganz bewusst Partei ergreifen für einen Staat, der den Sozialismus auf seine Fahnen geschrieben hatte. Sozialismus ist der Frieden. Das zählt für einen, der als 10-Jähriger in Ostpreußen, nahe der litauischen Grenze, am 22. Juni 1941 den Kriegsbeginn vor der Haustüre erlebte: vor dem Dorf die Infanterie, dahinter die Artillerie. Da brennt sich entsetzliche Angst in die Seele ein – für immer.

Mit 14 Jahren kam Bruno in einen Fliegerhorst zur Lehre und lernte vor allem eines kennen: Heimweh. Im Januar 45 wurden sie über Swinemünde evakuiert, da sah er noch die Masten der versenkten Flüchtlingschiffe. Mit einem geklauten Fahrrad kam der Halbwüchsige, fast Kind noch, später bis Ribnitz-Damgarten, erlebte aus der nahen Ferne die kampflöse Übergabe Greifswalds, schlug sich ganz alleine weit nach Westen durch und fand schließlich nach einer erbarmungswürdigen Odyssee seine Eltern in Sachsen wieder.

Das Leben im Frieden und in der neuen Heimat, die die kleine ostpreußische Scholle gewiss nicht ersetzen konnte, ließ sich an. Irgendwie. Mit der von klein auf gewohnten harten Arbeit in der Landwirtschaft, dann in der Bella-Schuhfabrik in Groitzsch, von deren Wachsen und Werden Bruno mit glänzenden Augen erzählen kann und deren rigoreuse Abwicklung bis heute weh tut. Und doch machte die Schuhfabrik den ja immer noch halbwüchsigen Bruno krank. Er stand an einer Maschine, spannte das Leder mit Gewalt über die Leisten, ehe es festgezwickelt wurde, und das dröhnte den ganzen Tag: wum, wum, wum! Lungenpneu. Zwei Jahre Sanatorium. Aber dann natürlich wieder Arbeit in der Schuhfabrik, wenn auch nicht mehr so gesundheitsschädigend. Viel Auswahl war ja nicht in Groitzsch. Bruno wurde

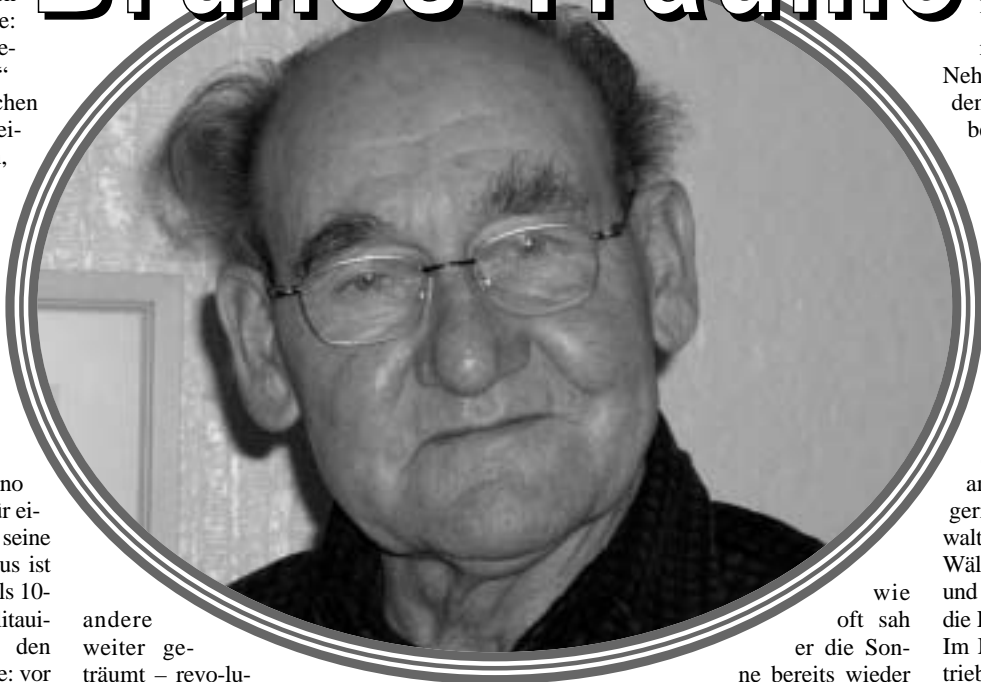
**LEIPZIGS NEUE – das hat sich in den 13 Jahren unseres Bestehens wohl herumgesprochen – ist ein ehrenamtliches Zeitungsprojekt. Es lebt von denen, die regelmäßig am Redaktionstisch sitzen, mitplanen, mitorganisieren, und jenen, die zwar nicht direkt zum engeren Kreis, aber dennoch fest zur Truppe gehören, so wie die Leipziger Manfred Erbe, Hermann Gerathewohl oder Werner Wolf, der Dresdner Horst Schneider, der Hamburger Karl-Heinz Walloch und viele andere, ohne die unser vierzehntägiges, immer wieder inhaltsreiches Erscheinen nicht zu bewerkstelligen wäre. Zu ihnen gehört auch Bruno Schweitzer aus Borna. Ihm ist unser diesjähriges nun schon traditionelles Jahresendporträt „In eigener Sache“ gewidmet.**

Gütekontrolleur, FDJ-Sekretär, Parteisekretär.

Ruhig, sagt er, habe er gelebt, friedlich, menschlich. Wenn die Leute Sorgen hatten, kamen sie zu ihm und der Parteisekretär ging in die Spur. Man hat geholfen, wo es ging. Bis 1964 war er bei Bella. Hat einige Träume verwirklicht und

der Aufgaben stöhnten, in die Hände gespuckt und sich selber gesagt: Nun gerade! Was manchmal wirklich leichter gesagt als getan war. Beispielsweise, weil er oft der einzige in der Redaktion des großen Kohlekreises war, der Autofahren konnte. Seine Lektionen fürs Fernstudium musste er dann nachts büffeln. Und

## Brunos Träume



andere weiter geträumt – revolutionäre Träume und ganz private. Auch wenn eines Tages ein paar Figuren – die in ihrer verfestigten Dummheit und Arroganz glaubten, den Sozialismus neu definieren, ihn entmenslichen zu können – bei Bruno einen „Fleck“ in der Kaderakte fanden: Seine Eltern waren immer noch in der neuapostolischen Kirche. Und Bruno hatte sich immer noch nicht von ihnen getrennt. Was im Sozialismus, so wie ihn gebildete Leute verstehen, weder gut noch schlecht, sondern einfach normal ist. Aber diese „Genossen“ wollten nun einen Parteisekretär Bruno Schweitzer nicht mehr dulden.

Seine „Strafversetzung“ als Betriebszeitungsredakteur nach Deutzen hat gewiss sehr weh, aber dem „Sprachrohr“ der Kohlekumpel gut getan. So sehr, dass man bei der LVZ auf den jungen Mann aufmerksam wurde. Bruno fand zu einem Traumberuf. Vorerst nur als vierter Mann in der Bornaer Kreisredaktion. Als er 25 Jahre später von den vorläufigen Siegern einer immer noch offenen Geschichte geschasst wurde, war er längst leitender Lokalredakteur gewesen, im Kreis bekannt wie ein bunter Hund und wieder, wie seinerzeit bei Bella, Ansprechpartner in hunderterlei die Leute bewegenden Fragen. Da kam dem Redakteur zu Gute, dass er seit 1957 Stadtverordneter in seinem Wohnort Groitzsch war, also auch politische und vor allem soziale Fäden mitziehen konnte. Wie oft hat Bruno, wenn andere unter der Last

wie oft sah er die Sonne bereits wieder aufgehen, wenn er an seinen Artikeln feilte. Denn Bruno war zu allem auch noch Perfektionist. Wenn an solchen Tagen dann der Kreissekretär frotzelte: „Siehst schlecht aus, nimmst dich deine Frau zu sehr ran?“, dann brauchte selbst so ein ruhiger Typ wie Bruno alle Beherrschung der Welt, um nicht aus der Haut zu fahren. Dabei war sein Platz als Lokalredakteur sowieso immer der zwischen allen Stühlen: einerseits der Chefredaktion in Leipzig rechenschaftspflichtig, andererseits der SED-Kreisleitung, die als Herausgeber der Kreiszeitung fungierte. Da passierte es schon, dass ihm die Bornaer Parteiobere eine Rüge erteilten, zum Beispiel für einen Umwelt-Artikel. Gerade für den aber bekam er von der Leipziger Chefredaktion eine Prämie. Das konnte Bruno abschütteln. Darauf kam es nicht an. „Hauptsache, du verlierst die Menschen nicht aus den Augen, für die du schreibst, in deren Interesse du etwas bewegen willst“ – darauf kam es ihm an. Und darum ist er einfach zufrieden, 40 Jahre in der DDR gelebt zu haben. Diese soziale Erfahrung kann ihm niemand mehr nehmen. Nie wird es Bruno auch nur eine Sekunde bereuen, diesem – wenn auch vor allem an eigenen Unzulänglichkeiten gescheiterten – sozialistischen Versuch all seine Kraft geschenkt zu haben. „Umso mehr tut es weh, wenn heute alles so abfällig beurteilt wird, selbst von Leuten, die es besser wissen müssen, die alle Vorteile vom Kindergarten bis zum Studium und zum sicheren Arbeitsplatz ausgekostet haben“, sagt Bruno, um so-

gleich wieder zu strahlen: „Aber wenn ich dann alle 14 Tage LEIPZIGS NEUE aus dem Briefkasten hole, freue ich mich, dass unsere Idee lebt, dass der Funke knistert. Ist schon ein Schatz, diese Zeitung.“

Er würde gerne noch viel mehr tun für LN, sagt er. Und ich begreife nicht, was das noch sein soll. Bruno verkauft in Borna und Umgebung bei allen Stadt- oder PDS-Veranstaltungen unser Blättchen und füllt so regelmäßig unsere Kasse mit 20, 30 oder 40 Euro auf. Keiner dürfte so viele LN-Abonnenten gewonnen haben, wie Bruno. Dutzende müssen es im Laufe der Jahre geworden sein. Und dann unterstützt er uns sowieso journalistisch, auf Anruf hin oder aus eigener Initiative.

Wobei, letzteres koppelt sich zunehmend mit einem weiteren Traum Brunos: eine Anthologie über seine alte nord-ostpreußische Heimat zu schreiben. Mit Geschichten über Thomas Manns langjähriges Feriendomizil, über die Vogelwarte Rossitten und vieles andere. Das raue Land an der kurischen Nehrung hat ihm schon allerhand lohnenden Stoff geliefert – LN-Leser können es bestätigen. Zur Zeit beschäftigt er sich mit der Geschichte um das Ännchen von Tharau.

Aber manche Träume sind halt Schäume. Sagt Bruno. Und fragt sich, wer sich bei dieser Bücherflut nun auch noch fürs ostpreußische Land interessiere. Höchstens diejenigen, die sich, alle historischen Tatsachen leugnend und alle Kriegsunmenschlichkeiten ignorierend, als Vertriebene, als Opfer sehen. Aber mit denen hat er nichts am Hut. Gar nichts. Er fährt nur zu gerne mit seiner Frau hin in die gewaltigen Dünen der Nehrung, die lichten Wälder und wunderschönen Küstenorte – und schreibt darüber, halt vorerst nur für die Leser von LN.

Im Moment denkt er über jüngere „Vertriebenen“-Schicksale nach. „Da müsste LN mal nachspüren, das ganze Ausmaß deutlich machen“, legt er mir nahe, um sich dann gleich selbst den Auftrag für so einen Bericht zu geben. Nämlich darüber,

### Gehört von Manfred Erbe

Vertriebener zu sein, war in der DDR so, wie wenn man in der NSDAP gewesen ist.

H. Schäfer, Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der BRD, DLF 4. 12.

wie viele seit 1990 ihre Heimat Ostdeutschland verlassen mussten auf der Suche nach Arbeit. „Das sind nämlich nicht nur Erfolgsgeschichten“ – die jüngere seiner beiden Töchter hat das durch, sich nie eingelebt im Westen –, aber dann wenigstens zu Hause im Osten doch noch Glück gehabt. Kommt ja auch vor.

75 ist Bruno Schweitzer in diesem Jahr geworden und es ist für ihn fast wie ein erfüllter Jubiläumswunsch, dass die Linken in diesem Jahr ihre schier angeborene Streitlust wenigstens soweit zügelten, als sie sich auf Fusionswege begaben. „Was allein schon diese starke Bundestagsfraktion für ein Gewinn ist! Wenn sich dann erst die Linke und die WASG vereinigen!“ Da könnten Träume wahr werden, könnte neben der Regierungsopposition eine außerparlamentarische, eine echte APO ...

Abwarten! Aber nicht abseits stehen. Bruno doch nicht!

## Verzweifelter Widerstand

Die Medien berichten fast täglich von Anschlägen im Irak oder in Afghanistan. Diese richten sich in erster Linie gegen die Besatzer aber auch gegen einheimische Kollaborateure, die eng mit diesen zusammenarbeiten. Nun kann man die Mittel und Methoden mit denen der Kampf geführt wird verurteilen oder aus westlicher Sicht als Terror einstufen, es ändert nichts daran, daß er Ausdruck des Hasses der Iraker und Afghanen gegen das aufgezwungene Besatzungsregime ist. Gleichzeitig wird damit der Forderung Nachdruck verliehen, dass die Besatzer (auch die Deutschen) umgehend ihre Länder verlassen.

Mit welchen Zielen war die US-Army in diese Staaten eingefallen. Man wolle den Bürgern Freiheit, Demokratie und ein menschenwürdiges Dasein bringen. Ausgerechnet die USA haben es nötig, mit solch hohen Ansprüchen bei anderen hausieren zu gehen. Tatsächlich ist das Gegenteil eingetreten. Wie verzweifelt muss ein Volk sein, wenn es sich zu mörderischen Terrorakten hinreißen lässt?

GOTTFRIED FLEISCHHAMMER  
LEIPZIG

## Evolution einer Zitrone

In der Schale unweit des Fernsehgerätes schlummert eine Zitrone. Immer wieder hört sie, wie ihr das ZDF ins Gewissen redet, drängend und täglich: „Du bist Deutschland, ja, du bist das Wunder, du bist Deutschland!“

„Wenn sie es mir täglich sagen, muss es wohl wahr sein“, denkt sie, „aber was kann ich, eine Zitrone, für Deutschland tun?“ Da greift eine Hand nach ihr, zerschneidet und quetscht sie aus – bis zum letzten Tropfen. Ausgelaugt hinterlassen beide Zitronenhälften der Umwelt ihre Botschaft aus dem Abfallimer: „Wie schön es ist, sein Bestes zu geben!“

JOCHEN TANNIGEL, AGADIR

## Liebe Leserin, lieber Leser,

das Leipziger Komitee für Gerechtigkeit e.V. hat den Wunsch, dass es uns gemeinsam gelingen möge, herausragende Leistungen einzelner Menschen und große gesellschaftliche Initiativen so zu würdigen, dass sie in einem wahren Geschichtsbild Leipzigs erkennbar bleiben und zum politischen Selbstverständnis politisch progressiv denkender und handelnder Menschen auch in Zukunft beitragen können. Natürlich ist in dieser Hinsicht bereits vieles getan worden, so von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dem Bund der Antifaschisten und ganz besonders von LEIPZIGS NEUE. Es fehlt jedoch u. E. eine den gesellschaftlichen Umwälzungsprozess nach 1945 umfassende, dennoch überschaubare und allgemeinverständliche kritische Wertung. Hierbei eine Lücke zu verringern sind wir nicht nur den zu Ehrenden schuldig. Es muss auch darum gehen, der herrschenden Geschichtsfälschung entgegen zu wirken, die den Widerstand gegen soziales Unrecht lähmt und den Neofaschismus befördert.

Sehr bald sollte – auch aus Anlass des 120. Geburtstages des ersten antifaschistischen Oberbürgermeisters von Leipzig, Prof. Dr. Erich Zeigner (17. Februar 2006) – begonnen werden, Ehrungsvorschläge für

# Idee, die es verdient, unterstützt zu werden

Für ein Leipziger Ehrenbuch verdienstvoller Einzelpersonen und großer Gemeinschaftsleistungen nach 1945

Personen (auch repräsentativ für Gruppen und Wirkungsgebiete) mit Kurzbegründung an die Redaktion LEIPZIGS NEUE zu unterbreiten, damit eine zu bildende Gruppe von Historikern und anderer Experten die Auswahl unterstützen kann. Dabei wird oft nur eine unvollkommene und unvollendete Wertung („ja, aber...“) möglich sein, die aber Interessierten hilft, Ereignissen und Biografien weiter nachzugehen.

Das „Ehrenbuch“ könnte schrittweise zunächst in LEIPZIGS NEUE und als Homepage im Internet erscheinen, sollte mehrere Herausgeber vereinen und zwei Gruppen von Ehrungen umfassen, entweder chronologisch und/oder thematisch:

### 1. Vorschläge für die Ehrung „besonders herausragender Leistungen“, z. B.:

- die Leipziger „Trümmerfrauen“, die dazu beitrugen, neues Leben zu beginnen;
- die Bildung des Leipziger Antifa-Ausschusses und die

Gründung antifaschistischer Parteien;

- die Gründung und das Wirken der Volkssolidarität zur Linderung von Not und Elend;
- Leipziger Arbeiter und andere Werktätige, die die zerstörten Industrien für die Friedensproduktion in Gang brachten und zugleich große Reparationsleistungen zu erfüllen hatten infolge des Eroberungskrieges des deutschen Faschismus;
- die antifaschistisch-demokratische Umwälzungen: Entnazifizierung und Reformen (Boden, Verwaltung, Schule, Hochschule); der Volksentscheid in Sachsen über die Enteignung der Kriegsverbrecher (Firmengruppe A);
- die Rettung der Leipziger Messe; Masseninitiativen für den Bau des Zentralstadions bzw. den Ausbau der Moritzbastei ...
- Volksbewegung 1989 (Montagsdemos) zunächst für mehr Bürgerrechte in der DDR;
- Protestdemonstrationen gegen den Irak-Krieg (2002/2003)
- Erich Zeigner (1886 – 1949),

Fritz Selbmann, Kommandant N.I. Trufanow, Pater A. Arkenau, Liddy Pientka, (Ökonomen, Wissenschaftler, Mediziner, Künstler)

### 2. Vorschläge für die Ehrung von besonderem Bürgerengagement, z. B.:

- die Bewegung der internationalen Solidarität in Teilen der Leipziger Bevölkerung sowie in Gewerkschaften, Betrieben und Schulen (Aufnahme griechischer Partisanen-Kinder 1949, politischer Emigranten aus Chile, arabischen u.a. Ländern.
- Ensemble Solidarität, (nach 1990 „World Family“) europaweit größtes Kulturensemble ausländischer Studenten in Leipzig (bis 1994) ...
- Rahel und Prof. Ernst Springer, Prof. Hans Lauter, Johanna Landgraf, Dr. Helmut Warmbier, Charlotte Zeitschel, Dr. Christel Hartinger, Hassan Abidine ... Das Leipziger Komitee für Gerechtigkeit wartet gespannt auf Vorschläge.

HANS-JOACHIM WIENHOLD

Am internationalen Tag „Nein zur Gewalt an Frauen“, seit 1999 von der UNO anerkannt, wurde in vielen Städten der Welt eine Fahne gehisst. Auch im Leipziger Stadtbild waren die Fahnen „Frei leben – ohne Gewalt“ an mehreren öffentlichen Gebäuden zu sehen. Mit dieser Fahnenaktion wird alljährlich versucht, das Thema weltweit an die Öffentlichkeit zu bringen, denn es besteht dringender Handlungsbedarf. Laut den Vereinten Nationen leben heute 200 Millionen Frauen und Mädchen weltweit weniger, als demografisch geschätzt. Sie kamen zu Tode durch Abtreibungen weiblicher Föten, durch Tötung kleiner Mädchen, durch mangelhafte Ernährung, durch fehlende Medizin und in bewaffneten Konflikten, aber auch durch sogenannte Ehrenmorde und Gewalt in der Familie.

Organisiert von der AG Lisa Leipzig und der Freitagswerkstatt wurde am Haus des Stadt-

## Fahnenaktion am Liebkechthaus

vorstandes der Linkspartei Leipzig die Fahne, sichtbar für alle Passanten, gehisst. Anschließend fand unterm Dach eine Diskussion und eine Lesung zum Thema statt. Schreibende Leipzigerinnen lasen aus ihren Texten. Die Zuhörenden waren sehr beeindruckt von den Erzählungen über Vergangenheit mit Kriegserlebnissen aus ungewöhnlicher Sicht, aber auch Geschichten aus der Gegenwart.

Nicht in der Hand der Organisatorinnen der ansonsten rundum gelungenen Veranstaltung lag die fehlende Teilnahme vor allem männlicher Besucher. Deshalb eine Bitte an die männlichen Leser: Kreuzen Sie den 25. November in ihrem Kalender 2006 an, den-

ken Sie über ihre Teilnahme nach. Auch im nächsten Jahr wird wieder eine Fahnenaktion in der Braustraße in Leipzig starten. „Frei leben – ohne Gewalt“. Das Thema geht uns weiterhin alle gemeinsam an, ob männlich oder weiblich und das jeden Tag!

UTE SINGER, AG LISA LEIPZIG



Morgen des Donnerstags, 8. Dezember: Das Uhrenradio geht an, ich höre mir noch zwei Viertelstunden-Nachrichten an: Ein Mensch wurde erschossen. Diesmal von Sky-Marshalls, weil er sich „auffällig verhalten“ und gerufen habe, „er habe eine Bombe“. Die Information, dass seine Ehefrau hinter ihm herrante und rief, er sei psychisch verwirrt und hätte heute seine Medikamente nicht genommen, tauchte nur in den ersten Nachrichten des Morgens auf, in den zweiten nicht mehr. Der 44-jährige Amerikaner, dessen Name uns nicht genannt wird, hatte keine Bombe und ist nun trotzdem tot. Dann: Khaled el Masri sei durch den CIA ins Ausland verschleppt und dort gefoltert wurden. Was Menschenrechtsorganisationen seit Jahren feststellen, wird nun fundiert. US-Außenministerin Condoleezza Rice kündigt neue Verhörmethoden an, die

sich an Menschenrechten orientieren. Was wiederum keine Erwähnung findet, dass US-Behörden ein anderes Verständnis von Folter haben: mit dem Kopf unter Wasser tauchen, zählt demnach nicht dazu. Nachricht Nummer drei: Fleischskandal. „Schwarze Schafe“ sollen auf Listen für Verbraucher kenntlich gemacht werden, um eine Entscheidungsfreiheit zu gewährleisten. Warum schwingt eigentlich nicht die Frage mit, ob wir vielleicht zunächst die finanziellen Grundlagen auch für finanziell Schwächere sichern sollten. Wer von Hartz IV lebt, greift nach billigem Fleisch ...

Immer noch kurz nach 6 Uhr: Versandhandelsketten legen Kundinnenprofile an und vermerken Kaufverhalten, finanzielle

Situation. Vermerkt wird auch der Ortsteil, in dem die Kundinnen leben und ob dort ‚sozial Schwache‘ wohnen würden. In dem Beitrag wird der Datenschutzbeauftragte zitiert, dass ja jemand mit gutem Einkommen in einem solchen Viertel leben und damit diskriminiert werden könnte, da ihm auf Grund des ‚schlechten Wohnviertels‘ eine schlechte Note erteilt würde. Was ist aber mit denen, die dort auf Grund eines geringen Einkommens wohnen (ich nehme an, dass war im Beitrag mit ‚sozial Schwache‘ gemeint)? Diese dürfen auf Grund ihrer Wohnlage diskriminiert werden?

Langsam kommen wir zum Ende: Irgendein CDU-Mensch aus Niedersachsen kritisiert einen Vorstoß aus Hessen, der

Asylsuchenden nach sechsjähriger Aufenthaltsdauer in Deutschland, einen Aufenthaltsstatus gestatten will und kritisiert, dass „diese Asylsuchenden“ sich ja an Gerichte wenden würden und dementsprechend einige über diese sechsjährige Frist hinauskommen und damit Aufenthaltsrecht erhalten würden. Gleichzeitig betont er, dass ein 45-jähriger, der hier als Flüchtling anerkannt wird, in 20 Jahren Tätigkeit nur knapp 350 Euro Rentenanspruch erwerben könne und die übrige Zeit „den Steuerzahler“ nur koste. Mir fallen dazu viele Fragen ein. Hier bloß die: Ja sind denn Ausländer, die dann endlich hier arbeiten dürfen, keine Steuerzahler?

Ich stehe auf und wende mich dem neuen Tag zu, an dem mir wieder Leute begegnen werden, die – wie so viele – sagen: „Ich habe ja nichts gegen Ausländer, aber ...“

HEINZ-JÜRGEN VOB, LEIPZIG

## Morgennachrichten

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern von Leipzigs Neue ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Start ins Neue Jahr. Auch im kommenden Jahr werden wir uns gemeinsam und konsequent für linke, alternative Politik in dieser Gesellschaft einsetzen.

Stadtvorstand Linkspartei.PDS Leipzig

**DIE LINKE. PDS**

Die Mitglieder und Sympathisanten der **Initiative Christliche Linke** wünschen allen Leserinnen und Lesern von LEIPZIGS NEUE ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein möglichst friedliches neues Jahr

Unsere erste Veranstaltung im neuen Jahr findet am 9. 1., 18 Uhr, im Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig statt. Prof. Dr. Kurt Meier spricht über *Aktuelle Aspekte des Verhältnisses von Christentum und politischem System.*

## Eine bessere Welt ist möglich!

Allen Leserinnen und Lesern von LEIPZIGS NEUE auch im neuen Jahr viel Gesundheit und viel Kraft für die vor uns stehenden Aufgaben.

Dr. Volker Külow, MdL,  
Vorsitzender des Stadtverbandes Leipzig

**DIE LINKE. PDS**

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern von LEIPZIGS NEUE eine frohe Weihnacht und ein gesundes neues Jahr. Nochmals vielen Dank für das mir zur Bundestagswahl 2005 entgegengebrachte Vertrauen.

Dr. BARBARA HÖLL **DIE LINKE. PDS**

## Dank und Gruß zum Jahreswechsel

*allen, die mit uns gemeinsam Gesicht zeigten für Frieden, soziale Gerechtigkeit und gegen Naziprovokationen in unserer Stadt. Stehen wir auch im kommenden Jahr zusammen für ein stärkeres Antikriegsbündnis und gegen die Herrschaft der Sozialabbauer!*

Friedenszentrum Leipzig e. V.  
Leipziger Komitee für Gerechtigkeit e. V.

**Cuba si**

dankt allen Freunden Kubas für ihre Solidarität mit dem karibischen Inselvolk, das der US-amerikanischen Macht vor seiner Haustür mutig und erfolgreich die Stirn bietet.

Ihre Spenden werden auch im neuen Jahr gebraucht, für den Kindergarten von Matanzas, für die Cuba-si-Milchprojekte und für vieles andere.

Allen Kuba-Freunden ein friedliches Weihnachtsfest im Kreise ihrer Lieben und einen fröhlichen Rutsch ins neue Jahr!

### Anfrage in eigener Sache

Welcher Korrektor hat nach dem Berufsleben Lust und Zeit, unserer ehrenamtlichen Redaktion aller 14 Tage zur Seite zu stehen? Über eine schriftliche Nachricht oder E-Mail würden wir uns freuen.

LEIPZIGS NEUE



Den Leserinnen und Lesern von „Leipzigs Neue“ wünschen wir ein Frohes Weihnachtsfest und ein friedliches, glückliches und erfülltes 2006!

Und uns: Ihre weitere interessierte und kritische Aufmerksamkeit für unsere Arbeit...

**DIE LINKE. PDS**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

Wir wünschen allen Genossinnen und Genossen unseres Kreisverbandes ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes Jahr 2006 für die erfolgreiche Meisterung der vor uns stehenden Aufgaben. Zugleich verbinden wir damit unseren Dank für die im scheidenden Jahr geleistete Arbeit.

**Kreisverband Leipziger Land**  
Vorstand und Kreistagsfraktion

**DIE LINKE. PDS**

Ein frohes Weihnachtsfest  
und für das Jahr 2006

**Kraft und Optimismus im Kampf gegen  
Bildungs- und Sozialabbau**

**Das wünscht Ihnen CORNELIA FALKEN**  
MdL Sachsen – Linksfraktion.PDS

Das Bürgerbüro von MdL Dr. Dietmar Pellmann wünscht allen Leserinnen und Lesern ein friedliches Weihnachten sowie einen guten Start ins Jahr 2006 und bedankt sich zugleich für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2005.

MdL Dr. Dietmar Pellmann Reinhard Grützner

**DIE LINKE. PDS**

Das Wahlkreisbüro von MdL Dr. Monika Runge wünscht allen Leserinnen und Lesern von Leipzigs Neue ein frohes Weihnachtsfest sowie ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr. Gleichzeitig bedanken wir uns für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

MdL Dr. Monika Runge Wolfgang Denecke

**DIE LINKE. PDS**

*Am 2. Weihnachts-  
feiertag wird unsere  
Genossin*

**Christel Falke  
70 Jahre.**

*Wir wünschen unserem  
„Christkindel“ zum  
Jubiläum  
weiterhin viel  
Gesundheit sowie  
Kraft und Mut im  
Ringem um unsere  
gemeinsamen Ziele.*

Deine Linkspartei.PDS-  
Basisgruppe Löbnig II

*Unsere Genossin  
Margarete Härtel  
ist am 20. Dezember*

**75 Jahre  
geworden.**

*Wir gratulieren  
herzlichst und  
wünschen dir, liebe  
Margarete,  
für das neue Lebensjahr  
alles erdenklich Gute,  
vor allem viel  
Gesundheit.*

Deine Linkspartei.PDS-  
Basisgruppe Löbnig II

*Unser Genosse  
Dr. Reinhard Zimpel  
feiert am 31. Dezember  
seinen*

**80. Geburtstag.**

*Wir wünschen dir,  
lieber Reinhard,  
Gesundheit und alles  
erdenklich Gute und  
danken dir für deine  
unermüdliche und  
engagierte Mitarbeit*

Deine Linkspartei.PDS-OV  
Connewitz-Dölitz

## BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

### **Literatur für SIE**

**Im Dezember neu bei uns:**

Ernesto Che Guevara: Selbstportrait Che Guevara. Hrsg. v.  
Victor Casaus. Kiepenheuer & Witsch, 19,90 Euro

Ingo Schulze: Neue Leben. Die Jugend Enrico Türmers in  
Briefen und Prosa. Berlin Verlag, 24 Euro

Christoph Links, Sybille Nitsche, Antje Taffelt: Das wunderbare  
Jahr der Anarchie. Links, 14,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.  
Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens  
für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71  
www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

*Filiale Axispassage*

04159 Georg-Schumann-Str. 171

*Filiale Eutritzscher Zentrum*  
04129 Wittenberger Str. 83

*Filiale Büchermarkt Mockau Center*  
04357 Mockauer Str. 123

**Wir danken unserer verehrten Kundschaft  
für ihr entgegengebrachtes Vertrauen und  
wünschen ein friedvolles Weihnachtsfest  
und ein gesundes neues Jahr**

*Liebe*

**Ruth Dietrich**

*zu deinem*

**75. Geburtstag**

*am 20. Dezember*

*wünschen wir dir  
Gesundheit und alles  
erdenklich Gute*

Deine Genossinnen und  
Genossen der  
Linkspartei.PDS-OV  
Connewitz-Dölitz

**Allen Genossinnen und Genossen, allen  
Sympathisantinnen und Sympathisanten  
der Linkspartei.PDS in Löbnig  
ein frohes und geruhames Weihnachtsfest,  
verbunden mit herzlichen Grüßen zum  
Jahreswechsel und den besten Wünschen  
für 2006.**

**Vor uns stehen große Aufgaben – packen  
wir sie gemeinsam an.**

Der Vorstand der Linkspartei.PDS-  
Basisgruppe Löbnig II



*Allen Gästen, Kameradinnen und Kameraden,  
Genossinnen und Genossen, allen Freunden /  
-innen und Mitarbeitern / -innen wünschen wir  
ein frohes Weihnachtsfest und uns allen ein  
erfolgreiches neues Jahr 2006.  
Auf ein Wiedersehen in „Heideruh“!  
Helga und Helmut*

Heideruh e.V., Ahornweg 45, 21244 Buchholz i.d.N.  
Tel.: 04181/8726, Fax: 04181/28114, Mail: heideruh@t-online.de

### **FREIES DENKEN**

**– was für ein  
kostbares Gut in  
Zeiten, in denen die  
von Geld und Macht  
gesteuerte  
Meinungshoheit über  
allen Tischen und  
Stühlen  
herrscht, zwischen  
die man leicht  
geraten kann.**

**Deshalb: Frei denken!  
Die Freidenker des  
Leipziger Verbandes  
wünschen allen  
Leserinnen und  
Lesern von  
LEIPZIGS NEUE ein  
erfolgreiches Jahr  
2006.**

### **Carl-Schorlemmer-Apotheke**



Inhaber:

FSD PhR Friedrich Roßner

Fachapotheker für

Allgemeinpharmazie

Karlsruher Straße 54

04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58

Arzneimittel-Information

Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91

Büro / Apothekenleiter

**Der Vorstand der TIG Leipzig** dankt allen Mitgliedern  
und ihren Angehörigen, allen Freunden und  
Sympathisanten für die Aktivitäten und Unterstützung,  
wünscht alles Gute zum Jahreswechsel  
und rechnet weiter mit der Solidarität aller  
im Kampf gegen soziales Unrecht.

Im neuen Jahr finden die ISOR-Sprechstunden an jedem 4.  
Mittwoch des Monats ab 16 Uhr im Leipziger Stadtteilzentrum  
Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10a statt.

### **Weihnacht bedeutet so viel**

1. Weihnacht ist immer dann, wenn du Gutes tust.  
Weihnacht ist immer dann, wenn du für den Frieden nicht ruhest.

Refrain:

Weck' die Träume in dir! Gib die Hoffnung nicht auf!

Weihnacht ist mehr als ein Ziel.

Weck die Träume in dir! Gib die Hoffnung nicht auf!

Weihnacht bedeutet so viel.

2. Weihnacht ist immer dann, wenn du Brücken baust.  
Weihnacht ist immer dann, wenn du an Menschlichkeit glaubst.
3. Weihnacht ist immer dann, wenn du Liebe wagst.  
Weihnacht ist immer dann, wenn du alles Böse anklagst.
4. Weihnacht ist immer dann, wenn du Armen hilfst.  
Weihnacht ist immer dann, wenn du die Gerechtigkeit willst.

Verfasser unbekannt. Gesungen von Jessica (8 Jahre) und begleitet  
von Uta Knospe (Gitarre) während der Weihnachts- und Jahresab-  
schlussfeier im Leipziger Stadtteilzentrum Messemagistrale des  
**Bundes der Antifaschisten, der allen Freunden in diesem Sinne  
ein beschauliches Fest und ein gesundes neues Jahr wünscht.**

Nicht weinen, dass Du gegangen – danken, dass Du gewesen.



**Genossin Oberstleutnant der NVA  
SR Dr. med. Gisela Gläsel**

geb. 18.01.1930 gest. 06.12.2005

In Liebe und großer Trauer:  
**Rolf, Lutz und Jura** im Namen  
aller Angehörigen und Freunde

Die Urnenbeisetzung findet am Mittwoch, dem 18. Januar 2006,  
14 Uhr, auf dem Friedhof Wiederitzsch statt.

## Der gewiss kürzeste Weihnachtsmarkt ...

... findet exakt zwischen 16 und 18 Uhr in Mochau statt – das ist irgendwo hinter Döbeln. Und zwar immer nur am dritten Adventssonntag. Nicht, dass es zu befürworten wäre, dass man seinerzeit das morsche Kirhdach des 800-Seelen-Ortes einfach einfallen ließ. Aber die nun seit Jahren dachlose Ruine passt echt gut als Rahmen zur Weihnachtsgeschichte, bei der ein echter Esel nicht fehlen darf und Maria und Josef – als Bedarfsgemeinschaft vorgestellt – ziemlich im Clinch liegen, weil sich Josef das mit der unbefleckten Empfängnis partout nicht von seiner Maria einreden lassen will. Aber dann siegt halt die Liebe. Zeitgenössischer konnte der junge Pfarrer die Geschichte mit seinen Dorfjugendlichen wahrlich nicht auf die Bühne in der schaurig schönen Ruine bringen, zumal es an aktuell brisanten Einlagen wie der vor dem Finanzamt nicht mangelte. Vielleicht ein bisschen zu lang, schließlich ist es im Dezember ohne schützendes Dach schon ganz schön kalt, aber, nun gut. Es gab ja gleich nebenan, unterm Carport des Gemeindehauses alles, was zu einem richtigen Weihnachtsmarkt gehört, wenn auch

auf engstem Platz: Glühwein, Bratwurst, Fettbremen, Schokoäpfel und eine Tombola. Alles zusammen sollte wie jedes Jahr ein wenig Geld in die klamme Kirchgemeindekasse spülen – was bei dem Andrang in dem engen Hof gewiss mehr als erfolgreich war. Neben jeder Menge Trostpreise gab es allherhand Hauptpreise. Als ein riesiger Weihnachtsbaum über den Tisch ging, war mir ein bisschen mulmig angesichts der vielen Gewinn-Lose, die meine Freundin noch einlösen wollte. So ein Ding passte nun wirklich nicht auch noch ins Auto. Aber Karin hatte nur ein Ziel: ein Neujahrs-Mittagessen beim Pfarrer. Voriges Jahr hatte sie dieses Glückslos zusammen mit 15 anderen Marktbesuchern gezogen und war nun wild entschlossen, wieder in den Genuss seiner Rundumunterhaltung und seiner Kochkünste zu kommen. Klar hat sie es geschafft. Mit Raffinesse. Da kann kein Weihnachtsmann widerstehen. Wie gesagt, um Geld ging das Ganze schon auch. Aber nicht um Kommerz. Und darum fahren wir im nächsten Jahr wieder zum 2-Stunden-Weihnachtsmarkt nach Mochau.

• WART



Am 1. Januar 1506, vor 500 Jahren, predigte der päpstliche Ablasshändler Johannes Tetzel erstmalig in Leipzig. Erst 1517 fand er seinen Widerpart, als viele Wittenberger ihn in Magdeburg aufsuchten und Luther davon Wind bekam.



Ablasshändler Johannes Tetzel 1517

## Sobald das Geld im Kasten klingt ...

Not, Geldnot, eigentlich schon Geldbedarf macht erfinderisch. So kam Papst Julius II., als er den Petersdom bauen lassen wollte (Grundsteinlegung am 18. April 1506), angesichts knapper Kassen auf die Idee, für Sündenvergebung und Bewahrung vor der Hölle nicht nur Fasten .... und Wallfahrten zu verordnen, sondern klingende Münze einzufordern. Bis dahin waren Geldbußen, verbunden mit tätiger Reue, nur für bestimmte Sünden möglich. Nun wurden die Regeln gelockert. Die ausgestellten Ablassbriefe vergaben alle möglichen kleinen und großen Missetaten – so Kirchenraub und Meineid schon für neun und Mord für acht Dukaten. Auch konnte man Ablässe für Verstorbene erwerben. Die Hälfte der Einnahmen diente der Finanzierung des Dombaus in Rom, die andere Hälfte teilten sich der den Fuggern hoch verschuldete Kurfürst und Erzbischof Albrecht von Mainz als Ablassverwalter der westdeutschen Kirchenprovinzen und der Dominikanermönch Johann Tetzel aus Pirna als „Vertriebsleiter“ und marktschreierischer Ablassprediger. Ab 1504 wurde dieses Gewerbe professionell betrieben. Leipzig war nur eine der Stationen der Touren, die Tetzel Jahr für Jahr durch

ganz Deutschland unternahm. Als Luther 1517 in seinen 95 Thesen zwar nicht den Ablass an sich, aber seine schlimmsten Entartungen anprangerte, dabei durchaus noch papsttreu, war das der Beginn der Reformation, die bald ihren eigenen Gesetzen folgte und zur frühbürgerlichen Revolution geriet. Man muss Tetzel bescheinigen, dass er nicht nur die einfältige Gläubigkeit seiner Kunden weidlich nutzte, sondern mit einem eingängigen Slogan äußerst werbewirksam agierte: „Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele (aus dem Fegfeuer) in den Himmel springt.“ Wirksamer hätten es heutige Werbeexperten nicht formulieren können. Im Gegenteil: Werbespot-Schöpfer, Spendenakquisiteure, Kaffeefahrten-Dompteure und gewisse Politiker scheinen bei Tetzel in die Lehre gegangen zu sein. Sie bauen auf Dummheit und Leichtgläubigkeit, versprechen wider besseres Wissen körperliche, geistige und soziale Genesung und plündern damit die Geldbeutel. Die Kurie hat nach der Reformation die größten Auswüchse des Ablasses beseitigt (Tetzel selbst starb 1519), doch Ablass gibt es bis heute. Die Methoden des Gelderwerbs sind allerdings subtiler geworden.

• GÜNTER LIPPOLD

## Zum Jahresende 2005

Die Sonne lässt uns schwer im Stich.  
Die Erde dreht sich, dass uns das Polare  
Ins Gesicht schlägt. Es wird winterlich,  
dass sich der Jahreskreislauf offenbare.

Die Christenmenschheit strömt im  
Singen,  
als sei das Jesus-Kindlein neu geboren.  
Ein ält'rer Märchenonkel soll  
Geschenke bringen.  
Der erste Obdachlose ist erfroren.

„S Angela sitzt nun auf höchstem Platz,  
und lächelt wie im Liebesrausche.  
Im Futterhäuschen plustert sich ein Spatz,  
wie ich die Shorts mit  
Winterunterhosen tausche.  
Der Pabst und unser Grüße-August

sinnen,  
wohl über Weihnachts- und  
Neujahrsbotschaften.  
Ich müh' mich um den tiefen Glanz  
von innen,  
indes die Gaskonzerne  
Höchstprofite rafften.

So rollt ein Jahr zu seinem End'  
Auf überfüllten Autobahnen.  
Das Volk auf übervolle Märkte rennt  
Und folgt des Konsumismus  
stolzen Fahnen.

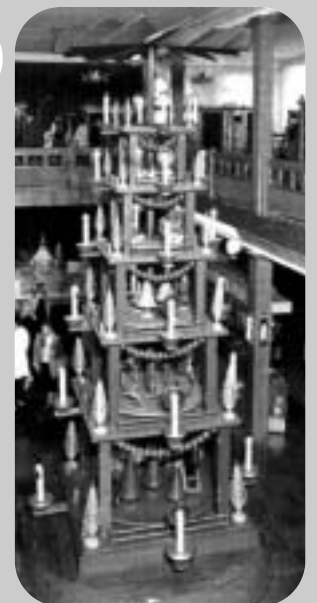
Mit diesem Gedicht wünscht **Hans-Georg Brandner**, Leipzig, allen LN-Machern und den LN-Lesern ein schönes Weihnachtsfest und einen fröhlichen Rutsch ins neue Jahr.

## Lösungsspiegel



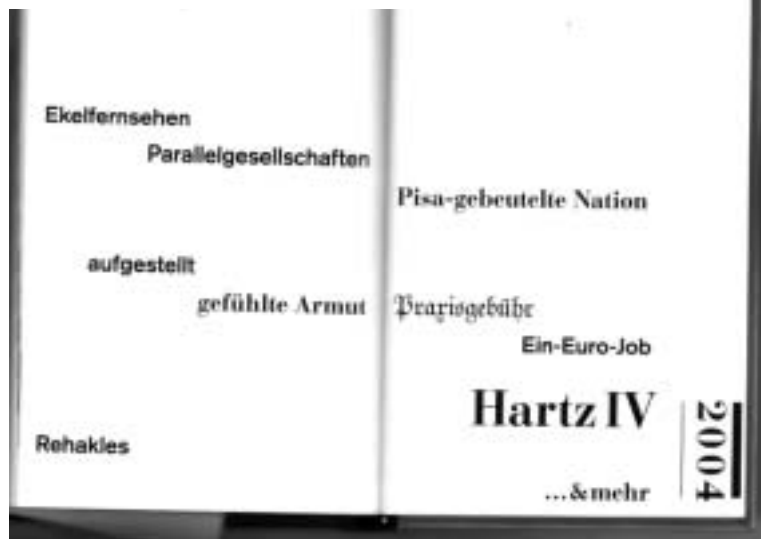
Zeifen  
Zbirezenimuzem  
Pof Hans Zandig

Welcher Komponist und  
Chorleiter schrieb dieses bekannte  
Weihnachtslied?



Wo dreht sich diese  
6.30 m hohe Pyramide?

# Bestdeutsch



**NOCH RECHTZEITIG VORM JAHRESWECHSEL** hat uns die weltbewegende Nachricht über die auserkorenen Wörter des Jahres 2005 erreicht: *Bundeskanzlerin*, *Wir sind Papst* und *Tsunami*. Auf den Rängen folgen solche *Ehrlichkeiten* (was für ein einleuchtendes Unwort des Wahljahres 2005) wie *Heuschrecken* oder *Gammelfleisch*. Sie alle konnten selbstredend noch keine Aufnahme in das Büchlein des Eulenspiegel Verlages „**Bestdeutsch – Wörter und Unwörter 1990 bis 2004**“ finden. Aber mehr als dort ist kaum nötig, denn: Noch kargere, noch eulenspiegellistigere Entlarvung geht nicht.

Zu jeweils einem Wort aus der Auswahl eines Jahres steuerte Matthias Gubig eine Grafik bei (siehe unten: Ich-AG, 2002). Egal, welche Seite man aufschlägt, es erschlägt, was da steht. 1992 beispielsweise: *Politikverdrossenheit* oder *ethnische Säuberung* oder *Rassismus* oder *gaucken* ... Für 2000 wählten die Fachjuristen der Gesellschaft für deutsche Sprache unter anderem aus: *Schwarzgeldaffäre*, *Big-Brother-Haus*, *Leitkultur*, *Greencard*, *national-befreite Zone*, *SMS*, *brutalstmöglich* ...

Wörter, Unwörter des Jahres? Zeitgeschichte pur! *Feindliche Übernahme*, *Kampfeinsatz*,

*Maut-Desaster*, *Besserwessi*, *rote Socken*, *schlanker Staat*, *Bildungsmisere*, *Paparazzi*, *Bush-Krieger*, *Arzneimittel-ausgabenbegrenzungsgesetz*, *Rentnerschwemme*, *genmanipuliert* ...

Das blanke Weihnachtsgeschenk für Leute, die sich nicht einwickeln lassen, empfielt

IHRE MILIANE MAUS



## Das Leben eines Kindes könnte schon Maßstab für Diktatur sein

**IN COTTBUS HABEN** sie noch immer nur ein Thema: Dennis. Wir warfen einen Blick in den Gerichtssaal, in dem gegen seine Eltern verhandelt wird. Zwar klagt der Staatsanwalt wegen Totschlags, aber letztlich handelt es sich um grausamen Mord. Ein Kind verhungern zu lassen und dann die Leiche für Jahre in einer Kühltruhe zu verstecken, sprengt menschliches Vorstellungsvermögen. Nun soll das Gericht auch klären, wie es dazu kommen konnte, dass den zuständigen Ämtern der fehlende Schüler nicht auffiel. Am 28. Februar 2001 hätte Dennis eingeschult werden sollen. Er wurde krank gemeldet. Im Dezember 2001 starb er, bis

2003 wurde die Sozialhilfe überwiesen. Die Zeugen, die helfen sollten, das Rätsel aufzuklären, widersprachen sich, ihre Ausreden schienen sich zu stapeln. Die Untersuchung dieses Falls kann nicht Aufgabe des Wanderers sein, aber er gesteht, dass er mit seinen Freunden erschüttert den Gerichtssaal verließ und sie noch tief in den Lausitzer Wäldern das Thema leidenschaftlich erörterten. Eine alte Frau, Bewohnerin des Blocks, in dem sich die Tragödie zugetragen hatte, erregte mit ihrem Kommentar die Gemüter der Wanderer: „Das hätte früher nicht vorkommen können!“ Die Feststellung ist gewagt, aber nicht zu ignorieren. Jeden Tag werden hierzulande neue Sprüche über die „Diktatur DDR“ gekloppt, aber die Frage muss gestellt werden, ob in der DDR ein Kind über Jahre hätte spurlos verschwinden

können. Diktatur hin, Diktatur her – das Leben eines Kindes könnte schon ein Maßstab dafür sein.

Wir kamen zu dem Schluss, dass Dennis wohl noch leben würde, wenn er in der DDR aufgewachsen wäre ...

Übrigens: Der Leiter der „Gedenkstätte“ in Berlin-Hohenschönhausen – täglich werden hier schockierten Besuchern „Folterzellen“ der „DDR-Diktatur“ vorgeführt – hat eine Discounter-Kette angezeigt, weil sie Shampoo verkaufte, das das Symbol der DDR auf dem Etikett trug. Nach 72 Stunden reagierte der Discounter und nahm das Shampoo aus den Regalen. Wenn jemand in Cottbus im Fall

Dennis so zügig reagiert hätte, wäre der Fall nie zum Fall geworden.

**ALS WIR DURCH HALBERSTADT KAMEN**, machte man uns darauf aufmerksam, dass rührige Bürger der Stadt sich noch immer um Montags-Demos kümmern. Marlies Jehrke wurde da genannt, die dafür sorgt, dass die Initiative nicht in Vergessenheit gerät. Ihr Motiv formulierte sie so: „Wir wollen kein Meckerpodium sein, sondern umfassend informieren und andere wachrütteln.“ Das klang überzeugend und galt auch für den Hinweis auf die Gesetze, die derzeit in Berlin mit heißer Nadel gestrickt würden. Ob man sich an der Spree nicht eine solche Beraterin leisten sollte? Empfehlen würde es jedenfalls

• **KLAUS HUHN**

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt  
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

## FUNDSACHEN

Der US-Handelskonzern Wal Mart hat 2004 zehn Milliarden Dollar Gewinn gemacht. Viele Beschäftigte bekommen einen Lohn unter der Armutsgrenze und brauchen zum Überleben Essenmarken und andere soziale Zuwendungen. Robert Greenwald hat jetzt einen Film über die Praktiken des Konzerns gedreht, über den jetzt im ganzen Land diskutiert wird.

3sat 23. 11.

Ballack muss sich nun entscheiden: Will er viele Millionen verdienen oder sehr viele?

2004 sind 150 000 Bundesbürger ausgewandert, 18 Prozent mehr als 2003. In Irland leben zur Zeit 15 000 Deutsche, die meisten in Dublin.

Beides Bayerisches Fernsehen 24. 11.

Die Fernseh-Politmagazine laufen ab 2006 nur noch 30 Minuten, nicht mehr 45.

500 000 Menschen in der BRD bekommen von den Banken keine Girokonten. In der Hauptstadt, sind es allein 34 000.

Beides ARD 24. 11.

Ein Volk kann sich nicht mehr erniedrigen, als seine eigene Sprache nicht mehr zu sprechen. Wir

sprechen ja schon Denglish. Alle 30 BRD-Daxunternehmen haben Englisch als eine Konzernsprache eingeführt. Auch der Betriebsratsvorsitzende muss Englisch lernen, da er sonst die Bezeichnungen für die einzelnen Abteilungen nicht mehr versteht. 3sat 24. 11.

Der Teufel ist eine geheimnisvolle Anwesenheit. – Ich begrüße die Teilnehmer des italienischen Exorzistenkongresses. Ich ermutige sie, ihre wichtige Aufgabe im Dienst der Kirche weiterzuführen.

Papst Benedikt XVI. (Ratzinger) auf einer öffentlichen Messe in Rom. ARD 24. 11. und 3sat 28. 11.

Die Physikerin, die es nach Einschätzung ihrer Parteifreunde versteht, Partner so schnell über den Tisch zu ziehen, dass diese die entstehende Reibungshitze für Nestwärme halten.

LVZ-Leserbrief 26./27. 11.

Schon gemerkt? Chicoree schmeckt nicht mehr bitter. Die Bitterstoffe wurden weggezüchtet. Wieder ein Produkt mehr, das nach nichts schmeckt.

Nach Informationen im Deutschlandfunk und eigenen Kostproben

• **MANFRED ERBE**

Früher hieß es:  
Von der SU lernen ...  
Heute gilt: Von den US lernen, heißt siechen lernen

• **R. LOCHNER**



**Herausgeber:** Projekt Linke Zeitung e.V., V.i.S.P.: Rahel Springer

**Redaktion:** Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345  
E-Mail: leipzig\_neue@t-online.de  
Internet: www.leipzig-neue.de  
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

**Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:** Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig. Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

**Anzeigen, Werbung:** BERGdigital, Hans-Jürgen Berg, Oststraße 39, 04420 Markranstädt. Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062  
E-Mail: bergpr@web.de

**Druck:** Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

**Redaktionsschluss** dieser Ausgabe: 20. Dezember  
**Die nächste Ausgabe** erscheint am 13. Januar